

Jugendparlament 2010

Zukunftswerkstatt deutsche Einheit



LANDTAG SACHSEN-ANHALT

Demokratie und Partizipation

Toleranz - Integration - Demokratie

Schule zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Niedersachsen und Sachsen-Anhalt in Europa



Jugendparlament

15. und 16. November 2010



Dokumentation des Jugendparlaments 2010

Zum elften Mal tagte am 15. und 16. November 2010 in unserem Haus das Jugendparlament. Aus Anlass des 20-jährigen Bestehens des Landes und des Landtages von Sachsen-Anhalt hatte ich erstmals 100 junge Menschen aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt zu einem gemeinsamen Jugendparlament eingeladen. Sie befassten sich mit Themen, die unter dem Motto „Zukunftswerkstatt deutsche Einheit“ standen. An den konkreten Beispielen der Jugendlichen wurde auch deutlich, wie sehr die Einheit Alltag geworden ist. Grenzen, die unser Land mehr als vierzig Jahre lang durchschnitten, gibt es nicht mehr. Menschen sind inzwischen volljährig, die die Teilung Deutschlands niemals aktiv erleben mussten!

Schon Ende September 2010 hatten die Schülerinnen und Schüler an einem Workshop zur Vorbereitung des Jugendparlaments in Hannover teilgenommen. Dabei gab es einen intensiven Gedankenaustausch in Foren sowie eine Reihe von Anregungen durch Fachleute aus Ministerien und Verbänden. Eine langfristige Arbeit, die sich gelohnt hat. Sowohl ich als auch die beteiligten Kollegen aus Niedersachsen haben die Diskussionsbeiträge und Anregungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendparlaments als außerordentlich niveauvoll wahrgenommen.

Dabei hat mich insbesondere beeindruckt, wie engagiert die Schülerinnen und Schüler ihre Standpunkte vertreten und sich mit den unterschiedlichsten Argumenten auseinandergesetzt haben. Ihnen wurde schnell deutlich: Offen zu sein für die Argumente des anderen, die eigenen Argumente überzeugend und in kulturvollem Streit zu vertreten, aber auch bereit zu sein, eigene Auffassungen zu korrigieren oder Kompromisse zu schließen.

Ich meine, ein Jugendparlament ist eine hervorragende Einrichtung, die parlamentarische Praxis kennen zu lernen und sich mit den Spielregeln der Demokratie sowie deren politischer Kultur vertraut zu machen. Wir alle können uns nur wünschen, dass sich junge Menschen - über ein Jugendparlament hinaus - dauerhaft einbringen und Verantwortung übernehmen - in den Jugendorganisationen der Parteien, den Kirchen, den Gewerkschaften, den Vereinen oder einfach nur in den Schülervertretungen. Uns Ältere sehe ich in der Pflicht, ihnen die Chance zu geben und frische Ideen zuzulassen.

Die Demokratie, das sind wir alle! Suchen wir das Gespräch und tauschen wir uns über unsere Positionen aus. Aber bewahren wir immer den Respekt vor den anderen und achten wir politische Ansichten auch dann, wenn wir sie nicht teilen.

Ihr



Dieter Steinecke
Präsident des Landtages
von Sachsen-Anhalt

Inhaltsübersicht

Teilnehmer

Geschäftsordnung

Sitzplan

Tagesordnung

Drucksachen

Stenografischer Bericht

Presse

Teilnehmer

Jugendparlament am 15./16. November 2010
„Zukunftswerkstatt deutsche Einheit“ im Landtag von Sachsen-Anhalt

Schulen

Fallstein-Gymnasium Osterwieck

Mauerstraße 13, 38835 Osterwieck

Christian Hoffmann
Alina Downar
Moritz Bähge
Martin Eule
Sebastian Fürst
Malte Schulz
Philipp Müller
Marcel Schmelzer
Stefan Marquart
Michael Hilke
Alina Legler
Cassandra Hahn

Isabel Witzlack
Maren Holas
Luisa Springer
Sophie Vogel
Christina-Marie Hausmann
Maria Albrecht
Viktoria Walke
Melissa Neumann
Anika Peters
Matthias Kruppa
Inken Ramthun
Franziska Kozel

Gymnasium Hankensbüttel

Amtsweg 11, 29386 Hankensbüttel

Jennifer Bartels
Maria Bohne
Jonathan Böhnke
Marc-Maurice Dehne
Jonathan Dittmer
Henry Ganz
Eduard Golin
Alona Grede
Maximilian Idschok
Johanna Klein
Janne Körner
Joanna Leyer
Jessica Luther

Anjela Meyer
Tjark-Niklas Müller
Mirko Plieth
Jonathan Polze
Mareike Sauter
Maurice Scheller
Mara Schwuchow
Robert Severloh
Ute Surborg
Niklas Tiedge
Madlien Wolff
Annika Wolter
Roman Wrede

Hainberg-Gymnasium Göttingen

Friedländer Weg 19, 37085 Göttingen

Sebastian Badura
Janne Busch
Yousif Dizayee
Phillipp Ehbrecht
Philo Freiboth
Rainer Karim Fuisting
Jannis Happeck
Carlota Huth
Anna Bettina Jäger

Robert Köpcke
Murat Kösker
Raghda Lafta
Tim Lindemann
Lena Katharina Pawlowski
Kevin Schäfer
Ramona Schulze
Samira Wachsmuth

Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg

Schillerstraße 22a, 06886 Lutherstadt Wittenberg

Lea Hommers
Marie Ruchelski
Lisa Seiler
Wiebke Disselhoff
Anna-Marie Greschok
Laura Hellwig
Anne Hesse
Paula Löbel
Vanessa Nguyen
Maria Rost
Wiebke Schumacher

Desiree Stolze
Melissa Stephan
Maria Randewig
Cassandra Schulze
Annabell Habedank
Eric Wegener
Tobias Gabler
René Schach
Alexander Faust
Robert Groß
Jonas Disselhoff

Mitglieder des Niedersächsischen Landtags

Dieter Möhrmann, Vizepräsident

Hans-Werner Schwarz, Vizepräsident

Mitglieder des Landtags von Sachsen-Anhalt

Fraktion der CDU

Eva Feußner

Frank Scheurell

Dieter Steinecke, Landtagspräsident

Fraktion der SPD

Norbert Born

Dr. Ronald Brachmann

Dr. Rüdiger Fikentscher, Vizepräsident

Madeleine-Rita Mittendorf

Corinna Reinecke

Fraktion DIE LINKE

Eva von Angern

Harry Czeke

Jutta Fiedler

Fraktion der FDP

Dr. Lydia Hüskens

Vertreter der Landesregierungen/Referenten

Horst Lahmann, Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport

Michael Buckup, Europäisches Informationszentrum Niedersachsen

Dr. Hans-Joachim Fichtner, Niedersächsisches Kultusministerium

Prof. Dr. Birgitta Wolf, Kultusministerin des Landes Sachsen-Anhalt

André Schröder, Staatssekretär im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt

Beate Bröcker, Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit und Soziales des Landes Sachsen-Anhalt

Jens Antefuhr, Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt

Elke Fritzlar, Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt

Dr. Michael Kolkmann, Martin-Luther-Universität Halle Wittenberg

Christian Scharf, GO Europe! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt

Tom Rackwitz, GO Europe! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt

Dr. Karamba Diaby, Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“ Halle (Saale)

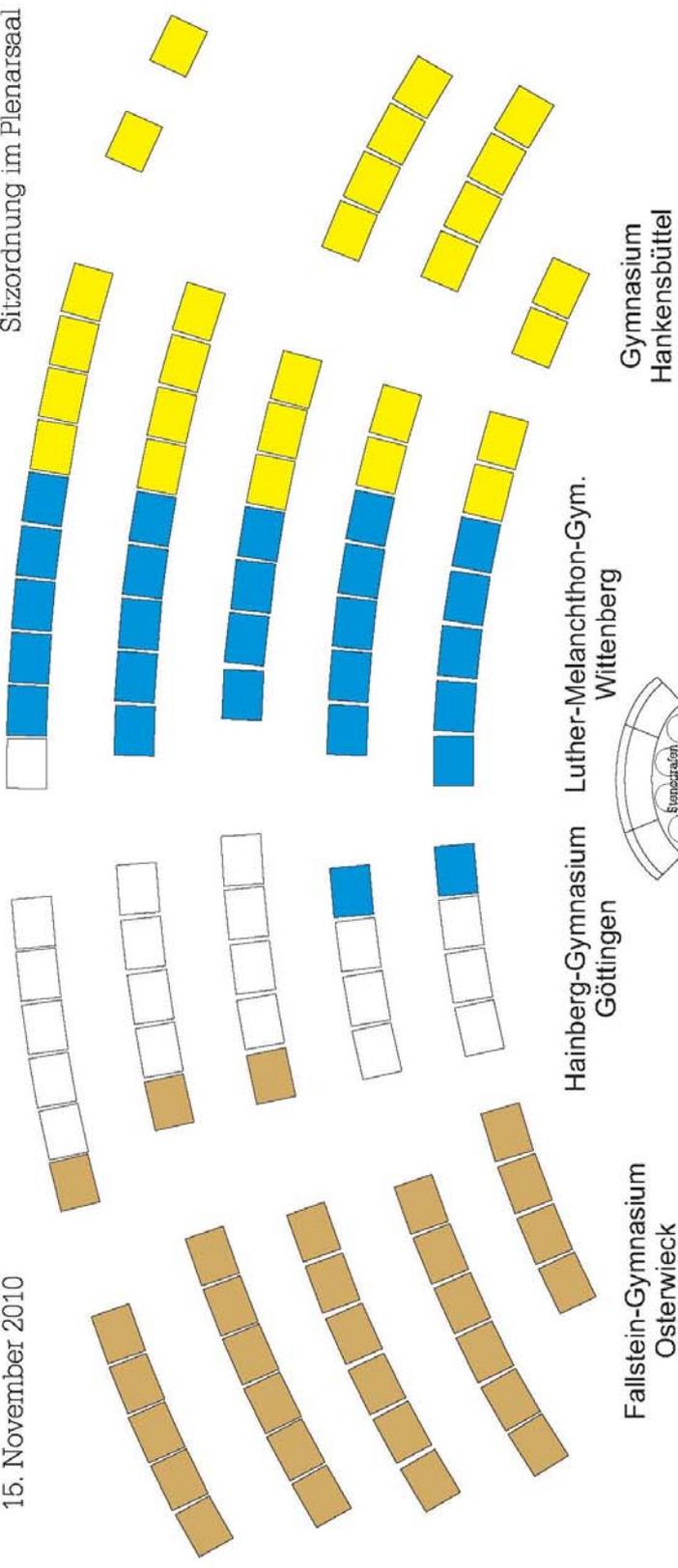
**Geschäftsordnung
für das Jugendparlament 2010
„Zukunftswerkstatt deutsche Einheit“
im Landtag von Sachsen-Anhalt**

- § 1 Anträge an das Jugendparlament können von den Mitgliedern des Jugendparlamentes eingereicht werden.
- § 2 Das Jugendparlament verhandelt öffentlich.
- § 3 Die Sitzungen des Jugendparlamentes leitet der Landtagspräsident.
- § 4 Der Landtagspräsident bestimmt die Reihenfolge der Redner.
- § 5 Es gilt eine Rededauer von maximal 5 Minuten.
- § 6 (1) In den Foren stimmen die Mitglieder des Jugendparlamentes über die dort erarbeiteten Thesenpapiere per Handzeichen ab.
- § 6 (2) Die Ergebnisse der Beratungen in den Foren werden durch die Mitglieder des Jugendparlamentes vorgestellt.
- § 6 (3) Im Anschluss der Vorstellung findet darüber eine Diskussion mit den Mitgliedern des Landtages statt.
- § 7 Der Landtagspräsident wahrt die Ordnung des Jugendparlamentes.
- § 8 Während der Sitzung des Jugendparlamentes auftretende Zweifel über Auslegungen in Geschäftsordnungsangelegenheiten entscheidet der Landtagspräsident.

Jugendparlament "Zukunftswerkstatt deutsche Einheit" im Landtag von Sachsen-Anhalt

15. November 2010

Sitzordnung im Plenarsaal

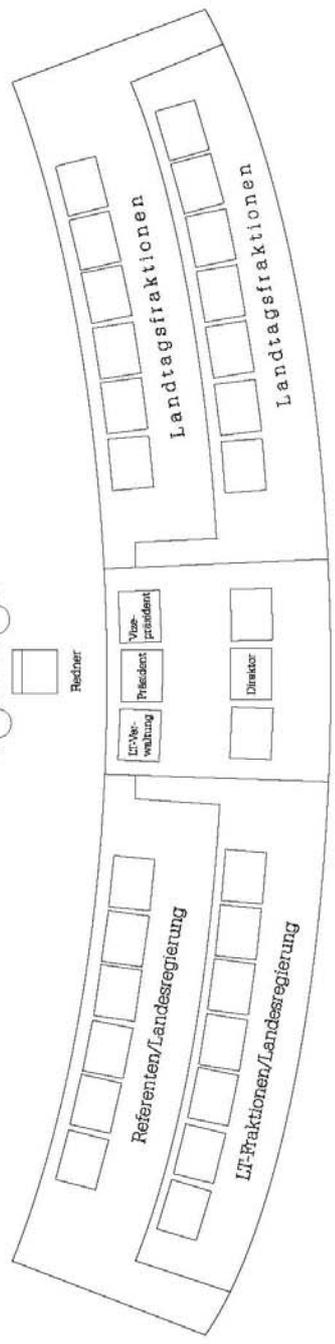


Fallstein-Gymnasium
Osterwieck

Hainberg-Gymnasium
Göttingen

Luther-Melanchthon-Gym.
Wittenberg

Gymnasium
Hankensbüttel



Referenten/Landesregierung

Landtagswahl

Präsident

Vizepräsident

Direktor

Landtagsfraktionen

Landtagsfraktionen

Rechner

T a g e s o r d n u n g

**für die Sitzung des Jugendparlamentes
„Zukunftswerkstatt deutsche Einheit“ im Landtag von Sachsen-Anhalt
am 15. und 16. November 2010
in Magdeburg, Landtagsgebäude, Domplatz 6-9**

15. November 2010

I. Eröffnung (13.00 Uhr Plenarsaal)

1. Begrüßung
Landtagspräsident Dieter Steinecke
2. Grußwort des Niedersächsischen Landtages
Landtagsvizepräsident Dieter Möhrmann
3. Beschlussfassung zur Geschäfts- und Tagesordnung

II. Diskussionsforen (14.30 Uhr bis ca. 16.00 Uhr)

Forum 1 Demokratie und Partizipation	Raum A0 51
Forum 2 Niedersachsen und Sachsen-Anhalt in Europa	Raum A2 41
Forum 3 Schule zwischen Anspruch und Wirklichkeit	Raum B1 05
Forum 4 Toleranz – Integration – Demokratie	Raum B0 09

16. November 2010

**I. Fortsetzung der Beratung in den Diskussionsforen
(9.00 Uhr bis 10.30 Uhr)**

Forum 1 Demokratie und Partizipation	Raum A0 51
Forum 2 Niedersachsen und Sachsen-Anhalt in Europa	Raum A2 41
Forum 3 Schule zwischen Anspruch und Wirklichkeit	Raum B1 05
Forum 4 Toleranz – Integration – Demokratie	Raum B0 09

**II. Vorstellung der Ergebnisse aus den Diskussionsforen
(11.00 Uhr bis ca. 15.30 Uhr)**

1. Forum 1

Demokratie und Partizipation im 20. Jahr der Deutschen Einheit

Drs. JP/2010/02

Berichterstatter aus
dem Diskussionsforum: N. N. (5')

Debattenreihenfolge: Hainberg-Gymnasium Göttingen
Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg
Gymnasium Hankensbüttel
Fallstein-Gymnasium Osterwieck

Statements der Fraktionen des Landtages und der Landesregierung (5')

2. Forum 2

Niedersachsen und Sachsen-Anhalt in Europa nach dem Lissabon-Vertrag

Drs. JP/2010/03

Berichterstatter aus
dem Diskussionsforum: N. N. (5')

Debattenreihenfolge: Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg
Gymnasium Hankensbüttel
Fallstein-Gymnasium Osterwieck
Hainberg-Gymnasium Göttingen

Statements der Fraktionen des Landtages und der Landesregierung (5')

3. Forum 3

Schule zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Drs. JP/2010/04

Berichterstatter aus
dem Diskussionsforum: N. N. (5')

Debattenreihenfolge: Gymnasium Hankensbüttel
Fallstein-Gymnasium Osterwieck
Hainberg-Gymnasium Göttingen
Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg

Statements der Fraktionen des Landtages und der Landesregierung (5')

4. Forum 4

Toleranz – Integration – Demokratie

Drs. JP/2010/05

Berichterstatter aus
dem Diskussionsforum: N. N. (5')

Debattenreihenfolge: Fallstein-Gymnasium Osterwieck
Hainberg-Gymnasium Göttingen
Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg
Gymnasium Hankensbüttel

Statements der Fraktionen des Landtages und der Landesregierung (5')

III. Abschlussgespräch mit der Kultusministerin des Landes Sachsen-Anhalt
Prof. Dr. Birgitta Wolff

IV. Schlussbemerkungen des Präsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt

Demokratie und Partizipation im 20. Jahr der Deutschen Einheit

Prolog

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendparlaments „Zukunftswerkstatt deutsche Einheit“, Schülerinnen und Schüler der 11. Klassen aus dem Hainberg-Gymnasium Göttingen, dem Gymnasium Hankensbüttel, dem Fallstein-Gymnasium Osterwieck und dem Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg sind überzeugt, dass es wichtig ist, Demokratie und Partizipation in unserem Land zu unterstützen. Auf diesem Weg haben wir in den letzten zwanzig Jahren eine beachtliche Wegstrecke zurückgelegt, aber Herausforderungen verbleiben auch im 20. Jahr nach der Vereinigung Deutschlands.

Zu diesem Zweck haben wir uns in Magdeburg versammelt, um diese wichtigen Fragen zu diskutieren und Lösungswege aufzuzeigen.

Wir stimmen in Folgendem überein:

- Jugendliche interessieren sich sehr stark für Politik; deren Interesse steigt nach Befunden aus der letzten SHELL-Jugendstudie (2010); bei Jugendlichen von 12 bis 14 Jahren hat sich das Interesse in den letzten Jahren nahezu verdoppelt, bei den 15- bis 17-jährigen stieg das Interesse um die Hälfte. Zugleich betrug die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im Jahre 2006 nur 44 Prozent. Jugendliche engagieren sich heute oft und vielfältig, 39 Prozent der jungen Leute setzen sich häufig für soziale und gesellschaftliche Zwecke ein (zugleich ist zu berücksichtigen, dass dieses Engagement schichtabhängig ist).
Laut ARD/Deutschlandtrend hat ein Großteil der Deutschen das Gefühl, dass sich die politisch Handelnden von ihrer Lebenswelt abgekoppelt haben. 80 Prozent der Befragten stimmten demnach der Aussage zu, in Deutschland würden wichtige Entscheidungen getroffen, ohne dass die Interessen der Menschen berücksichtigt würden.
Die Partizipation von Jugendlichen ist schwierig, da sie in der Regel nur wenig oder keine Druckmittel besitzen. Hinzu kommt, dass allgemeine Politikverdrossenheit dieses Thema überlagert, die allerdings eher eine Politiker- und Parteienverdrossenheit ist. Umso wichtiger ist das kontinuierliche Aufzeigen demokratischer Beteiligungsformen und -möglichkeiten für Jugendliche.
- Zwischen Ost und West dauern Unterschiede fort, z. B. in der unterschiedlichen Bezahlung sowie generell auf dem Arbeitsmarkt. Trotz 20-jähriger Entwicklung und Zusammenarbeit dauern Vorurteile fort. Hartnäckige Vorurteile transportiert die Elterngeneration, aber auch die heutige Generation muss mit den Konsequenzen leben.

Laut einer DIW-Studie von 2010 sind die im vereinigten Deutschland aufgewachsenen jüngeren Ostdeutschen ähnlich zufrieden oder unzufrieden mit ihrem Leben wie ihre westdeutschen Altersgenossen. Unterschiede bleiben dennoch. Sie hängen allerdings weit mehr von den jeweiligen konkreten Lebensumständen ab, als davon, auf welcher Seite der früheren innerdeutschen Grenze die Befragten leben.

- Als drei der wichtigsten und drängendsten Probleme, denen die Politik und die Politiker heute gegenüber stehen, haben wir neben den Themen, die in anderen Foren thematisiert werden, diese identifiziert: (1) Demographischer Wandel und Rente (mehr als die Hälfte der Befragten der SHELL-Jugendstudie 2010 sehen das Verhältnis von Jung und Alt als „angespannt“), (2) Umweltschutz (Stichworte Globalisierung und Klimawandel), (3) Extremismus.

Für die zukünftige Entwicklung in Deutschland ist wichtig:

- Denkbar wären öffentliche Foren (so genannte „Townhallmeetings“), auf denen sich die Kandidaten Fragen von Bürgerinnen und Bürgern stellen müssen. Pflicht: Politikunterricht, anderweitige Information der Bürgerinnen und Bürger. Neu nachzudenken wäre über die Möglichkeit eines Volksentscheids auf Bundesebene (neben Art. 29 GG) bzw. niedrigere Hürden für Entscheide auf Landesebene.
- Mit Blick auf das Verhältnis von Ost und West sollten in verstärktem Maße Seminare gefördert werden, die den Dialog unterstützen. Auch Möglichkeiten zu Begegnungen und zum Kontaktnüpfen (wie auf dem Jugendparlament 2010) sollten ausgebaut werden.
- Die Aufklärung über das Thema Extremismus sollte schulisch wie außerschulisch verstärkt werden, um eine Spaltung der Gesellschaft zu verhindern. Für Produkte von Firmen, die eindeutig der links- und rechtsextremistischen Szene zugeordnet werden können, sollte ein Markenverbot für öffentliche Veranstaltungen ausgesprochen werden. Über die Strafmaße bei extremistischen Aktionen sollte neu nachgedacht werden.

Niedersachsen und Sachsen-Anhalt in Europa nach dem Lissabon-Vertrag

Prolog

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendparlaments „Zukunftswerkstatt deutsche Einheit“, Schülerinnen und Schüler der 11. Klassen aus dem Hainberg-Gymnasium Göttingen, dem Gymnasium Hankensbüttel, dem Fallstein-Gymnasium Osterwieck und dem Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg haben aus insgesamt 30 Thesen in 3 Abstimmungsphasen 5 Thesen herauskristallisiert, welche sie als besonders wichtig empfinden.

In einzelnen Gruppen wurden unten aufgeführte 5 Thesen näher erörtert und Forderungen erarbeitet, dabei wurden Pro und Contra diskutiert und abschließend ein guter Konsens erlangt.

Für die zukünftige Entwicklung der Jugend Deutschlands in Europa ist wichtig:

Auslandsaufenthalte während der Schulzeit sollen gängiger und jedem jungen Menschen ermöglicht werden

- keine Pflicht, freiwillig
- finanzielle Bezuschussung durch Dritte (Sponsorenprogramm)
- Werbung machen, Angst nehmen
- Partnerschulenpflicht mit aktivem Kontakt

Einführung eines Qualifikationspasses („European Skills Pass“)

- Angelehnt an den bereits existierenden Europass
- ehrenamtliche, außerschulische Tätigkeiten können so erfasst werden (z. B. Schülerparlament, Workshops, Seminare, Schüleraustausch, Beurteilungen bereits erbrachter Leistungen (Praktikazeugnisse etc.)
- Eintragungen in verschiedenen Sprachen zur besseren Anerkennung und Vergleichbarkeit

Einführung einer „Youth on the move“-Karte welche verschiedene Vorteile wie z. B. Preisnachlässe bietet

- Motivation zur Bewegung innerhalb Europas
- Vergünstigungen für Bildungsreisen (z.B. für Unterkünfte)
- Abstufung von persönlichen Einkommen, ohne Anrechnung elterlicher Einkünfte
- nur auf Antrag

Wir fordern die Zielsetzung, 6 Monate nach Verlassen der Schule einen Arbeitsplatz, Ausbildungsplatz, Studienplatz oder Praktikumsplatz sicherzustellen

- schnellere Integration in die Gesellschaft nach dem Bildungsabschluss
- Verteilung richtet sich nach Leistungen des Abschlusses
- Entwicklung von Förderprogrammen, die die Integration von potenziellen Schülerinnen und Schülern ohne Abschluss unterstützen
- alternativ: kostengünstiges Angebot von einer umfangreichen Auswahl von Weiterbildungen, Möglichkeit eines Auslandsjahres (europäischer Freiwilligendienst) oder Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ)

Schulabbrecherquote von 15 % auf 10 % senken

- wichtig: Differenzierung zwischen Schulabbrecherinnen und Schulabbrechern (durch Schicksale, soziale Hintergründe, etc.) und Schulverweigerinnen und Schulverweigerern
- bessere Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund
- Motivationsseminare für potenzielle Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher
- Förderung für sozial- und lernschwache Schülerinnen und Schüler → durch Senkung Schulabbrecherquote, weniger Ausgaben des Staates an Sozialhilfegeldern und Unterstützungen

Schule zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Prolog

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendparlaments „Zukunftswerkstatt deutsche Einheit“, Schülerinnen und Schüler der 11. Klassen aus dem Hainberg-Gymnasium Göttingen, dem Gymnasium Hankensbüttel, dem Fallstein-Gymnasium Osterwieck und dem Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg, stellen fest, dass es eine erhebliche Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Institution Schule gibt.

Schwerpunktmäßig sind zur Überwindung dieser Diskrepanz folgende Punkte maßgeblich für die zukünftige Entwicklung der Institution Schule verantwortlich:

1. Chancengleichheit für alle Schülerinnen und Schüler in allen Schulformen.
2. Schule lebt von guten Lehrkräften!
3. Vorbereitung auf das Berufsleben.
4. Schülerinnen und Schüler tragen selbst die Verantwortung für ihre Entwicklung.

Darüber hinaus würden die Schülerinnen und Schüler die Einführung eines bundesweiten Abiturs mit einheitlichen Bildungsstandards begrüßen.

Für die zukünftige Entwicklung in Deutschland ist wichtig:

1. Chancengleichheit für alle Schülerinnen und Schüler in allen Schulformen
 - Anspruch: Recht auf Bildung¹ - In der Schule lernt man fürs Leben?
 - Schul- und Lernmittelfreiheit (Fahrtkosten, Schulbücher → Großfamilien) (Wirklichkeit: Anstieg der Kosten)
 - durch gegenseitige Akzeptanz von Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern
 - Gleichberechtigung/Anerkennung/Ausstattung für alle Schulformen

¹ ein Menschenrecht gemäß Art. 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948

2. Schule lebt von guten Lehrkräften!

- Etablierung neuer Unterrichtsformen/-methoden
- verstärkte Zusammenarbeit: Schule-Lehrer-Eltern-Schüler (Lehrersein hört nicht an der Schultür auf!)
- verstärkte Neueinstellung von Lehrkräften (alte Lehrer → konservativ , junge Lehrer → zu locker)
- praxisnahe Ausbildung von Lehrkräften
- Fortbildungsseminare für Benutzung neuer Medien (Beamer; PC; Wideboards)
- Bereitstellung von Materialien für Lehrerfort- und -weiterbildung

3. Vorbereitung auf das Berufsleben

- mehrere Schülerpraktika
- Studienberatung über den Peer Group-Gedanken ² (Studenten berichten zu ihren Studiererfahrungen)
- engere Zusammenarbeit zwischen Hochschule und Schule bei der Studienwahl

4. Schülerinnen und Schüler tragen selbst die Verantwortung für ihre Entwicklung

- eigene Lernmotivation erarbeiten
- zunehmend selbstständige Lerneinstellung von Schülern und Schülerinnen fordern und unterstützen
- Ist die Aufteilung/Trennung nach der Grundschulzeit sinnvoll (altersgerecht)?

Ein weiterer Punkt:

- Niveauunterschiede Grund- und Leistungskursunterricht (Möglichkeit zum Wechsel gewähren)

² Peer Group: soziale Gruppe von gleichaltrigen Jugendlichen, in der das Individuum soziale Orientierung sucht und die ihm als Bezugsgruppe dient

Toleranz – Integration – Demokratie

Ausgangssituation

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendparlaments „Zukunftswerkstatt deutsche Einheit“, Schülerinnen und Schüler der 11. Klassen aus dem Hainberg-Gymnasium Göttingen, dem Gymnasium Hankensbüttel, dem Fallstein-Gymnasium Osterwieck und dem Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg haben sich mit den Themen Toleranz, Demokratie und Integration auseinandergesetzt.

In Deutschland leben 15,1 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, dies entspricht 19 % der Bevölkerung.

Die Vielfalt in unserer Gesellschaft ist aber nicht nur durch die Menschen aus allen Kontinenten, Religionen und Kulturen gekennzeichnet. Das Zusammenleben ist auch geprägt durch die verschiedenen Generationen, sozialen Schichten und der regionalen Herkunft. Integration beruht nicht nur auf den Bemühungen der jeweiligen Migrantinnen und Migranten, sondern muss genauso in der Mentalität der Mehrheitsgesellschaft verankert sein.

Es ist für Schülerinnen und Schüler wichtig, sich mit den Herausforderungen dieser Vielfalt in unserem demokratischen Staat auseinanderzusetzen.

Folgende Kernaussagen spielten eine große Rolle in den Diskussionen im Forum.

Religion

- Auseinandersetzungen im früheren Kindesalter mit Religion ist wichtig,
- die Wertevermittlung (neutral & unparteiisch) spielt für uns eine große Rolle bezüglich des Ethik- und Religionsunterrichts.

Generationengerechtigkeit

- Verständnislosigkeit zwischen der jungen und der etwas älteren Generation,
- Lebensverlängernde Maßnahmen ist ein essentielles Thema mit schwerer Kompromissfindung.

Radikale Strömungen

- Werden nicht stark genug bestraft und beobachtet.

Demokratie

- Es ist wichtig, dass wir unsere demokratischen Werte gegenüber anderen Staaten stärker vertreten.

Die Einladung zur Teilnahme am Jugendparlament erfolgte durch die Präsidenten der Landtage Niedersachsen und Sachsen-Anhalt in Zusammenarbeit mit dem Niedersächsischen Kultusministerium und der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt.

Für die zukünftige Entwicklung in Deutschland fordern wir von der Politik:

- Altersgerechte Informations- und Wertevermittlung muss stärker ausgeprägt und kontrolliert werden,
- stärkere Integration von Minderheiten: das gilt sowohl für die zu Integrierenden als auch für die Aufnahmegesellschaft,
- der Staat muss Rahmenbedingungen schaffen um zwischenmenschliche Beziehungen zu fördern (u. a. insbesondere in der Alten- und Behindertenpflege),
- Man sollte unsere demokratischen Werte gegenüber anderen Staaten stärker vertreten,
- Verfassungswidrige Meinungen sollten stärker geahndet werden.



**Stenografischer Bericht
über die Sitzung
des Jugendparlaments
am Montag, dem 15. November 2010,
in Magdeburg, Landtagsgebäude**

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	1	Zur Geschäftsordnung und zur Tages- ordnung	
Grußwort des Präsidenten des Niedersächsi- schen Landtages		Vizepräsident Herr Dr. Fikentscher	3
Vizepräsident Herr Möhrmann	2	Beschlussfassung	4

Beginn: 13.01 Uhr.

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Liebe Schülerinnen und Schüler! Liebe Mitglieder des Jugendparlaments! Seien Sie herzlich willkommen!

Es ist ein Novum, dass niedersächsische Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern aus Sachsen-Anhalt das Jugendparlament durchführen. Das ist mir eine große Freude. Wir werden an den beiden Tagen gemeinsam eine Menge erleben und viele Erfahrungen sammeln. Also nochmals: Herzlich willkommen!

Ich begrüße ganz herzlich meinen Kollegen aus dem Niedersächsischen Landtag, den Vizepräsidenten Herrn Möhrmann. - Sie dürfen gern Beifall klatschen.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich begrüße zu meiner Rechten Herrn Dr. Fikentscher, den Vizepräsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt.

(Beifall im ganzen Hause)

Des Weiteren begrüße ich Vertreter des Landtages von Sachsen-Anhalt, Herrn Born, Frau Reinecke und Frau Feußner. Sie werden uns heute und morgen begleiten. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Mit großer Freude begrüße ich Mitglieder der Landesregierungen, insbesondere der Kultusministerien der Länder Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, Mitarbeiter der Landeszentrale für politische Bildung, die Moderatoren, die die Arbeit in den Foren begleiten werden - das ist wichtig; das wird richtig spannend - sowie alle anwesenden Gäste. Seien Sie herzlich willkommen!

Ich eröffne hiermit das elfte Jugendparlament im Landtag von Sachsen-Anhalt und gleichzeitig das erste gemeinsame Jugendparlament mit dem Niedersächsischen Landtag. Ich heiße Sie alle herzlich willkommen.

Ganz besonders begrüße ich Sie, die Hauptakteure, die das Jugendparlament repräsentieren. Dies sind Jugendliche aus vier Schulen, und zwar das Gymnasium Hankensbüttel und das Hainberg-Gymnasium Göttingen aus Niedersachsen.

(Unruhe)

- War das jetzt nicht richtig ausgesprochen? - Hankensbüttel, Entschuldigung. So viel Zeit muss sein. Also, es sind Jugendliche vom Gymnasium Hankensbüttel und vom Hainberg-Gymnasium in Göttingen. Ein herzliches Willkommen den Jugendlichen aus Niedersachsen!

(Beifall im ganzen Hause)

Aus Sachsen-Anhalt nehmen Schülerinnen und Schüler des Fallstein-Gymnasiums Osterwieck und des Luther-Melanchthon-Gymnasiums Wittenberg am Jugendparlament teil. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Ich nehme an, Sie haben sich schon kennengelernt. Sie wissen ja aufgrund der Vorbereitung schon ein bisschen, wie das so abläuft.

Wir veranstalten in diesem Hause seit dem Jahr 1997 Jugendparlamente. Warum führen wir das Jugendparlament dieses Mal gemeinsam durch? - Wir haben uns

überlegt, dass es im 20. Jahr der deutschen Einheit eine wunderbare Sache wäre, wenn die Länder Niedersachsen und Sachsen-Anhalt ein gemeinsames Jugendparlament ausrichten.

Ich will daran erinnern - ich darf Ihnen an dieser Stelle auch großen Dank sagen -, dass die Kolleginnen und Kollegen aus Niedersachsen uns vor 20 Jahren beim Aufbau des Landes Sachsen-Anhalt Hilfestellung gegeben haben, dass sie mit dazu beigetragen haben, dass das alles so wunderbar funktionierte, wie wir uns das vorgestellt haben.

Aus diesem Grunde haben wir gesagt, anlässlich des 20-jährigen Bestehens der deutschen Einheit und des 20-jährigen Bestehens des Landes Sachsen-Anhalt - wir haben dieses Jubiläum am 28. Oktober dieses Jahres feierlich begangen - wollen wir gemeinsam ein Jugendparlament durchführen. Wir haben es unter das Motto „Zukunftswerkstatt deutsche Einheit“ gestellt und ich bin jetzt schon auf das Ergebnis gespannt.

Es ist ein wichtiges Thema. Ich glaube, wir können gar nicht oft genug darüber reden. Denn der zeitliche Abstand wird immer größer und die jungen Leute, die heute vor uns sitzen, haben die DDR nicht mehr persönlich erlebt. Es ist wichtig, dass wir uns mit unserer eigenen Geschichte auseinandersetzen.

Wie ist es eigentlich dazu gekommen, dass wir vor 20 Jahren die Wiedervereinigung feiern durften, dass wir gemeinsam dieses grandiose Wunder, wie man es immer so nennt, geschaffen und erlebt haben? - Vor 21 Jahren sind die Bürgerinnen und Bürger der DDR aufgestanden und haben die Mauer und die Zäune niedergegerissen. Das ist unser großer Beitrag zur deutschen Einheit gewesen, den wir eingebracht haben. Den 3. Oktober 1990 haben wir alle noch in Erinnerung.

Es ist also wichtig, dass man nicht vergisst, wie es dazu gekommen ist und warum es überhaupt zwei deutsche Staaten gab. Man muss sich mit der dunklen Vergangenheit des letzten Jahrhunderts auseinandersetzen. All das gehört mit hinein. Aus der Vergangenheit für die Zukunft lernen - das wird sicherlich ein wesentlicher Bestandteil der Diskussionen sein.

Sie haben im September dieses Jahres in Hannover zur Vorbereitung des Jugendparlaments gemeinsam Workshops durchgeführt. Sie werden in den vier Diskussionsforen anspruchsvolle Themen bearbeiten.

Das erste Diskussionsforum wird sich mit dem Thema „Demokratie und Partizipation im 20. Jahr der deutschen Einheit“ befassen.

Das Thema des zweiten Diskussionsforums lautet „Niedersachsen und Sachsen-Anhalt in Europa nach dem Lissabon-Vertrag“. Meine jungen Freunde, Europa ist letztendlich unsere gemeinsame Zukunft.

Das dritte Diskussionsforum wird sich dem Themenkreis „Schule zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ widmen.

Das vierte Diskussionsforum hat das Thema „Toleranz - Integration - Demokratie“. Das sind ganz wichtige Themen, über die wir vor allem morgen mit Ihnen diskutieren werden.

Dabei werden Sie die Erfahrung machen, dass man auch tolerant sein muss, dass man nicht immer seine Meinung durchsetzen kann, dass man miteinander diskutiert und den Kopf, den Verstand dazu benutzen sollte, um seine Auffassung überzeugend herüberzubringen.

Sie werden in den Diskussionsforen Thesenpapiere erarbeiten und morgen darüber diskutieren. Sie werden Ihre Thesen vorstellen und die Kollegen aus dem Landtag und die Vertreter der Landesregierung werden die Gelegenheit haben, mit Ihnen zu diskutieren und ins Gespräch zu kommen. Wir spielen nicht nur Parlament, sondern wir sind das Jugendparlament. Wir werden Ihnen zeigen, wie Politik letztendlich funktioniert. Das ist eine wichtige Frage.

Der Grundsatz - das werden Sie selber spüren - wird sein, die eigenen Ideen mit Überzeugungskraft vorzutragen, bereit zu sein, Kompromisse zu schließen und auf die Argumente der anderen einzugehen. Das halte ich für ganz wichtig. Denn damit üben Sie die Grundlagen der Demokratie ein. In den Debatten zeigt sich immer wieder: Wer gut im Stoff steht, dem wird es besonders gut gelingen, seine Meinung herüberzubringen. Ich freue mich auf die Diskussionen.

Wir werden, nachdem Herr Möhrmann seine Ansprache gehalten hat, noch zwei Dinge beschließen müssen, nämlich die Geschäftsordnung und die Tagesordnung. Auch das gehört zu einem Parlament.

Ich wünsche mir, dass unser Jugendparlament mit Schülerinnen und Schülern aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt ein Erfolg wird. Wir alle sind davon überzeugt. Es ist ein Novum und ein guter Ansatz. Vielleicht wird es ein Stück Tradition werden. Ob man jedes Jahr ein gemeinsames Jugendparlament durchführen sollte, das sei einmal dahingestellt; das wird sich zeigen. Aber wir sollten gemeinsam daran gehen und unsere Zukunft gestalten. Wer könnte dies besser als die jungen Menschen.

Ist es nicht toll, in solch einer großartigen Zeit zu leben, in solch eine großartige Zeit hineingeboren zu werden? - Wir leben in einem großen freien Europa, von dem wir vor 20 Jahren noch geträumt haben. Wir leben in einem großen freien Europa, das von der französischen Atlantikküste bis zum Baltikum und von der Irischen See bis zum Schwarzen Meer reicht. Wir leben in einem großen Friedensraum, in dem man über Grenzen hinweg sein Leben gestalten kann.

Ist es nicht großartig, dass wir seit mehr als 60 Jahren in Frieden leben? - Allein das ist schon ein großer Wert. Wenn Sie, die Sie das 21. Jahrhundert maßgeblich gestalten werden, das ebenfalls so sehen und nicht vergessen, welchen Wert Europa und 60 Jahre Frieden haben, dann haben wir, so glaube ich, gemeinsam unser Ziel erreicht.

Ich freue mich auf eine lebendige Debatte morgen hier im Parlament. Ich hoffe, Sie werden nach Hause fahren und sagen: Ist es nicht toll, Politik zu machen? - In diesem Sinne sage ich herzlichen Dank.

Ich würde mich freuen, lieber Kollege Möhrmann, wenn Sie jetzt das Wort nehmen und zu den jungen Leuten sprechen.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtags Herr Möhrmann:

Sehr geehrter Herr Präsident Steinecke! Lieber Vizepräsident Herr Fikentscher! Liebe Abgeordnete des sachsen-anhaltinischen Landtages! Liebe Jungparlamentarier! Ich habe gesehen, dass Sie bereits eine Verhaltensweise derjenigen, die sonst auf diesen Stühlen sitzen, übernommen haben; Sie klopfen auf die Tische.

Das ist in den Parlamenten so üblich. Ich kenne den Grund dafür nicht. Aber es ist schon eine erste Verhaltensweise, die Sie gelernt haben.

Ich begrüße ebenso herzlich Ihre Lehrerinnen und Lehrer, ohne die Sie heute sicherlich nicht hier wären. Wir aus Niedersachsen freuen uns, dass die „Zukunftswerkstatt deutsche Einheit“ heute in Magdeburg stattfinden kann.

Ich darf Ihnen als Vizepräsident die herzlichen Grüße unseres Landtagspräsidenten Hermann Dinkla überbringen, der heute anderen Aufgaben, die er auch wahrzunehmen hat, nachgeht. Er nimmt an dem Parteitag der CDU in Karlsruhe teil.

Meine Damen und Herren! Heute und morgen werden Sie gemeinsam in dem von den Landtagen Niedersachsen und Sachsen-Anhalt initiierten Projekt, das Sie - wenn ich richtig informiert bin - am 21. September im Landtag in Hannover begonnen haben, diskutieren. Sie werden gemeinsam Fragen und Erwartungen besprechen.

Herr Präsident, wenn ich mir diesen Plenarsaal anschau - er ist so lichtdurchflutet -, dann muss ich sagen, das unterscheidet sich schon von unserem in Hannover. Ich glaube, eine Diskussion kann dadurch auch lebendiger werden.

Bei uns in Hannover ist alles noch ausgerichtet auf ein Parlament, das man damals unter ganz anderen Gesichtspunkten gesehen hat, nämlich mehr als eine Enklave, also als einen zurückgezogenen Raum, in dem die Abgeordneten unter sich sitzen sollten.

Heute versteht man parlamentarische Demokratie mehr so, wie wir es hier sehen, nämlich geöffnet nach außen. Ich hoffe, dass sich die Atmosphäre befruchtend auf die Diskussionen, die Sie führen werden, auswirken wird. Denn es ist meine feste Überzeugung, dass Demokratie vom Streit unterschiedlicher Meinungen lebt. Dieser Streit darf auch gern einmal sehr nuanciert vorgetragen werden.

Aber Demokratie lebt auch davon, dass die Minderheit die Mehrheit respektiert. Ich glaube, auch das ist eine wichtige Erkenntnis. Ich glaube, dass wir mit dieser Veranstaltung auf einem guten Weg sind und dass es ein guter Auftakt ist. Ich hoffe, dass die Resultate dann auch dokumentieren, dass wir die richtigen Schulen für dieses Jugendparlament ausgewählt haben.

Meine Damen und Herren! Liebe Schülerinnen und Schüler! Dass Sie ausgewählt worden sind, hat sicherlich einen besonderen Grund; denn es zeigt, dass wir das, was Sie bisher getan haben, sehr hoch wertschätzen. Ich wünsche mir, Herr Präsident, dass dies nicht die letzte gemeinsame Veranstaltung ist. Vielleicht können wir es tatsächlich in einem gewissen Rhythmus - ob es jährlich sein sollte, ist eine andere Frage - weiter fortsetzen.

Ich hoffe, dass es immer wieder junge Menschen gibt, die Spaß an der Sache haben, die sich dafür engagieren und die vielleicht auch ein bisschen ein Gefühl dafür bekommen, was die parlamentarische Demokratie ausmacht. Vielleicht kann sich auch der eine oder andere vorstellen, später einmal in einem solchen Parlament als Abgeordnete oder Abgeordneter zu sitzen.

Meine Damen und Herren! Ich will es an dieser Stelle noch einmal sagen: Vor 20 Jahren wäre so etwas gar nicht möglich gewesen. Es gab zwar in Hannover schon den Niedersächsischen Landtag, aber es gab den Land-

tag von Sachsen-Anhalt noch nicht. Ich denke, dass das ganz wichtig ist; Herr Präsident Steinecke hat auch schon darauf hingewiesen.

Ich glaube, es lohnt sich, daran zu erinnern, wie es vielleicht in der eigenen Familie vor dem 9. November 1989 war, wie schwierig es war, von Magdeburg nach Hannover zu reisen, wenn man es überhaupt durfte, wie schwierig es auch für uns war, aus dem Westen über die Grenze in die DDR zu fahren und was man - ich sage es einmal mit etwas drastischen Worten - dort ertragen musste. Ich erinnere mich daran, dass ich selber als Jugendlicher nach Westberlin gefahren bin und so manches Mal eine Gänsehaut bekam, wenn ich die Grenze passierte.

Diese Erfahrungen müssen Sie heute nicht mehr machen. Das einzige, was uns heute manchmal aufhält - heute Morgen ist es uns, Gott sei Dank, erspart geblieben -, ist ein Stau auf der Autobahn. Ansonsten gibt es überhaupt keine Probleme mehr, woandershin zu fahren. Ich glaube, dass es ganz wichtig ist, dass man sich an diese Zeit erinnert.

Als ich mich auf den heutigen Tag vorbereitet habe, erinnerte ich mich an das Jahr 1961, an den Mauerbau. Ich erinnerte mich daran, dass ich im Jahr 1963 - ich war damals in der neunten Klasse - in Westberlin war.

Ich hatte - für mich ist das aus heutiger Sicht eine Ehre - die Ehre dabei zu sein, als John F. Kennedy vor dem Schöneberger Rathaus die berühmten Worte sagte: Ich bin ein Berliner. Damals war ich 15 Jahre alt. Ich habe so die Vorstellung, dass das Interesse an Politik in dem Jahr und in dieser Zeit geweckt worden ist.

Ich möchte auch noch einmal daran erinnern, dass es in den 70er-Jahren, insbesondere dann, wenn man keine Verwandten in der DDR hatte, einfacher war, in die europäischen Hauptstädte, nach Kapstadt oder nach Melbourne zu reisen als nach Quedlinburg, Halberstadt oder Wittenberg. Glücklicherweise ist das nun vorbei.

Sie treffen sich heute und morgen in den Diskussionsforen. Wenn ich mir die Themen anschau, beispielsweise „Demokratie und Partizipation im 20. Jahr der deutschen Einheit“, so glaube ich, gibt es viel zu besprechen. Es gibt auch viel zu überlegen, wie wir das in den nächsten Jahren weiter entwickeln können.

Der Lissabonvertrag ist etwas ganz Kompliziertes. Ich weiß gar nicht, ob ein Diskussionsforum dazu geeignet ist, solch ein umfangreiches Thema aufzuarbeiten. Wahrscheinlich muss man sich dabei auf einige wenige Punkte konzentrieren.

Aber ich bin mir ganz sicher, dass wir ohne die europäische Einheit ganz andere Probleme hätten. Die Tatsache, dass wir in Europa seit so vielen Jahren keinen Krieg mehr hatten, hat sicherlich auch etwas mit der europäischen Einigung zu tun.

Bei der Frage, wie sich die Schule heute darstellt, ist es bestimmt sehr interessant, einmal zu vergleichen, was in dieser Hinsicht in Sachsen-Anhalt und in Niedersachsen passiert.

Auch das letzte Thema ist mit ganz wichtig, nämlich das Thema „Toleranz - Integration - Demokratie“.

Ich wünsche Ihnen, dass Sie gute Diskussionen haben werden. Ich wünsche Ihnen, dass es nicht die beiden einzigen Tage bleiben, an denen Sie sich mit der parlamentarischen Demokratie auseinandersetzen. Ich hoffe,

dass wir uns weiterhin für offene Grenzen und für den freien Warenaustausch in Europa sowie für Integration und Toleranz einsetzen. Dabei ist es wichtig, dass wir Fundamentalismus und Extremismus keine Chance geben.

Sehr geehrter Herr Präsident Steinecke! Ich danke Ihnen herzlich dafür, dass die Niedersachsen heute hier im Landtag von Sachsen-Anhalt zu Gast sein dürfen. Ich danke den Referenten für ihre Bereitschaft, die Jugendlichen aus Wittenberg, Hankensbüttel, aus Göttingen und Osterwieck von Ihrem Wissen profitieren zu lassen.

Mein Dank gilt ferner der Landeszentrale für politische Bildung von Sachsen-Anhalt sowie den Kultusministerien der beiden Länder für die großzügige Unterstützung dieses Jugendparlaments.

Ich wünsche der heutigen Veranstaltung einen erfolgreichen Verlauf und Ihnen für die Stadtführung heute Nachmittag gutes Wetter. Für heute Abend wünsche ich gutes Gelingen. Nutzen Sie die Chance, auch über die offiziellen Gesprächsrunden hinaus Kontakte zu knüpfen. Alles Gute und vielleicht auf Wiedersehen im nächsten Jahr in Niedersachsen! - Danke schön.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Ich danke Ihnen, Herr Vizepräsident Möhrmann, für Ihre Worte, für die Aufmunterung der jungen Leute. Aber ich glaube, sie brauchen gar keine Aufmunterung; sie sind munter genug.

Sie haben den Raum angesprochen. Er ist so lichtdurchflutet. In der Tat ist es schön, in solch einem hellen Raum zu sitzen; da fließt der Geist von A nach B. Dass unser Parlament so lichtdurchflutet ist, ist mir immer aufgefallen, wenn ich in den alten Bundesländern war, wo die Parlamente ein Stück weit abgeschottet sind.

In unseren Sitzungssaal kann man hineinschauen. Wir haben ein gläsernes Parlament; das will ich noch einmal sagen. Alle Sitzungen sind öffentlich. Alle können daran teilnehmen. Ich sage: Wir können alle nur dazu ermuntern, nicht politikverdrossen zu sein, sondern sich einzubringen.

Vor 21 Jahren haben sich die Menschen auch hier auf dem Domplatz und auf anderen Plätzen in Sachsen-Anhalt versammelt und sind für Pressefreiheit, für Redefreiheit und für freie Wahlen auf die Straße gegangen. Ich kann alle nur dazu ermuntern, von ihrem vornehmen Recht Gebrauch zu machen und bei den Wahlen ihre Stimme abzugeben.

Jede Stimme ist etwas wert, meine lieben jungen Freunde, das will ich noch einmal ausdrücklich sagen. Wir haben in Sachsen-Anhalt bei den Kommunalwahlen das Wahlalter auf 16 Jahre abgesenkt. Nehmen Sie das Wahlrecht wahr. Es ist ein hart erkämpftes Recht und das sollte es auch bleiben.

Mein Kollege Herr Dr. Fikentscher wird Ihnen nun zur Geschäftsordnung einiges sagen. - Bitte schön.

Vizepräsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Dr. Fikentscher:

Liebe Schülerinnen und Schüler! Sie beginnen jetzt gleich mit der unmittelbaren parlamentarischen Arbeit,

mit der Arbeit des Jugendparlaments. Zuvor fassen Sie zwei wichtige Beschlüsse. Sie beschließen die Tagesordnung und die Geschäftsordnung. Ohne Tagesordnung und Geschäftsordnung funktioniert die Demokratie nicht. Wer das als Formalien abtut, der hat nichts verstanden.

Eine Tagesordnung ist aus zwei Gründen wichtig. Erstens muss man sich darüber einigen, was überhaupt besprochen werden soll und in welcher Reihenfolge; sonst ist es das Gequatsche am Stammtisch. Am nächsten Tag hat jeder eine andere Erinnerung und keiner weiß, was eigentlich los war. Das muss also schon geordnet sein.

Zweitens geht es dabei um einen Minderheitenschutz. Die Mehrheit kann nicht einfach sagen, jetzt reden wir einmal über etwas anderes und jetzt setzen wir dies oder jenes noch auf die Tagesordnung. Nein, die Tagesordnung wird beschlossen und das, was nicht darauf steht, wird nicht beredet. Nur so kann Demokratie funktionieren.

Des Weiteren ist die Geschäftsordnung zu beschließen. Darin steht, wer die Versammlung leitet, wann wer wie lange reden darf, unter welchen Bedingungen etwas beschlossen wird und wie das alles aufgeschrieben wird, damit man am nächsten Tag auch weiß, was man beredet und beschlossen hat; sonst ist alles einfach verpufft.

Ich möchte Ihnen das deswegen gleich am Anfang sagen, weil es zwei wichtige Beschlüsse sind. So formal es jetzt klingen mag, aber ohne eine Tagesordnung und eine Geschäftsordnung funktioniert eine Sitzung nicht. Jeder tut gut daran, die Drucksachen durchzulesen und sich zu vergegenwärtigen, was darin steht und wie man sich zu verhalten hat.

Übrigens werden Ihnen Tagesordnungen und Geschäftsordnungen in allen Gremien, in denen Sie später einmal tätig sein werden, wieder begegnen. Sie lernen heute also etwas, was nicht nur für heute gilt, sondern etwas, was viele von Ihnen vermutlich ein Leben lang gebrauchen können. Das wollte ich Ihnen zu Beginn sagen, damit Ihnen die Bedeutung dieser beiden Dokumente für die Demokratie klar ist.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Vielen Dank, Herr Dr. Fikentscher. - Herr Dr. Fikentscher ist schon seit 20 Jahren Mitglied dieses Hauses. Er ist ein erfahrener Parlamentarier. Es ist immer gut, wenn man das noch einmal erklärt bekommt.

Dann wollen wir an die Arbeit gehen. Bevor wir die Pause einläuten und Sie durch das Haus geführt werden - 14.30 Uhr beginnen die Foren -, wollen wir genau die eben genannten Beschlüsse fassen. Ich schlage Ihnen vor, zuerst die Geschäftsordnung und danach die Tagesordnungspunkt zu beschließen.

Die Geschäftsordnung liegt Ihnen in der Drs. JP 2010/01 vom 15. November 2010 vor. Gibt es dazu Bemerkun-

gen oder Änderungswünsche vonseiten der Jungparlamentarier? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich Sie, durch das Heben der Hand kundzutun, ob Sie der Geschäftsordnung zustimmen wollen.

Wer stimmt zu? - Meine Kollegen und ich können von hier oben erkennen, dass die große Mehrheit dafür stimmt. Wer stimmt dagegen? - Ich sehe keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? - Eine Stimmenthaltung. Die Geschäftsordnung ist also mit großer Mehrheit bei einer Stimmenthaltung bei der Fraktion Gymnasium Hankensbüttel - ich habe extra noch einmal nachgelesen - so beschlossen.

(Heiterkeit)

- Das ist auch Demokratie. Es ist sein gutes Recht.

Dann kommen wir zum zweiten Beschluss, zu der Tagesordnung für die Sitzung des Jugendparlamentes „Zukunftswerkstatt deutsche Einheit“ im Landtag von Sachsen-Anhalt am 15. und 16. November 2010. Sie liegt Ihnen ebenfalls vor. Gibt es Anmerkungen zur Tagesordnung oder Wünsche, etwas hinzuzufügen oder abzusetzen? - Das ist auch nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dieser Tagesordnung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Wer stimmt zu? - Das ist die große Mehrheit. Wer stimmt dagegen? - Niemand. Wer enthält sich? - Auch niemand. Damit ist die Tagesordnung bestätigt.

Die Geschäftsgrundlage ist hergestellt. Wir haben eine Geschäftsordnung, nach der wir die Sitzungen an den zwei Tagen gestalten werden, und wir haben eine Tagesordnung beschlossen. Jetzt können wir an die Arbeit gehen.

Ich darf mich noch einmal ganz herzlich bei Ihnen für Ihre großartige Mitarbeit bedanken. Des Weiteren bedanke ich mich bei den Referenten und bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kultusministerien und der Landeszentrale für politische Bildung.

Mein herzlicher Dank gilt auch den Kollegen aus dem Landtag. Sie haben jetzt deshalb nicht das Wort genommen, weil sie sich das für morgen aufsparen wollen. Morgen können sie gemeinsam mit Ihnen diskutieren. - Herzlichen Dank dafür, dass Sie hier waren.

Des Weiteren danke ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseres Hauses, die das Jugendparlament so vortrefflich organisiert haben.

Wir treten jetzt in eine Pause ein. Um 14.30 Uhr beginnt die Arbeit in den vier Diskussionsforen. Die Räume sind ausgeschildert. Der Rundgang durch das Haus wird meines Wissens in den Gruppen stattfinden. Ich wünsche Ihnen einen interessanten Rundgang.

Herzlichen Dank an meine Kollegen Herrn Möhrmann und Herrn Dr. Fikentscher.

Ich beende damit die Sitzung.

(Beifall im ganzen Hause)

Schluss der Sitzung: 13.27 Uhr.



Stenografischer Bericht

über die Sitzung

des Jugendparlaments

am Dienstag, dem 16. November 2010,
in Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten 1

TOP 1

Demokratie und Partizipation im 20. Jahr der Deutschen Einheit

Vorlage des Diskussionsforums 1 - **Drs.**
JP/2010/02

Frau Seifert (Berichterstatterin) 2
Frau Meyer (Berichterstatterin) 3
Frau von Angern (DIE LINKE) 3
Frau Dr. Hüskens (FDP) 4
Frau Mittendorf (SPD) 5
Herr Scheurell (CDU) 6
Vizepräsident Herr Schwarz 7

TOP 2

**Niedersachsen und Sachsen-Anhalt in
Europa nach dem Lissabon-Vetrag**

Vorlage des Diskussionsforums 2 - **Drs. JP/2010/03**

Frau Surborg (Berichterstatterin) 8
Frau Bartels (Berichterstatterin) 8
Frau Seifert 9
Herr Golin 9
Frau Seiler 9
Herr Czeke (DIE LINKE) 10
Staatssekretär Herr Schröder 11
Frau Dr. Hüskens (FDP) 12
Frau Mittendorf (SPD) 13

TOP 3

Schule zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Vorlage des Diskussionsforums 3 - **Drs.**
JP/2010/04

Herr Dittmer (Berichterstatter) 15
Frau Stephan (Berichterstatterin) 17
Frau Seiler 17, 20, 21, 24
Herr Gabler 18, 19, 20, 26, 31
Frau Hesse 18, 21
Frau Stephan 18, 21, 25

Herr Müller	19, 21
Frau Kozel	19
Herr Dittmer	19, 22, 25
Frau Hellwig	20, 26
Herr Köpcke	21
Frau Hommers	21
Frau Randewig	22
Herr Schmelzer	22
Herr Scheurell (CDU)	23, 24
Frau Seifert	25, 26
Frau Fiedler (DIE LINKE)	25
Frau Greschok	26
Frau Körner	27
Frau Feußner (CDU)	27
Frau Dr. Hüskens (FDP)	29
Frau Mittendorf (SPD)	30

TOP 4**Toleranz - Integration - Demokratie**Vorlage des Diskussionsforums 4 - **Drs.****JP/2010/05**

Herr Gabler (Berichterstatter)	31
Frau Luther	33
Frau Ramthun	33
Frau von Angern (DIE LINKE)	33
Frau Dr. Hüskens (FDP)	34
Frau Feußner (CDU)	34
Herr Scheurell (CDU)	35
Frau Mittendorf (SPD)	35
Ministerin Frau Prof. Dr. Wolff	36, 37

Beginn: 11.04 Uhr.

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Liebe Jungparlamentarierinnen und Jungparlamentarier! Herzlich willkommen zum zweiten Tag unseres Jugendparlaments.

Sie haben gestern einen langen Arbeitstag absolviert und in den vier Diskussionsforen über verschiedene Themen beraten. Ich habe bei dem einen oder anderen Forum kurz vorbeigeschaut. Dort ging es recht munter zu, wie es zum Teil auch in den Ausschüssen des Landtages ist.

Ich fand es großartig, wie Sie darum gerungen haben, Ihre Auffassungen durchzusetzen, aber auch Kompromisse zu schließen. Das ist nun einmal das Leben. Aber ich fand das Klima gut, in dem die Diskussionen stattgefunden haben.

Sie haben gestern gemeinsam einen schönen Abend verbracht. Wer arbeitet, der darf auch fröhlich feiern. Sie werden hoffentlich gern daran zurückdenken, dass hier in Magdeburg junge Leute aus Niedersachsen und aus Sachsen-Anhalt über unsere Zukunft diskutiert haben.

Meine sehr verehrten jungen Leute! Liebe Jungparlamentarierinnen und Jungparlamentarier! Gestern war der Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Möhrmann anwesend. Heute habe ich die große Freude den Vizepräsidenten des Niedersächsischen Landtages Herrn Schwarz begrüßen zu dürfen. - Herr Schwarz, herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Wir haben des Weiteren die große Freude, heute auf der Regierungsbank Parlamentarier aus Sachsen-Anhalt begrüßen zu dürfen. Ich begrüße ganz herzlich Frau Dr. Hüskens von der FDP-Fraktion,

(Beifall im ganzen Hause)

Frau von Angern von der Fraktion DIE LINKE,

(Beifall im ganzen Hause)

und Herrn Czeke ebenfalls von der Fraktion DIE LINKE. Er widmet sich besonders stark den Themen „Europa“ und „Landwirtschaft“.

(Beifall im ganzen Hause - Frau von Angern, DIE LINKE: Und worin sind wir stark?)

- Das werde ich gleich noch sagen. - Für die jungen Leute: Herr Czeke nimmt sonst immer zu Landwirtschafts- und Umweltthemen das Wort. Ich freue mich, dass er heute dabei ist.

Ich darf darüber hinaus ganz herzlich Frau Mittendorf von der SPD-Fraktion begrüßen.

(Beifall im ganzen Hause)

Sie ist wie Frau Dr. Hüskens und Frau von Angern eine versierte Fachfrau in Sachen Jugendarbeit und Schularbeit.

Ich begrüße weiterhin den Staatssekretär im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr Herrn Schröder. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Die CDU-Fraktion wird von Herrn Scheurell vertreten.

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Scheurell kommt aus der wunderbaren Stadt Wittenberg. Wer Fragen an ihn hat, kann sich sicherlich im Anschluss mit ihm unterhalten. - Also, herzlich willkommen!

Ich freue mich auch, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kultusministeriums aus Niedersachsen und der Landeszentrale für politische Bildung zu begrüßen, die das Jugendparlament - das will ich hier einmal ausdrücklich sagen - mit finanziert haben. Denn das, was wir hier machen, kostet auch Geld, meine Damen und Herren.

Ich freue mich natürlich, dass die Referenten, die alles so fleißig in die richtigen Bahnen gelenkt haben - das werden wir nachher in der Diskussion sehen -, heute hier sind. Seien Sie herzlich willkommen!

Liebe Gäste! Ich freue mich auch darüber, dass die Presse so stark an unserem Jugendparlament Anteil nimmt. Als ich die Zeitungen heute Morgen aufgeschlagen habe, habe ich mich darüber gefreut. - Nein, ich habe es - das gebe ich an dieser Stelle ehrlich zu - nicht anders erwartet.

Meine Damen und Herren! Bevor wir jetzt in die Arbeit einsteigen, habe ich noch eine angenehme Pflicht zu erfüllen. Wir haben heute ein Geburtstagskind unter uns. Cassandra Hahn vom Gymnasium Osterwieck hat heute Geburtstag.

Liebe Cassandra Hahn, ich darf Sie bitten, nach vorn zu kommen, damit ich Ihnen diesen Blumenstrauß überreichen kann.

(Beifall im ganzen Hause)

Liebe Frau Hahn, alles Gute und Gottes Segen. Bleiben Sie so fröhlich. Ich hatte mich schon darauf gefreut, Sie als Berichterstatterin zu hören. Aber wir haben natürlich alle Verständnis dafür, dass Sie sich an Ihrem Geburtstag etwas zurückhalten. Nochmals alles Gute und schön, dass Sie da sind.

(Beifall im ganzen Hause)

Meine Damen und Herren! Zum Ablauf. Der Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages und ich werden uns die Sitzungsleitung aufteilen. Ich werde das erste und das letzte Thema moderieren, Herr Schwarz wird die Debatten zum zweiten und dritten Thema leiten. Wir hoffen und wünschen, dass es lebhaftige Debatten sein werden. Davon bin ich überzeugt und davon gehe ich auch aus.

Ich ermuntere auch die Politikerinnen und Politiker aus dem Landtag sowie den Herrn Staatssekretär, sich kräftig einzumischen und mit den jungen Leuten zu diskutieren. Denn die jungen Leute haben mittlerweile auch gemerkt, wie wichtig es ist, mit der Politik ins Gespräch zu kommen.

Ich bitte die jungen Parlamentarierinnen und Parlamentarier, wenn Sie sich zu Wort melden, Ihren Namen zu nennen, weil alles, was Sie sagen, protokolliert wird. Die junge Dame, die hier vorn sitzt - ein herzliches Willkommen auch Ihnen! -, ist die Stenografarin.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich bitte Sie also, wenn Sie sich zu Wort melden, Ihren Namen und Ihre Schule zu nennen, damit es nachher,

wie es auch bei den Landtagsitzungen in Niedersachsen und in Sachsen-Anhalt üblich ist, im Protokoll vermerkt werden kann. - Das waren die Vorbemerkungen. Wir werden nun in die Tagesordnung einsteigen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Demokratie und Partizipation im 20. Jahr der Deutschen Einheit

Vorlage des Diskussionsforums 1 - **Drs. JP/2010/02**

Wir haben eine Redezeit von fünf Minuten vereinbart. Wir werden die Zeit mitstoppen und, wenn die Redezeit überzogen wird, das erste Signal geben. Beim dritten Mal wird dem Redner das Wort entzogen. Wir wollen uns auch hier in Disziplin üben, wie wir das sonst in diesem Hohen Hause machen.

Die Berichterstatter des Diskussionsforums 1 sind Frau Anjela Meyer vom Gymnasium Hankensbüttel und Frau Evelyn Seifert vom Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg.

Ich erteile jetzt Frau Anjela Meyer das Wort. - Wer möchte reden? - Ich wollte den Gästen zuerst das Wort erteilen, aber wenn das so vereinbart worden ist, dann kann auch Frau Evelyn Seifert beginnen. Bitte, Frau Seifert, Sie haben das Wort.

(Beifall im ganzen Hause)

Frau Seifert, Berichterstatterin des Diskussionsforums 1:

Das Forum 1 hat sich mit der Demokratie und den Partizipationsmöglichkeiten im 20. Jahr der deutschen Einheit beschäftigt. Unseren Einstieg in Hannover bildeten drei Fragen. Was ist Politik? Wer macht Politik? Wie kann ich mich selber einbringen?

Daraus haben sich dann ganz schnell drei Themenschwerpunkte für die Diskussion in Magdeburg ergeben, erstens der Ost-West-Konflikt, zweitens der Rechts-Extremismus und der Linksextremismus und drittens die Partizipation und die Politikverdrossenheit. Zu dem letzten Schwerpunkt möchte ich mich heute äußern.

In das Thema einsteigen möchte ich gern mit einem Zitat:

„Die Demokratie ist eine schlechte Staatsform, aber die beste, die wir haben.“

Auch uns hat sich gestern die Frage gestellt, ob Demokratie die eine, die richtige Staatsform ist. - Natürlich, sie ist sinnvoll und - mal ehrlich - Alternativen dazu haben wir nicht. Die direkte Demokratie verstößt gegen die Verfassung und die Monarchie ist durch die Ewigkeitsklausel sowieso ausgeschlossen.

Außerdem ist eine perfekte Staatsform nicht machbar. Irgendwo müssen immer Abstriche gemacht werden. Allein die Demokratie, wie sie im Jahr 1949 durch das Grundgesetz festgelegt wurde, verhindert den Machtmissbrauch.

Es wird immer Probleme geben und Menschen, die nicht zufrieden sind. Aber die Mehrheit ist zufrieden. Deshalb kann die Demokratie nicht so schlecht sein, wie es von manchen behauptet wird.

Partizipationsmöglichkeiten gibt es übrigens viele. Allerdings werden sie zum Beispiel von uns Jugendlichen kaum genutzt. Wir haben andere Interessen. Aber es fehlt auch die Werbung, das heißt, unsere Aufmerksamkeit wird gar nicht darauf gerichtet.

Möglichkeiten, sich einzubringen, bieten zum Beispiel die Schülervertretungen, die Jugendorganisationen der Parteien, also die Jusos oder die Junge Union, oder Jugendparlamente wie dieses. Das Problem dabei ist allerdings, dass wir die Grundlagen nicht haben. Der Politik- bzw. Sozialkundeunterricht ist in den Schulen nicht verpflichtend. Das muss sich ändern.

Jugendliche können sich einbringen, haben aber allein keine Macht; denn ihnen fehlen die Druckmittel. Ist man über 18 Jahre alt, ergeben sich ganz andere Möglichkeiten: Petition, Lobbyismus, Volksentscheide, Volksbegehren, Verbände und natürlich das Wahlrecht.

Bürger, die 18 Jahre und älter sind, haben die Möglichkeit, in der Politik mitzuwirken. Aber es kommt, wie bei den Jugendlichen, immer auf das Druckmittel an. Je besser sich ein Verband organisiert, umso mehr Macht hat er auch.

Werden die Interessen aber nicht durchgesetzt, entsteht Politikverdrossenheit. Das schließt Politik, Politiker und Parlamente mit ein. Sigmar Gabriel, der SPD-Chef, hat sich dazu geäußert. Er sagt, es gebe heute eine Bewegung gegen politische Entscheidungen und gegen die etablierte Politik.

Und es gibt ein Grundgefühl in der Bevölkerung: Die da oben, wir hier unten. Uns stellt sich nun die Frage: Woher kommt das eigentlich? - Zum Teil fehlt das Vertrauen in die Politiker. Sie haben ihre Wahlversprechen nicht eingehalten oder den normalen Bürgern kommt es so vor, als hätten sie den Bezug zur Basis verloren und seien schlichtweg abgehoben.

Daraus resultiert natürlich Ärger auf diese Parteien. Viele machen deshalb von ihrem Wahlrecht gar keinen Gebrauch. In Sachsen-Anhalt lag die Wahlbeteiligung im Jahr 2006 zum Beispiel bei 44 %. Das heißt, nicht einmal mehr jeder zweite wählt.

Der Grund dafür kann sein, dass sie keine Ahnung von der Materie oder kein Interesse haben. Es kann aber auch daran liegen, dass die Parteiprogramme nahezu identisch sind. Viele Punkte ähneln sich und die eigentlichen Ziele, die die einzelnen Parteien verfolgen, sind nicht mehr klar zu erkennen. Es stellt sich die Frage: Was wollen diese Parteien eigentlich?

Im Übrigen spielt auch der Einfluss der Eltern eine entscheidende Rolle. Eltern, die nicht wählen, leben das natürlich ihren Kindern vor. Diese stellen sich irgendwann auch die Frage, warum sie denn zur Wahl gehen sollten. Sie haben auch oft die Vorstellung, dass ihre Stimme gar keinen Einfluss hat.

Häufig sieht man in den Nachrichten langwierige Debatten oder hört von irgendwelchen Gesetzesabstimmungen im Bundestag, die sich über Monate hinziehen. Dadurch wird der gesamte Politikprozess unüberschaubar.

Das führt auch zu sinkenden Mitgliederzahlen bei den Parteien. Die SPD ist zum Beispiel von einer Million Mitgliedern auf 529 000 geschrumpft. Das heißt, es besteht zwar ein Interesse an Mitbestimmung, aber die Menschen sagen, jetzt haben wir andere Sorgen, weil sie es

für selbstverständlich halten. - So lautet ein Ausspruch von Wolfgang Schäuble.

Diese Ansicht muss durchbrochen werden. Denn die Distanz zu Parteien und zur Politik hat eine gewisse Tradition im Bürgertum. Deshalb wollen wir mehr Volksentscheide, auch auf der Bundesebene. Die entsprechenden Hürden - etwa die Regelung, dass 25 % der Wahlberechtigten zustimmen müssen - müssen verringert werden.

Eine weitere Möglichkeit sind so genannte Townhall Meetings, in denen sich Politiker im direkten Gespräch den Bürgern stellen und deren Fragen beantworten. Außerdem sollte es mehr Werbung für Verbände und Parteien geben.

Der Politik- und Sozialkundeunterricht muss verpflichtend werden.

Des Weiteren fordern wir eine Informationspflicht. Das heißt, Referenten informieren die Bürger über bestimmte Parteien. Erst dann können sie entscheiden, ob sie wählen wollen oder nicht.

Sehr geehrter Landtagspräsident Herr Steinecke! Liebe Landtagsabgeordnete von Sachsen-Anhalt! Ich bedanke mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Ich hoffe, dass einige der Vorschläge des Jugendparlamentes umgesetzt werden können. - Danke schön.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Ich darf mich herzlich für den engagierten Vortrag von Anjela Meyer bedanken. Wir kommen zu dem Beitrag von Frau Evelyn Seifert.

(Heiterkeit bei der Fraktion Gymnasium Hankensbüttel)

- Es war natürlich Evelyn Seifert, die gesprochen hat. Jetzt erteile ich Anjela Meyer das Wort. Also, Anjela Meyer vom Gymnasium Hankensbüttel, Sie haben das Wort.

(Beifall im ganzen Hause)

Frau Meyer, Berichterstatterin des Diskussionsforums 1:

Wie meine Vorrednerin schon sagte, haben wir uns in drei Gruppen aufgeteilt. Wie sind wir dazu gekommen? - In unserem Forum sollten zunächst alle aufschreiben, über welche politischen Themen sie gern diskutieren würden. Wir haben einige dieser Vorschläge herausgestrichen; denn zum Beispiel befasst sich ein Diskussionsforum mit der Bildung.

Übrig blieben die von Frau Seifert genannten drei Themen. Auf das erste ist sie schon eingegangen. Ich möchte Ihnen jetzt die beiden anderen Themen vorstellen.

Eine Gruppe hat sich mit dem Ost-West-Konflikt beschäftigt. Wir haben dabei vor allem materielle Unterschiede festgestellt - ihr könnt das in dem Thesenpapier nachlesen - und Vorurteile, die durch die Elterngeneration weitergegeben werden, mit deren Konsequenzen wir leben müssen.

Allgemein kann man den Statistiken entnehmen, dass die Jugendlichen in Ostdeutschland, also auf dem Gebiet der früheren DDR, genau so zufrieden sind wie die

Jugendlichen in Westdeutschland. Wenn sie unzufrieden sind, so hängt das eher von den persönlichen Lebensumständen ab.

Um Vorurteile abzubauen, fördern wir Veranstaltungen wie dieses Treffen, große Dialoge und kleine Seminare, in denen die jungen Leute sich untereinander austauschen können.

Den dritten Schwerpunkt bildet das Thema „Extremismus“. Uns geht es vor allem darum, Links- und Rechtsextremismus gleichermaßen zu betrachten. Im Vergleich zum Rechtsextremismus ist der Linksextremismus in Deutschland relativ unpopulär. Wir sehen dabei die besondere Gewaltbereitschaft.

Wir haben festgestellt, dass Unzufriedenheit und Unwissenheit oft zu Extremismus führt. Deshalb fordern wir Aufklärung, um die Spaltung der Gesellschaft zu verhindern. Zum Beispiel gibt es Ausländerfeindlichkeit, die teilweise auf Extremismus beruht. Damit hat sich auch das Diskussionsforum 4 unter der Überschrift „Toleranz - Integration - Demokratie“ auseinandergesetzt.

Außerdem fordern wir eine Erhöhung des Strafmaßes - ich glaube, das habe ich in der Vorlage des Diskussionsforums 4 auch gelesen - und ein Verbot von Marken, die eindeutig den extremistischen Szenen zugeordnet werden können, wobei das Verbot nicht in privaten Häusern, sondern auf öffentlichen Plätzen, wie in Fußballstadien etc. gelten sollte. Damit könnte man einfach die Zeichen, die diese Gruppen aussenden bzw. ihre Ausstrahlung vermindern. - Das waren die Hauptpunkte unseres Thesenpapiers. - Danke schön.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Herzlichen Dank, Anjela Meyer vom Gymnasium Hankensbüttel. - Meine lieben Jungparlamentarier, wünscht jemand spontan das Wort zu den beiden Berichterstattungen? - Wenn das nicht der Fall ist, dann würde ich jetzt den Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag bzw. der Landesregierung das Wort erteilen.

Wünscht jemand von den anwesenden Politikern, ein Statement abzugeben? Wer möchte sprechen? - Ich sehe, Frau von Angern reizt es schon, etwas zu sagen. Frau von Angern ist insbesondere im Jugendbereich bei uns im Parlament aktiv tätig. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Frau von Angern (DIE LINKE):

Danke, Herr Präsident. - Sehr geehrte Schülerinnen und Schüler! Ich möchte Sie im Namen der Parlamentarierinnen und Parlamentarier ganz herzlich im Landtag von Sachsen-Anhalt begrüßen. Wir bedanken uns für das Material, das Sie uns zu den Themen zur Verfügung gestellt haben.

Es ist inzwischen, so glaube ich, das neunte Jugendparlament, an dem ich für die Fraktion DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt teilnehmen darf. Die Papiere, die uns im Nachgang zu einem Jugendparlament übermittelt werden, spielen danach auf ganz unterschiedliche Art und Weise eine Rolle.

Zum Teil beraten wir nur in den Fraktionen darüber. Teilweise werden die Themen aber auch in den Ausschüssen aufgegriffen, indem wir uns von der Landes-

regierung darüber berichten lassen, wie ihre Position zu bestimmten Punkten, die Sie einfordern, ist bzw. inwieweit diese Dinge in Sachsen-Anhalt auch schon stattfinden.

Manchmal ist es nämlich nur nicht so bekannt. Zum Beispiel finden die von Ihnen gewünschten Foren des deutsch-deutschen Miteinanders bereits statt. Sowohl von der Landeszentrale für politische Bildung als auch von den Jugendverbänden, die in Sachsen-Anhalt engagiert tätig sind, werden solche Veranstaltungen angeboten.

Das heißt, im Ergebnis stellen wir manchmal fest, dass es das schon gibt, dass aber mehr Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden sollte, vielleicht unter Einbeziehung der Schulen und der Lehrerinnen und Lehrer, damit eben für solche Veranstaltungen, die Sie zu Recht einfordern, mehr Werbung gemacht wird und damit die Schülerinnen und Schüler auch erfahren, dass so etwas passiert.

Ich möchte zu den drei Punkten, die Sie vorgetragen haben, kurz Stellung nehmen. Sie haben zum einen gefordert, dass es mehr öffentliche Foren geben sollte, bei denen man mit Abgeordneten - ich denke, damit meinen Sie die Abgeordneten aller politischen Ebenen in Deutschland - ins Gespräch kommen kann.

Hier läuft gar keine Zeit. Das ist ja schön.

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Ich beobachte das.

Frau von Angern (DIE LINKE):

Danke für den Hinweis. - Sonst läuft hier vorn nämlich die Uhr mit und in der letzten Minute der Redezeit blinkt es rot auf. Dann weiß man, es ist gleich Schluss.

Zu den öffentlichen Foren, die Sie eingefordert haben: Daran haben wir Politikerinnen und Politiker sehr großes Interesse. Wir kommen sehr gern mit Ihnen ins Gespräch. Deswegen sind auch alle Fraktionen heute hier vertreten.

Den Kolleginnen Mittendorf und Hüskens sowie mir ist es gestern wieder einmal gelungen, in eine Schule hineinzukommen und mit Schülerinnen und Schülern der 11. Klasse ins Gespräch zu kommen. Das ist nicht immer leicht.

Was ich vielleicht in Ihre Richtung zurückgeben kann, ist Folgendes: Sie haben in jedem Ort, aber auf jeden Fall in den Städten Abgeordnete, die sich um Ihre speziellen Belange kümmern. Ich gebe Ihnen den Rat mit auf den Weg, laden Sie Abgeordnete zu sich in die Schule ein. Dann brauchen Sie auch kein öffentliches Meeting auf dem Marktplatz abzuhalten, sondern Sie können das in der Schule machen. Es ist auch eine andere Gesprächskultur, die man dann pflegen kann. Nutzen Sie die Freiräume, die Sie möglicherweise nur in geringen Maßen in Ihrer Schulzeit haben, für solche Kontakte.

Ich finde es natürlich interessant, dass ein besonderer Politikunterricht eingeführt werden soll. Dazu würde mich interessieren - ich kann jetzt nicht rückfragen -, wie das denn genau aussehen soll.

Ich weiß, dass es sehr engagierte Lehrerinnen und Lehrer gibt, die Sie auch dabei unterstützt haben, heute hier zu sein, und die ein offenes Ohr dafür haben. Ich weiß

auch, dass das politische System der Bundesrepublik an Ihren Schulen im Rahmen des Sozialkundeunterrichts eine Rolle spielen muss; das ist auch gut so. Ich denke, Sie sollten gemeinsam mit Ihren Lehrerinnen und Lehrern versuchen, diesen Rahmen zu erweitern, in dem Sie bestimmte Themen diskutieren können.

Ansonsten wäre jetzt meine Frage an die Abgeordneten: Möchte jemand von Ihnen etwas zum Thema „Volksentscheide“ sagen?

(Glocke des Präsidenten)

- Dann werde ich es dabei belassen. Ich habe das Zeichen wahrgenommen. - Danke.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Vielen Dank, Frau von Angern. - Wer wünscht das Wort? - Frau Dr. Hüskens, bitte.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte an das anschließen, was Frau von Angern bereits ausgeführt hat. Ich möchte mich dem dritten Schwerpunkt zuwenden.

Ich habe gestern Abend gesehen, dass Ihre Beschlüsse in diese Richtung gehen. Deshalb habe ich heute Morgen extra meine schwarze Jacke angezogen. Sie stammt aus dem süddeutschen Raum aus dem Trachtenbereich. Sie hat hier ein Zeichen. Frau von Angern hat gerade zu mir gesagt, das seien vier Einsen. Es sind nicht vier Einsen, sondern vier Berge. Es ist das Logo der Stadt Garmisch-Patenkirchen.

Ich habe diese Jacke deshalb angezogen, um die Frage zu provozieren, ob sie eindeutig dem rechtsextremen oder linksextremen Spektrum zuzuordnen ist. Dieser Punkt in Ihrem Beschluss hat mich gestern Abend, als ich ihn gelesen habe, ein bisschen irritiert. Als Liberale ist die Forderung nach einem Verbot etwas, das einen in Sorge bringt. Die Frage ist nämlich, was eindeutig ist.

Natürlich haben die Rechten und Linken klare Erkennungszeichen, die immer wieder benutzt werden,

(Zuruf von Frau von Angern, DIE LINKE)

die dann auch entsprechend - Entschuldigung, Frau von Angern, ich meinte: Rechts- und Linksextreme - vom Verfassungsschutz aufgenommen und als die entsprechenden Logos dargestellt werden.

Das Problem ist nur, dass es gerade bei diesen Gruppen hin und wieder eine Neigung zu bestimmten Marken gibt, obwohl das Unternehmen gar nichts dafür kann; das ist bei Thor-Steinar etwas anders.

Aber in der Regel ist es so, dass sich ein Unternehmen schlecht dagegen wehren kann, dass Rechts- oder Linksextreme seine Sachen tragen, dass sie schwarze oder rote Sachen, irgendwelche Embleme oder bestimmte Marken bevorzugen.

Wir haben einfach die Schwierigkeit zu entscheiden, wie wir damit umgehen. Wollen wir als Gesellschaft nach und nach diese Marken verbieten, nur weil sie von entsprechenden Gruppen getragen werden? - Ich bitte Sie, noch einmal darüber nachzudenken, ob ein Verbot tatsächlich der richtige Weg ist.

Vor allen Dingen bitte ich Sie, auch einmal darüber zu diskutieren, ob uns ein Verbot weiterhilft. Wir sind ja immer relativ schnell dabei, nicht nur die Marke, die dort getragen wird, sondern gleich die ganze Partei zu verbielen. Ich denke jetzt zum Beispiel an die NPD.

An dieser Stelle ist für mich die Frage, was dann passiert. Drücken wir damit eine solche Richtung nur in den Untergrund? Haben wir dann nicht noch größere Schwierigkeiten zu beobachten, was dort passiert? Und vor allem: Drücken wir sie aus dem öffentlichen Bewusstsein heraus und nehmen uns im Endeffekt damit selber die Möglichkeit, darüber zu diskutieren? Oder setzen wir uns offen damit auseinander? - Von Letzterem halte ich viel mehr.

Zum Beispiel haben die Rechten gerade in Hohenmölsen - das ist ein kleiner Ort im Süden unseres Bundeslandes - eine Veranstaltung durchgeführt. Bei uns in Sachsen-Anhalt versuchen - das wird in Niedersachsen wahrscheinlich ähnlich sein - Gewerkschaften, Kirchen und Parteien entsprechende Veranstaltungen dagegen zu organisieren. Wir nutzen diese dazu, um uns damit auseinanderzusetzen.

Wir haben in Magdeburg am 16. Januar eines jeden Jahres Besuch von rechts. Dem versuchen die Bürger dieser Stadt in jedem Jahr zu begegnen. Inzwischen sind wir zu einer so genannten Meile der Demokratie übergegangen. Das heißt, in der ganzen Innenstadt finden Veranstaltungen für Demokratie statt.

Wir sind der Auffassung, dass es der richtige Weg ist, junge Leute davon zu überzeugen, dass die Demokratie zwar, wie schon Winston Churchill festgestellt hat, keine ideale Staatsform ist, aber dass es die beste Staatsform ist, die der Mensch bisher auf diesem schönen Erdball gefunden hat.

Sie ist manchmal zäh, sie ist manchmal schwierig, sie stellt niemanden von uns vollauf zufrieden, aber es ist die Staatsform, in der wir alle am besten leben können und in der wir uns vor allem selber am besten verwirklichen können, ohne in die Rechte anderer einzugreifen.

Ich glaube, dass Verbote uns einfach nur eine trügerische Sicherheit vorgaukeln, die es tatsächlich nicht gibt. Deshalb bitte ich Sie darum, noch einmal zu überdenken, ob Verbote im Bereich der Kleidung oder im Bereich von Parteien tatsächlich zu den Ergebnissen führen, die Sie im Blick haben, oder ob eine offene Auseinandersetzung nicht besser ist. - Ich danke Ihnen.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Herzlichen Dank, Frau Dr. Hüskens, für Ihren Beitrag. - Gibt es Fragen oder Bemerkungen? - Das sehe ich nicht. Dann bitte ich Frau Mittendorf von der SPD-Fraktion, ihr Statement abzugeben. Bitte schön.

Frau Mittendorf (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Liebe Schülerinnen und Schüler! Der Volksmund sagt nicht umsonst, verbotene Früchte schmecken am besten. Genau das, so glaube ich, wollte Frau Dr. Hüskens mit ihrem Beitrag zum Ausdruck bringen. Ich will mich dazu nicht weiter äußern, sondern ich will mich an das Thema „Politikverdrossenheit und Politikerverdrossenheit“ wagen.

Ich sage das vor dem Hintergrund einer Generation, die in der ehemaligen DDR geboren wurde, nämlich im Jahr 1950, und die wie die gesamte ehemalige DDR, die neuen Bundesländer diesen schwierigen Transformationsprozess aus einer sozialistischen Diktatur heraus in die freie bürgerliche Gesellschaft mitgemacht hat.

Die jungen Leute und auch die Menschen in den alten Bundesländern haben natürlich viel länger Erfahrungen mit Demokratie gesammelt. Trotzdem muss ich persönlich feststellen - ich sehe es auch bei meinen Halbbrüdern, die in den alten Bundesländern leben -, dass es ähnliche oder sogar die gleichen Probleme gibt im Umgang mit dem, was wir unter Demokratie nicht nur verstehen, sondern was wir als Demokratie erleben und leben.

Ich persönlich vertrete die Auffassung - ich habe festgestellt, dass mir darin durchaus viele zustimmen -, dass wir in den letzten 20 Jahren in den neuen Bundesländern, vor allen Dingen auch in Sachsen-Anhalt die Probleme der alten Bundesländer wie im Zeitraffer durchgemacht haben. Es begann mit großer Zustimmung und wandelte sich dann hin zur Abkehr von vielen Dingen, die man lange gefordert hatte und über deren Existenz man eigentlich froh war.

Für mich - ich bin eine sehr pragmatische Frau - gibt es immer ganz konkrete praktische Hintergründe, warum das so ist. Für mich liegt eine wie ich glaube nachvollziehbare Erklärung in einer völlig menschlichen Verhaltensweise, nämlich dass die Wünsche und die Erwartungshaltung an alles, was mit Demokratie verbunden ist, bei ganz vielen Menschen - bei jedem einzelnen; auch bei mir war das so - einfach viel höher sind bzw. waren, als es von einem demokratischen Staat umsetzbar und leistbar ist.

Ein wichtiger Punkt dabei ist, dass man auch die strukturellen und finanziellen Möglichkeiten hat, diese Wünsche zu erfüllen. An dieser Stelle sage ich immer Folgendes: Eine Familie, die ein bestimmtes Einkommen hat und plant, wie sie mit diesem Geld auskommen kann, wird sich auch nicht alle Wünsche erfüllen können. So einfach oder so schwer ist es eben auch für einen Staat.

Ich habe wirklich die Erfahrung gemacht - ich denke, meine Kolleginnen und Kollegen von den anderen Parteien werden das vielleicht bestätigen; das ist in den alten Ländern ebenfalls zu beobachten, aber es ist in den neuen Ländern noch verstärkt wegen des Zeitraffereffekts -, dass man sich, wenn bestimmte Wünsche nicht erfüllt werden, zurückzieht, dass man zum Beispiel nicht mehr zur Wahl geht. Aber genau das ist der falsche Weg.

Sich zurückziehen, das war eine übliche Methode in der ehemaligen DDR. Man hat sich seine Nische gesucht und nicht mehr mitgemacht. Das ist genau der falsche Weg.

Man wird nicht alle Probleme gleich lösen können, für manche brauchen wir etwas länger. Aber sich zurückziehen, sich auszuklinken, im Sessel zu sitzen und zu sagen: lass die mal machen, ist viel einfacher als etwas zu verändern. Jeder weiß, wie es beim Fußball sein müsste, wenn er zuschaut. Aber wenn er selbst auf dem Rasen steht, ist es ganz anders.

Uns, die wir in der Politik tätig sind, wird eine wirklich schwierige Aufgabe gestellt. Sie stellt sich jeden Tag neu, wenn man unterwegs ist und versucht, Menschen,

die unzufrieden sind - mitunter berechtigt, aber manchmal auch unberechtigt - zu erklären, warum es so ist.

Meckern, auch wenn es zu Recht geschieht, ist das eine. Aber das andere ist, sich zu informieren, warum etwas so ist. Das ist die spannende Frage. Doch häufig kommen wir über das Stadium des Meckerns nicht hinaus. Es gibt ganz viele Informationsmöglichkeiten und Teilhabemöglichkeiten; darüber ist schon gesprochen worden. Wer das will, kann das auch tun.

Das ist der Widerspruch zum realen Leben. Jede Abgeordnete und jeder Abgeordnete hat ein Bürgerbüro in ihrem oder seinem Wahlkreis. Wenn ich einmal nachrechne, wie viele Bürger wirklich kommen, dann sind das sehr wenige. Stehe ich mit einem Stand auf der Straße, so sind es ein paar mehr. Aber ich kann während der normalen Plenarzeit nicht ständig auf der Straße stehen.

Informationen sind heute für jeden zugänglich. Das Internet und die neuen Kommunikationstechniken bieten zahlreiche Möglichkeiten. Noch nie war der Zugang zu Information so breit gefächert und auch so leicht. Aber es ist so, dass diejenigen, die klug damit umgehen, klüger werden, und diejenigen, die nicht klug damit umgehen, eben nicht klüger werden.

Im Übrigen geht es nicht darum, dass Sie Druck auf uns Politiker ausüben; manchmal hilft das ja. Wir wissen ganz gut, was die jungen Menschen bewegt, weil wir fast alle Kinder und Enkelkinder haben. Viel wichtiger ist es - das hat auch Frau Dr. Hüskens vorhin gesagt; wir waren gestern gemeinsam in einer Schule -, dass sich die jungen Leute in demokratischen Parteien engagieren und sich einbringen, damit nicht nur wir Älteren Entscheidungen treffen und damit wir den Bezug zu den Jungen haben.

Abschließend will ich sagen, warum diese Verdrossenheit entstanden ist, und zwar sowohl in den alten Ländern als auch in den neuen Ländern. Viele Menschen in meiner Generation sind seit zehn und mehr Jahren arbeitslos. Sie haben den Anschluss verloren und haben es sehr schwer.

Insgesamt geht die soziale Schere nicht zusammen, sondern sie geht weiter auseinander. Das ist ein Problem; an dem wir arbeiten müssen. Das tun wir auch so gut wir es können. Aber es werden sich nicht alle Probleme an einem Tag lösen lassen. Vor dem Hintergrund der gerade überstandenen Krise ist das eine Aufgabe, die weiterhin vor uns steht.

Ich glaube, wir Alten sind es - wenn ich das einmal so sagen darf -, die überwiegend noch den so genannten Ost-West-Konflikt benennen. Für die jungen Leute ist das kein Thema mehr. Mein Sohn - er ist zwar schon 35 Jahre alt - lebt und arbeitet in Bayern und er kommt damit ganz gut zurecht. - Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Vielen Dank, Frau Mittendorf. - Herr Scheurell von der CDU-Fraktion hat um das Wort gebeten. Bitte schön, Herr Scheurell.

Herr Scheurell (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Schülerinnen und Schü-

ler! Zunächst einmal möchte ich voranstellen, dass wir es der unkonventionellen Partizipation verdanken, dass wir heute überhaupt zusammensitzen.

Vor mehr als 20 Jahren sind die Bürgerinnen und Bürger, die seit dem Zweiten Weltkrieg unterdrückt in einer Diktatur leben mussten, nämlich die Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR, die 60 Jahre Diktatur über sich ergehen lassen mussten, auf die Straße gegangen und haben es möglich gemacht, dass wir heute hier zusammensitzen können.

Sie kommen aus dem demokratischen Deutschland. Ich vermeide die Worte „alte“ und „neue“ Bundesländer; denn die beiden Teile Deutschlands sind gleich alt. Wir haben eine mehr als tausendjährige Geschichte. Deshalb sind wir alle Deutsche in einem Land. Wir sind immer eine ungeteilte Nation gewesen. Darauf beziehen wir uns bei allem, was wir heute demokratisch durchsetzen.

Es freut mich, dass heute Schülerinnen und Schüler zweier Partnerstädte zusammenkommen. Wir können jetzt die Partnerschaft leben, die uns vom ersten Sekretär der SED und dem Vorsitzenden des Staatsrates der DDR verordnet wurde. Göttingen wollte ursprünglich nicht die Partnerstadt von Wittenberg werden; die Göttinger wollten eine andere Partnerstadt. Wir haben Göttingen zugeteilt bekommen und sind heute dafür sehr dankbar.

Die Städtepartnerschaft war erst einmal nicht zu leben, weil sie in der DDR entstanden ist. Dass sie jetzt gelebte Wirklichkeit ist, verdanken wir auch der deutschen Einheit.

An dieser Stelle möchte ich Ihnen stellvertretend für Ihre Eltern und Großeltern danken für die Leistungen, die sie im Transformationsprozess erbracht haben. Ich denke dabei an den Solidarbeitrag und an die vielen Steuermilliarden, die in erster Linie sie erarbeitet und zur Verfügung gestellt haben, um uns zu helfen. Nehmen Sie diesen Dank bitte mit nach Hause. Das meine ich sehr ernst.

Liebe Schülerinnen und Schüler aus Wittenberg und Osterwieck! Ihren Eltern und Großeltern möchte ich dafür danken, dass sie bereit waren, diesen Prozess mitzugestalten. Ich möchte ihnen dafür danken, dass sie in Wittenberg und in den anderen Städten Ostdeutschlands auf die Straße gegangen sind. Ich möchte ihnen auch dafür danken, dass sie diese Aufbauleistung 20 Jahre lang mit erbracht haben.

Unsere Bundesländer liegen nebeneinander und das Land Sachsen-Anhalt hat sehr stark von der Partnerschaft mit Niedersachsen profitiert. Auf dieses Thema können wir unter einem anderen Tagesordnungspunkt noch einmal zu sprechen kommen.

Zurück zu dem Thema „Demokratie und Partizipation im 20. Jahr der deutschen Einheit“. Nur 2,3 % der Bevölkerung sind in Parteien organisiert. Rund 16 % der Bevölkerung sind immerhin noch so weit politisch interessiert, dass sie an Veranstaltungen von Parteien teilnehmen. Was machen die anderen 80 %? Sind sie deswegen weniger an Politik interessiert? - Ich denke nein.

Jeder von uns hat politische und gesellschaftliche Grundeinstellungen. Im privaten Umfeld ist jeder bereit, diese zu verteidigen. Aber schon, wenn jemand, der einem nicht so gut bekannt ist, danach fragt, ist man erst einmal neutral, zumindest das Gros der Menschen. Ich

denke, das ist der Ansatzpunkt, den wir nutzen sollten. Wir sollten viel öfter für unsere Einstellungen und für unsere Grundüberzeugungen eintreten.

Das machen Menschen immer wieder etwa in Bürgerinitiativen. In Sachsen-Anhalt ist es ganz aktuell die Diskussion über die CCS-Verpressung. Bei Ihnen in Niedersachsen, im Wendland - das ist auch ganz aktuell - geht es um die Atompolitik der Bundesregierung. Ich spreche nicht für oder gegen diese Atompolitik. Ich spreche davon, dass sich dort Menschen zusammenschließen und von ihrem demokratischen Recht Gebrauch machen, ihre Meinung kundzutun.

Das ist der große Vorteil der Demokratie, die wir in der DDR nicht hatten. Wir waren damals alle illegal auf der Straße; so war das. Ich weiß, Sie werden sagen: Jetzt stellt der sich hierhin und erzählt uns etwas, was zu einer Zeit passiert ist, in der wir noch nicht lebten. Wenn wir uns aber auf das 20. Jahr der deutschen Einheit beziehen, müssen wir an diese Dinge zurückdenken.

Wo können sich Menschen einbringen? - In Bürgerinitiativen.

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Herr Scheurell.

Herr Scheurell (CDU):

Lauter? - Ach so, ich soll mich kürzer fassen?

(Glocke des Präsidenten)

- Das hatte ich jetzt nicht verstanden. Gut, dann fasse ich mich jetzt ganz kurz.

Wir haben 20 Jahre lang im Großen und Ganzen den Westen nachgebaut mit seinen vielen positiven Seiten, aber auch mit einigen Schattenseiten. In einem Punkt sind wir jetzt der Demokratie und dem Entwicklungsprozess in den Bundesländern, die es seit dem Jahr 1949 gibt, jedoch voraus, nämlich bei der Frage, wie wir mit der demografischen Situation umgehen.

Wir in Sachsen-Anhalt haben die Demografiekongresse, die von der Landespolitik begleitet wurden, in den letzten zwei Jahren ganz besonders intensiv geführt. Das ist ein großes Problem, das jetzt auf die Länder westlich der Elbe zukommt. Ein Stück weit haben diese Länder an der Jugend der ehemaligen DDR partizipieren können.

Die demografische Situation holt aber jetzt alle ein. Folglich ist das einer der ersten Punkte, bei dem die Länder westlich der Elbe von uns etwas lernen können, bei dem sie etwas für ihre Politik, für ihre Stadtplanung und für ihre Gesellschaftsplanung übernehmen können. Es ist also ein Geben und Nehmen, und zwar nicht nur im 20. Jahr der deutschen Einheit. - Danke.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Herzlichen Dank, Herr Scheurell. - Ich schaue jetzt zur Regierungsbank. Möchte von den Politikerinnen und Politikern noch jemand das Wort nehmen? - Das ist nicht der Fall.

Dann möchte ich die jungen Leute fragen: Was sagen Sie zu dem, was die Damen und Herren gesagt haben?

Gibt es dazu eine Auffassung, eine Meinung? Liebe Freunde aus Hankensbüttel, aus Göttingen, aus Wittenberg oder aus Osterwieck, möchte jemand von Ihnen dazu das Wort nehmen? Vielleicht die Einbringer? War das so in Ihrem Sinne? - Gut, ich möchte Sie nicht dazu zwingen.

Das war der erste Einstieg, die erste Übung hier im Plenarsaal. Ich glaube, bei dem zweiten, dritten und vierten Thema werden die Diskussionen vielleicht noch lebhafter werden. Man muss es ja auch erst üben.

Es ist meist so - Herr Schwarz und ich werden auch großzügig sein -, dass Politiker, wenn sie das Wort nehmen, immer ein bisschen mehr sagen müssen; das ist ganz normal.

Wir haben im Parlament strenge Regeln. Es ist vereinbart, dass für die Diskussionsbeiträge fünf Minuten zur Verfügung stehen. Dann blinkt das Licht. Es wird einmal ermahnt und beim zweiten Mal, wenn der Betreffende dann noch nicht zum Ende kommt, schneiden wir das Wort, damit sich die Politiker kurz fassen; denn in der Kürze liegt die Würze.

Wir haben in unserer Geschäftsordnung vereinbart, dass wir keine Beschlüsse zu den Ergebnissen aus den Diskussionsforen fassen. Aber wir, die wir gemeinsam politische Verantwortung tragen, nehmen mit großer Freude zur Kenntnis, dass das, was Sie zu Papier gebracht haben, sehr anspruchsvoll ist.

Ich sage Ihnen auch im Beisein der politisch Verantwortlichen zu, dass sowohl der Niedersächsische Landtag als auch der Landtag von Sachsen-Anhalt die Ergebnisse an die Fraktionen weiterleiten wird mit der Bitte, sich damit auseinanderzusetzen und Ihnen vielleicht - das möchte ich anmahnen, weil es guter Stil und guter Brauch ist - aus den Fraktionen eine Rückmeldung zu geben, damit Sie wissen, wie wir damit verfahren werden. Das würde ich als Quintessenz so vorschlagen.

Ich übergebe die Sitzungsleitung jetzt meinem Kollegen Herrn Schwarz für das zweite und dritte Thema. Wir wechseln dazu die Plätze.

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Herzlichen Dank, Herr Präsident. - Wenn ich auf die Uhr schaue, dann stelle ich fest, dass wir bei dem ersten Thema eine Punktlandung hinbekommen haben. Jetzt stehen uns noch einmal 45 Minuten zur Verfügung, um das zweite Thema abzuhandeln.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, wenigstens noch zwei Vorbemerkungen zu machen. Zunächst einmal überbringe ich Ihnen die herzlichen Grüße des Niedersächsischen Landtages, insbesondere des Landtagspräsidenten Herrn Dinkla, der zurzeit beim Parteitag der CDU in Karlsruhe weilt.

Aber nicht nur er lässt Sie grüßen. Ich habe mit unserem Kultusminister Herrn Althusmann gesprochen. Auch er hat mich gebeten, dem Jugendparlament herzliche Grüße zu übermitteln.

Ich möchte mich bei dem Präsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt Herrn Steinecke recht herzlich dafür bedanken, dass er die Initiative ergriffen und Schülerinnen und Schüler aus Niedersachsen zu dem Jugendparlament eingeladen hat.

Ich möchte auch denjenigen herzlich danken, die diese Veranstaltung vorbereitet haben. In enger Kooperation mit dem Niedersächsischen Landtag wurde hier vorzüglich gearbeitet.

Ich möchte an dieser Stelle noch eine letzte Bemerkung machen. In Zeiten, in denen man den Eindruck hat, dass die Menschen mehr an Problemen als an Lösungen interessiert sind, tut es ausgesprochen gut zu sehen, dass sich junge Menschen für Politik interessieren und diese Themen so engagiert bearbeiten. Insofern möchte ich Ihnen jetzt schon ein großes Kompliment machen.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Niedersachsen und Sachsen-Anhalt in Europa nach dem Lissabon-Vertrag

Vorlage des Diskussionsforums 2 - **Drs. JP/2010/03**

Aus dem Diskussionsforum 2 gibt es zwei Berichterstatterinnen, und zwar Jennifer Bartels und Frau Ute Surborg, beide vom Gymnasium Hankensbüttel.

(Unruhe)

- „Hankensbüttel“ habe ich richtig ausgesprochen.

(Heiterkeit)

Ich bin aber auch an Hankensbüttel gewöhnt.

(Präsident Herr Steinecke: Sie hat sich gefreut, dass sie jetzt spricht!)

- Ach so, dass ist der Grund. - Wer beginnt? Frau Jennifer Bartels, ist das richtig? - Nein, es beginnt Frau Ute Surborg. Bitte schön. Ich erteile Ihnen das Wort. - Sie kommen beide; aber herzlich gern. Das ist ein Novum.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich darf einmal darauf hinweisen, dass es gut tut, wenn man die Dinge gemeinsam erledigen kann. Ich werde das unseren Parlamentariern im Niedersächsischen Landtag auch empfehlen, wenn sie ein bisschen aufgeregt sind. Das hilft vielleicht.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

Bitte schön, Sie haben das Wort.

Frau Surborg, Berichterstatterin des Diskussionsforums 2:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Schüler und Schülerinnen! Wir wollen für das Diskussionsforum 2 sprechen. Das Thema lautet wie bereits vorgestellt „Sachsen-Anhalt und Niedersachsen in der EU nach dem Lissabon-Vertrag“.

Wir hatten uns vor einigen Monaten in Hannover getroffen und dort eine Einführung in den Lissabon-Vertrag erhalten. Ausgehend von diesem Grundwissen haben wir darüber debattiert, was die EU uns Jugendlichen bieten sollte. Nun haben wir hier in Magdeburg die wichtigsten Wünsche herausgefiltert.

Wir sind uns eigentlich alle darüber einig geworden, dass Mobilität innerhalb der EU und Bildung im internationalen Rahmen für uns im Vordergrund steht. Jennifer wird euch jetzt unsere Forderungen vorstellen.

(Beifall im ganzen Hause)

Frau Bartels, Berichterstatterin des Diskussionsforums 2:

Wir finden, dass es für die zukünftige Entwicklung der Jugend Deutschlands und Europas wichtig ist, dass mehr Wert auf Auslandsaufenthalte während der Schulzeit gelegt wird und dass sie wirklich für jeden möglich sind, damit jeder neue Erfahrungen sammeln und andere Kulturen kennen lernen kann.

Auslandsaufenthalte sollen jedoch keine Pflicht werden - nicht jeder möchte ins Ausland gehen und das ist auch völlig in Ordnung -, sondern das sollte auf freiwilliger Basis geschehen. Damit ein Auslandsaufenthalt für jeden möglich ist, soll es eine finanzielle Bezuschussung über ein so genanntes Sponsorenprogramm geben.

Darüber hinaus sollte eine Partnerschulpflicht bestehen, damit zum Beispiel das Gymnasium Hankensbüttel Kontakt mit einer Schule in Frankreich hat, sodass ein Austausch wirklich stattfinden kann. Dadurch soll den Schülern die Angst vor dem Ausland genommen werden. Sie sollen das Gefühl bekommen: Ich fahre eben mal ins Ausland; das ist kein Problem; ich sammle dort neue Erfahrungen.

Außerdem soll ein Qualifikationspass eingeführt werden. Denkbar wäre eine Erweiterung des bereits vorhandenen Europasses. Darin sollen alle ehrenamtlichen und außerschulischen Tätigkeiten dokumentiert werden zum Beispiel, dass wir an einem Jugendparlament teilgenommen haben oder dass wir bei dieser oder jener Einrichtung ein Praktikum abgeleistet haben.

Diese Aktivitäten sollen in verschiedenen Sprachen dokumentiert werden, damit wirklich alle Qualifikationen, die wir erworben haben, vergleichbar werden.

Des Weiteren wollen wir eine Youth-on-the-move-Card einführen. Diese soll verschiedene Vorteile bringen etwa Preisnachlässe, damit Jugendliche, die eine Aus- oder Weiterbildung im Ausland machen wollen, nicht an finanziellen Problemen scheitern. Im Übrigen soll diese Card Jugendliche motivieren, sich europaweit zu bewegen und nicht nur in ihrem eigenen Land zu bleiben.

Es sollte aber darauf geachtet werden, dass Abstufungen stattfinden, dass beispielsweise ein Jugendlicher, der nebenbei schon arbeitet, einen geringeren Zuschuss bekommt als ein Jugendlicher, der noch gar kein Einkommen hat. Derzeit richtet sich die Höhe des BAföG nach den Einkommen der Eltern. Das soll hier nicht der Fall sein. Es soll nur das Einkommen des Jugendlichen selber berücksichtigt werden.

Ich komme nun zu einem ganz heiklen Punkt. Wir fordern, dass jeder Jugendliche sechs Monate nach der Beendigung der Schule einen Ausbildungs-, Arbeits-, Praktikums- oder Studienplatz bekommt, damit eine schnelle Integration in die Gesellschaft stattfindet. Die Verteilung dieser Plätze soll nach den im Abschlusszeugnis nachgewiesenen Leistungen erfolgen.

Personen, die absehbar keinen Abschluss erreichen werden, sollen durch Motivations- und Förderungsprogramme unterstützt und davor bewahrt werden, die Schule ohne einen Aufschluss zu verlassen. Es soll sich dabei um eine Motivation handeln, sodass der Betreffende weiß, wenn er sich jetzt anstrengt, bekommt er später einen guten Job.

Alternativ dazu sollen Weiterbildungen oder Maßnahmen wie ein Auslandsjahr oder ein freiwilliges soziales Jahr angeboten werden. Deshalb bitten wir darum, dass ver-

stärkt darauf aufmerksam gemacht wird, dass es diese Weiterbildungen gibt und wie man sie in Anspruch nehmen kann.

Schließlich wollen wir die Schulabbrecherquote von 15 % auf 10 % senken. An dieser Stelle muss man zwischen Schulabbrechern und Schulverweigerern einen Unterschied machen. Bei Schulabbrechern handelt es sich beispielsweise um eine Jugendliche, die mit 14 Jahren schwanger wird und deshalb die Schule abbricht. Ihr sollte man sagen, dass das nicht notwendig ist. Viele sehen das einfach nicht ein. Auf diese Jugendlichen muss man stärker eingehen.

Dann gibt es auch noch diejenigen, die sagen: Schule, das ist doch überflüssig. - Das muss es einfach nicht geben. Dafür soll es Programme geben, die diese Jugendlichen motivieren und ihnen vermitteln, dass sie ein Ziel haben und einen Abschluss brauchen.

Wenn man mehr Wert darauf legt, die Schulabbrecherquote zu senken, braucht man später weniger Geld für Sozialhilfe und Ähnliches auszugeben. Deshalb ist das ein wichtiger Punkt. - So weit die von uns erarbeiteten Forderungen.

Wir würden uns freuen, wenn sie heute nicht nur angehört - heute Nachmittag fahren wir alle wieder nach Hause -, sondern demnächst auch berücksichtigt werden.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Ich danke Ihnen herzlich für die Beiträge und frage nach, ob es aus dem Stand heraus Diskussionsbedarf gibt. - Bitte schön, Frau Meyer.

(Zuruf)

- Frau Seifert, richtig. Wenn man es einmal falsch gemacht hat - - Also bitte, Frau Seifert. Ich weiß nicht, ob es hier die Möglichkeit gibt, vom Platz aus zu sprechen.

(Präsident Herr Steinecke: Sie kann von dort sprechen!)

- Das kann von dort aus gesteuert werden.

Frau Seifert (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Ich habe eine Frage an die beiden Berichterstatterinnen. Ihr habt von dem European Skills Pass gesprochen. Dazu möchte ich wissen, für welche Altersgruppen dieser Pass gelten soll, also für 13- bis 18-Jährige oder für 13- bis 20-Jährige? Wie wollt ihr das machen? Das ändert sich doch ständig.

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Ist die Frage verstanden worden?

(Zuruf)

- Erklären Sie es noch einmal genauer.

Frau Seifert (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Ihr habt ja von diesem European Skills Pass geredet und gesagt, dass er für Jugendliche sein soll. Ich habe gefragt, für welche Altersgruppe er sein soll.

Das Alter ändert sich ständig. Wie wollt ihr das machen? - Wenn der Pass eingeführt wird, dann wird es einige Zeit dauern, bevor diese Bewegung in Gang kommt, bevor die Pässe ausgeteilt werden. Dann sind manche aus dem Alter schon wieder heraus, andere kommen in die Altersgruppe hinein.

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Gibt es dazu eine Antwort? - Bitte schön, der junge Mann hier vorn in der ersten Reihe.

Herr Golin (Gymnasium Hankensbüttel):

Ich heiße Eduard Golin. Wir meinen, dass dieser Pass keine Altersbeschränkung haben sollte. So kann man ihn später, beispielsweise wenn man eine neue Arbeitsstelle sucht, weiter benutzen. Die Aktivitäten werden auf der Karte gespeichert. Es ist eine Art Chipkarte, die man digital immer wieder aktualisieren kann und die von den Arbeitgebern eingesehen werden kann. - Das war es erst mal.

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Reicht das als Antwort?

Frau Seifert (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Ich habe noch eine Frage.

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Bitte.

Frau Seifert (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Also könnten die Pässe theoretisch auch von 50- oder 60-Jährigen genutzt werden?

Herr Golin (Gymnasium Hankensbüttel):

Ja, natürlich.

Frau Seifert (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Danke, das wollte ich nur wissen.

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Danke. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - In der letzten Reihe, bitte schön.

Frau Seiler (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Ich will das, was die Berichterstatterinnen gesagt haben, nicht schlechtreden, aber ich glaube, dass wir in Deutschland - ich will das einmal loben - sehr viele Förderprogramme haben. Ich bin der Meinung, dass die Card eine Superidee ist. Gleichwohl sollte jeder Schüler irgendwo auch Eigeninitiative zeigen; und das kann er in Deutschland.

Es gibt zahlreiche Prüfungen, die man ablegen kann, etwa in allen möglich Sprachen, die beweisen und dem

Arbeitgeber zeigen, dass derjenige etwas kann. Man kann sich bei allen möglichen unterschiedlichen Sponsoren bewerben. Man kann verschiedene Stipendien beantragen, die es einem erlauben, einen Auslandsaufenthalt zu realisieren.

Es ist in meinen Augen nicht möglich, jedem Schüler einen kostenfreien oder kostenreduzierten Aufenthalt im Ausland zu ermöglichen. Das ist einfach nicht möglich. Das ist meiner Meinung nach wirtschaftlich nicht machbar. Das muss man, so finde ich, einmal klar sagen.

Deswegen bin ich der Meinung, dass das, was Forum dargestellt hat, durchaus richtig war. Aber es gibt in Deutschland schon eine ganz große Vielzahl von Maßnahmen. - Das wollte ich nur anmerken.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Vielen Dank. - Das war noch eine Bemerkung zur Umsetzung, wie man das machen kann.

Ich bitte Sie noch einmal darum, bei Wortmeldungen Ihren Namen zu nennen. Dann habe ich auch die Möglichkeit, Sie persönlich anzusprechen und wir alle wissen, mit wem wir es zu tun haben.

Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist im Moment nicht der Fall. Dann hat sich Herr Czeke von der Fraktion DIE LINKE zu Wort gemeldet. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Czeke.

Herr Czeke (DIE LINKE):

Herr Präsident, vielen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen Jugendparlamentarier! Ich finde das, was uns hier und heute von Ihnen vorgelegt wurde, schon sehr interessant.

Ich will einmal versuchen, den Zusammenhang zwischen Europa und Demokratie herzustellen. Denn auch die Europäische Union ist demokratisch verfasst. Obwohl ich als Linker oft Kritik daran anmelde, so muss ich doch sagen, sie könnte demokratischer verfasst sein.

Der Lissabon-Vertrag - das Thema lautet ja „Niedersachsen und Sachsen-Anhalt in Europa nach dem Lissabon-Vertrag“ - ist sehr starr gehalten. Gerade der Bereich der Bildung wird vom Lissabon-Vertrag so gut wie nicht berührt.

Darüber hinaus - das ist meine Kritik - wurde der Lissabon-Vertrag in der Bundesrepublik ohne ein Referendum vollzogen. Andere Mitgliedstaaten, zum Beispiel Irland, haben das anders organisiert und praktiziert.

Es ist ein Defizit innerhalb der Demokratie, dass wir ein Europaparlament wählen und die Kolleginnen und Kollegen Abgeordneten keine Gesetzgebungskompetenz haben. Diese liegt beim Rat und bei der Kommission. Das würde ich mir tatsächlich anders wünschen; deshalb auch meine Kritik.

Was Sie uns heute vorgelegt haben, auch was Auslandsaufenthalte angeht, finde ich sehr bemerkenswert. Sie kritisieren nicht nur die eine oder andere Schwachstelle, nein, Sie fordern auch gleich im ersten Punkt eine finanzielle Bezuschussung durch Dritte, also ein Sponsorenprogramm.

Es ist durchaus berechtigt, dass man die Wirtschaft, die - das ist meine persönliche Sicht - durch Europa Vorteile

hat, in die Pflicht nimmt. Die Unternehmen wollen Sie später als gut ausgebildete Fachkräfte gewinnen. Also sollten sie sich auch stärker daran beteiligen, Auslandsaufenthalte zu ermöglichen.

Sie müssen nicht nur Ihre eigene Scheu oder Angst davor, ins Ausland zu gehen, überwinden. Ich kann Ihnen aus eigenem Erleben sagen, dass Sie Ihre in der Schule erworbenen Sprachkenntnisse nicht nur anwenden, sondern auch festigen können.

Ich war schon überrascht und auch ein wenig ängstlich - das gebe ich zu -, als meine Tochter vor drei Jahren als eine der Letzten nach 13 Jahren Schulzeit ihr Abitur abgelegt hatte und sagte: So Papa, jetzt bin ich 13 Jahre in der Schule gewesen; jetzt muss ein bisschen Ruhe hineinkommen; ich gehe mal für ein Jahr über das Programm „Work and Travel“ nach Australien.

Das Ergebnis war, dass sie mit einer Unterbrechung von 14 Tagen nach einem Jahr noch ein zweites Jahr drangehängt hat. Da war - das musste ich zu meinem eigenen Erstaunen feststellen - meine Angst gewichen, weil ich gemerkt habe, dass sie damit zurechtkommt.

Ihnen steht während der Schulzeit nicht nur die Möglichkeit offen, Veranstaltungen der Landeszentrale für politische Bildung wie den Europatag bzw. die Europawoche dazu zu nutzen, sich Politikerinnen und Politiker einzuladen, sondern Sie können auch darüber hinaus die Initiative ergreifen.

Ich habe in der Vorlage eines anderen Diskussionsforums die Forderung gelesen, ein Schulfach „Europa“ zu verankern. Mich würde interessieren, welche Meinung Sie dazu haben. Es geht letztlich einfach darum, den Menschen Europa näher zu bringen und sie mitzunehmen.

Das Ziel, die Schulabbrecherquote von 15 % auf 10 % zu senken, halte ich für sehr wirkungsvoll, wenn es denn erreicht werden kann. Mich würden Ihre Ideen zur Herangehensweise interessieren. Ich finde es auch sehr gut, dass Sie zwischen Schulabbrecherinnen und Schulabbrechern sowie Schulverweigerinnen und Schulverweigern unterscheiden und dass Sie die Hintergründe in Klammern mit benennen.

Ich bin durchaus skeptisch, was die Praktika angeht. Man hat vor einiger Zeit von einer Generation Praktikum gesprochen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass weniger die Gefahr besteht, dass Sie für die niederen Dienste wie Kaffeekochen abgestellt werden - es sind gut ausgebildete junge Leute, die ein Praktikum absolvieren -, sondern dass es auch finanziert werden muss.

Deshalb sollte man die Unternehmen, die eine junge Absolventin oder einen jungen Absolventen im Rahmen eines Praktikums beschäftigen, dazu verpflichten, letztendlich die Existenz abzusichern. Denn man kann schließlich nicht ein Praktikum nach dem anderen absolvieren.

Die Zahlen sind sehr bedrückend. Nur 13 % aller Praktikantinnen und Praktikanten werden anschließend auch eingestellt. Meine Überlegung zur Finanzierung ist folgende: Wir haben eine Pfändungsgrenze, die in der Europäischen Union bei knapp 1 000 € liegt; diesen Betrag sollten Praktikanten als Entgelt für ihre Leistungen erhalten.

Es ist richtig, dass die europäische Ebene Ihnen die Möglichkeit bietet und über das Programm „Jugend in

Bewegung“ mehr Unterstützung zusichert. Man spricht von mehr EU-Stipendien. Das ist die eine Sache. Aber es gibt dann auch eine Zeremonie, auf die ich abschließend eingehen möchte.

Die Bundesrepublik Deutschland reagiert als nationaler Mitgliedsstaat nach meiner Auffassung mit einer typischen Zeremonie. Der Bundesrat, sprich die Länderkammer, in der auch unser Bundesland vertreten ist, hat sich am 5. November dieses Jahres in einer Stellungnahme dazu geäußert. Dieser Stellungnahme konnten wir entnehmen, dass die Bundesrepublik - so heißt es in zwei Stellungnahmen der zuständigen Fachausschüsse des Bundesrates - mit großer Zurückhaltung reagiert.

Das will heißen - ich übersetze -: Die Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedsstaat der Europäischen Union findet das Vorgehen der Europäischen Union nicht so toll und verweist darauf, dass die Hoheit bei der Bundesregierung bzw. - die Bildung ist Ländersache - bei den einzelnen Bundesländern liege.

Es ist tatsächlich so, dass sie auf den vom Ansatz her positiven Vorschlag, den ich absolut begrüße, reagieren. Gleichwohl sagen sie, dass sie sich in finanzieller Hinsicht aber nicht hineinreden ließen und ihren Beitrag leisteten. Dieses Verfahren muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden.

Die Europäische Union muss ein ausgewogenes Verhältnis zwischen sozialer Forderung und Förderung und dem, was der Markt verlangt und bereit ist mitzutragen, erreichen und dies auch aus Steuermitteln finanzieren.

Da sind wir bei der Kernaussage „Bildung kostet Geld“. An dieser Stelle muss - das ist meine Meinung - auch von Ihrer Seite dafür geworben werden. Ich kann es nicht paritätisch besetzen und sagen, bei nachlassenden Schülerzahlen könne man Geld aus dem System herausnehmen. Nein, das Geld muss so lange bereitgestellt werden, wie die Schülerzahlen so sind, damit es auch tatsächlich ausreicht. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Vielen Dank, Herr Czeke. - Der Staatssekretär im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr Herr Schröder hat sich zu Wort gemeldet. Ich erteile Ihnen das Wort. Bitte schön.

Herr Schröder, Staatssekretär im Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Landtagsabgeordneten! Liebe Jungparlamentarier! Ich darf aus der Sicht des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr ein paar Worte an Sie richten, also nicht aus parlamentarischer Sicht.

Europa ist ein Kontinent. Europa ist eine Sagengestalt aus der griechischen Mythologie. Europa ist, so glaube ich, der dritte Jupitermond. Europa ist aber auch eine politische Idee und eine Vision - wenn man so will -, der sich Politiker über Generationen und über Jahrzehnte hinweg verschrieben haben. Europa als politische Idee beweist, dass Politik mehr sein kann als das Tagesgeschäft.

Das Thema ist der Lissabon-Vertrag. Es ist der größte Reformvertrag in der Rechtsgeschichte der europäischen Staaten. Er wird auch EU-Grundlagenvertrag genannt. Dieser Lissabon-Vertrag zeigt die Grenzen der direkten Demokratie und die Stärken einer parlamentarischen Demokratie auf. Denn die Referenden, die quälenden, sich über die Jahre wiederholenden und recht teuren Beteiligungsprozesse haben diesen Prozess nicht selten aufgehoben.

Die Neuerungen sind entscheidend. Die rechtliche Fusion von EG und EU ist endlich gelungen. Die Mitentscheidungsverfahren im Hinblick auf die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit auch in Strafsachen sind grundlegend neu organisiert worden. Darüber hinaus ist die Einführung einer europäischen Bürgerinitiative Bestandteil des Vertrages.

Die Kompetenzen des Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik - das wird immer als die Einführung eines so genannten EU-Außenministers verstanden - sind ausgebaut worden. Die Rechtsverbindlichkeit der EU-Grundrechtscharta und die Regelungen zum EU-Austritt, all diese Dinge sind Bestandteil des Lissabon-Vertrages.

Ich bedanke mich ausdrücklich für Ihre Vorarbeit, für die konkreten Punkte, in denen insbesondere der Wunsch nach Freizügigkeit ohne Zwang zum Ausdruck kommt. Das ist wunderbar; das unterschreibt Ihnen jeder. Freizügigkeit und Austausch, ohne dass daraus Zwang resultiert, sind wunderbar.

An dieser Stelle erleben Sie als Jungparlamentarier hautnah, was es bedeutet, dass Politik als die Kunst des Machbaren beschrieben wird. Es wird immer schwierig, wenn es konkret wird.

Sie wollen die Freizügigkeit ohne Zwang, Sie wollen den Austausch verstärken und wissen doch, dass sich mit diesem europäischen Austausch zunehmend Berufschancen verbinden. Sie wissen, dass dieser europäische Austausch, wenn man in bestimmten Branchen Karriere machen will, längst nicht mehr freiwillig ist, sondern dass er die Zukunftschancen massiv mitbestimmt.

Sie haben erfahren - das ist in den Wortbeiträgen schon deutlich geworden -, dass es die Idee des European Skills Passes mit sich bringt, dass Sie sich mit den Datenschützern auseinandersetzen müssen. Denn die Möglichkeit, Bewegungsprofile und soziales bzw. bürgerschaftliches Engagement abzufragen, berührt zentrale Bereiche der Individualität. Auf solche Informationen wollen bestimmt viele zugreifen.

Die administrativen Aufwendungen kosten Geld. Es stellt sich die Frage, ob Aufwand und Nutzen in einem sinnvollen Verhältnis zueinander stehen. Trotzdem braucht man dafür Geld. Für andere wichtige Dinge braucht man ebenfalls Geld. Die Idee, eine Europasteuer einzuführen, wird allerdings abgelehnt.

Wie verhält sich das im konkreten politischen Geschäft? - An dieser Stelle merken Sie, es ist bequemer, über Politik zu reden, als Politik zu machen. In diesem Rollenspiel merken Sie, dass die Probleme im Detail stecken.

Als Vertreter eines Ministeriums, das sich auch mit verkehrspolitischen Fragen auseinandersetzt, kann ich Ihnen nur sagen: Versuchen Sie einmal, bei unterschiedlicher Aufgabenträgerschaft, etwa unter Beteiligung des Bus- oder Zugverkehrs einen Verkehrsverbund einzuführen.

ren, eine Senioren- oder Jugendkarte einzuführen. Das ist wahnsinnig schwierig. Und dann versuchen Sie so etwas einmal in Europa.

Diese Youth-on-the-move-Card ist eine wunderbare Idee. Aber dabei geht es um Aufgabenträgerschaften, die über nationale Grenzen hinweg reichen. Es ist eine wahnsinnig interessante Idee, die ich gern mitnehme. Aber was würde das bedeuten?

An dieser Stelle nenne ich nur einmal einen Fachbegriff aus der Verkehrspolitik: Tarifierungsverluste. Diese Tarifierungsverluste muss man ausgleichen, indem man für solche Kartensysteme Zuschüsse organisiert. Außerdem müsste in der Folge die Infrastruktur standardisiert werden. Alle diese Fragen sind im politischen Kontext immer dann, wenn es konkret wird, zu diskutieren.

Also, herzlichen Dank für die Gedankenanstöße. Aber vielleicht haben Sie auch die Erkenntnis gewonnen, dass Freizügigkeit und Austausch ohne Zwang als ein politisches Grundmotto wünschenswert ist. Aber immer dann, wenn es konkret wird, wenn es um Vorschläge zur Umsetzung geht, wird es schwierig.

Zur Fachkräftesituation. Es ist gesagt worden, dass jeder die Chance haben sollte, einen Abschluss zu erreichen. Es wird gefordert, die Quote der Schulabbrecher zu senken. Das ist ein wichtiger und zentraler Punkt in der Bildungspolitik des Landes. Wir können es uns nicht leisten, junge Menschen zurückzulassen. Der demografische Wandel ist schon angesprochen worden. Es ist aber auch eine Tatsache, dass sich in Sachsen-Anhalt

(Glocke des Präsidenten)

- vorletzte Bemerkung - in wenigen Jahren die Jugendarbeitslosigkeit halbiert hat. Bleibewillige junge Menschen werden auch in Sachsen-Anhalt bessere Chancen haben, als es in den vergangenen Jahren noch der Fall war. Das alles sind ganz wichtige Punkte.

Ich möchte Ihnen zurufen: In die Welt hinauszugehen und trotzdem die Heimat zu schätzen, ist kein Widerspruch. Wir haben derzeit noch ein negatives Wanderungssaldo. Aber der Wunsch, Europa und die Welt kennenzulernen, und gleichzeitig seine Heimat zu schätzen, das muss sich nicht widersprechen. Auch hier werden die Chancen für eine gute Zukunft wachsen. Das ist ebenfalls eine Folge des demografischen Wandels.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir werden den Rest unseres Lebens in der Zukunft verbringen. Deshalb ist es gut, dass wir uns damit beschäftigen. - Herzlichen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Wird zu dem Beitrag des Herrn Staatssekretär das Wort gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann habe ich eine Wortmeldung von Frau Dr. Hüskens von der FDP-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt. Bitte schön.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Herr Präsident! meine Damen und Herren! Ich möchte mich weniger pathetisch und eher konkret zu den Vorschlägen, die Sie unterbreitet haben, äußern.

Auslandsaufenthalte werden für Sie enorm wichtig sein, nicht zuletzt, weil es Spaß macht. Wir haben uns gerade über unsere Auslandsaufenthalte unterhalten, die wir in Ihrem Alter hatten. Sie bereichern das eigene Leben. Sie machen Freude - es sollte nicht nur eine Pflicht sein - und erweitern den Horizont.

Die Angst nehmen. - Den Ausführungen von Herrn Czeke habe ich entnommen, dass die Diskussionen, die gerade bei mir zu Hause stattfinden, normal sind. Mein Mann hat es knurrend hingenommen, dass mein 14-jähriger Sohn für drei Wochen nach England fährt. Bei ihm selbst muss ich keine Überzeugungsarbeit leisten.

Jetzt bietet die Schule noch eine einwöchige Fahrt nach Nowosibirsk an. Dazu meint mein Mann, das gehe gar nicht und das sei ja noch weiter weg. Ich habe versucht, Nowosibirsk immer weiter an Europa heranzureden, aber es hat nicht funktioniert. Also, wir haben da im Augenblick noch einiges zu tun. Ich kann Ihnen nur eines mitgeben: Ja, das ist wichtig.

Natürlich ist es auch wichtig, dafür Sorge zu tragen, dass die jungen Menschen, deren Eltern das nicht bezahlen können, auch die Möglichkeit bekommen. Allerdings ist meine Erfahrung, dass wir zumindest in Sachsen-Anhalt - ich weiß nicht, wie es in Niedersachsen ist - eigentlich ausreichend Förderprogramme für diesen Bereich haben, auf die die Schulen zurückgreifen können.

Zur Partnerschulenpflicht. Liberale kriegen bei dem Wort „Pflicht“ immer ein bisschen Bauchschmerzen. Das kann man meiner Meinung nach zu leicht unterlaufen. Wenn in einer Schule aus der Schülerschaft heraus die Initiative für eine Schulpartnerschaft ergriffen wird, dann ist das sicherlich ein guter Ansatz.

Wenn es Lehrer gibt, die diese Partnerschaft mit Leben erfüllen, dann funktioniert das. Wenn es nur eine Pflicht ist, dann - da brauchen wir uns gegenseitig nichts vorzumachen - gibt es ein schönes Protokoll und damit ist das Ganze erledigt.

Zum Qualifikationspass. Als ich mich beworben habe - das ist jetzt schon ein bisschen her - haben die Arbeitgeber natürlich auf Zusatzqualifikationen geachtet. Die Frage ist aber: Brauchen Sie dafür einen Pass? Brauchen Sie eine Karte, auf der alles, was Sie privat gemacht haben, vermerkt ist? - Ich bin da skeptisch.

Ich habe eine Trainerlizenz, ich habe eine Schiedsrichterlizenz. Ich habe in jungen Jahren verschiedene andere Sachen gemacht. Das habe ich dem Arbeitgeber natürlich auch immer gesagt und als gesellschaftliche Aktivitäten eingebracht. Ich habe nie Schwierigkeiten gehabt, das nachzuweisen. Deshalb stellt sich für mich die Frage: Wollen Sie, dass noch mehr persönliche Daten irgendwo deponiert werden?

Der Staatssekretär hat schon darauf hingewiesen, dass sich die Gesellschaft einmal überlegen muss, welche Daten sie preisgeben und zentral speichern lassen will. Ich habe damit Probleme. Wenn es nicht nötig ist, dann sollte man es meiner Meinung nach nicht tun.

Dass man für Reisen in Europa Preisnachlässe haben möchte, ist klar. Auch da muss ich sagen, dass es bereits eine ganze Menge gibt. Wenn ich an meine Zeit als Rucksacktourist zurückdenke, dann weiß ich, dass es eine Reihe von Unternehmen gibt, die auf diesem Gebiet führend sind. Ich persönlich stehe der Frage, ob man das auch noch staatlicherseits organisieren sollte, sehr skeptisch gegenüber.

Ich finde es interessant, dass Sie einfordern, nach dem Verlassen der Schule einen Arbeitsplatz, einen Ausbildungsplatz oder einen Studienplatz zu bekommen. Ich vermute, diese Forderung richtet sich gegen den Staat. Das Schöne ist, dass wir alle sagen könnten: Das ist kein Problem. Für Sie wird das nämlich kein Problem sein.

Ich bin Jahrgang 1964. Ich bin groß geworden mit der Aussage: In eurem Jahrgang gibt es viel zu viele. Ich habe es erlebt, dass Professoren zu Beginn des Studiums in der Vorlesung gesagt haben: Sie haben keinen Platz; das macht nichts; im Laufe des Semesters wird das schon besser; dann können Sie zumindest im Raum stehen.

Sie werden, wenn Sie einen ordentlichen Abschluss haben, von den Arbeitgebern angefordert werden. Sie werden gesucht sein. Deshalb denke ich, dass ich Ihnen diese Angst nehmen kann.

Wir versuchen, wenn wir in die Schulen des Landes gehen, den jungen Leuten diese Angst zu nehmen. Es ist tatsächlich so, dass Sie aufgrund des demografischen Wandels Chancen haben, die anderen Generationen in der Intensität sicherlich verschlossen waren.

Das gilt auch für die Schulabbrecherquote. Die Lehrer können Ihnen natürlich jeden Tag erzählen, dass Sie nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen. Ich vermute, dass Sie sich das genauso anhören müssen, wie ich das damals habe anhören müssen. Man glaubt das in Ihrem Alter immer nicht so richtig. Aber es ist natürlich schon ein Punkt, den man im Hinterkopf haben sollte.

Wenn man glaubt, es sei völlig egal, ob man sich anstrengt und einen ordentlichen Abschluss schafft, weil man hinterher ohnehin auf der Straße sitzt - so ist es in Sachsen-Anhalt für viele Schülerinnen und Schüler über lange Zeit gewesen; das muss man sich vor Augen halten -, dann ist man natürlich weniger motiviert als wenn man weiß, mit einem ordentlichen Abschluss hat man die Chance, das eigene Leben in die Hand zu nehmen, ordentlich Geld zu verdienen und Karriere zu machen.

(Glocke des Präsidenten)

Darüber hinaus müssen wir im Bundesland noch Maßnahmen ergreifen. Wir müssen den jungen Menschen den Leistungsgedanken noch stärker nahebringen. Darüber werden wir auch in Sachsen-Anhalt weiter diskutieren müssen.

Das Ziel, welches Sie hier vorgegeben haben, ist richtig. Wenn wir uns gemeinsam, Sie als Schüler und wir als Politiker, die den Rahmen vorgeben, auf diesen Weg machen, so denke ich, dass wir das hinbekommen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Vielen Dank, Frau Dr. Hüskens. - Gibt es Wortmeldungen oder Nachfragen? - Die Wortmeldung der Parlamentarier habe ich gesehen. Aber zunächst hat sich Frau Seifert zu Wort gemeldet. Bitte schön.

Frau Seifert (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Ich habe eine Frage. Wenn sich die Jugendlichen bewerben, aber es gibt keine Stellen - man darf auch nicht

vergessen, dass es immer noch andere Generationen gibt, 20-, 30- und 40-Jährige, die auch noch einen Job suchen -, dann müsste man die Unternehmen eigentlich verpflichten, bevorzugt Jugendliche einzustellen. Verstehen Sie, was ich meine?

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Ja. - Ich habe an dieser Stelle ein Problem. Einen Arbeitgeber kann man nicht verpflichten. Es gruselt mich als Liberale ein bisschen, wenn Sie sagen, Sie wollen einen Unternehmer dazu verpflichten, diesen oder jenen einzustellen. Nein, ein Unternehmer wird sich die für ihn geeigneten, die zu ihm passenden Arbeitnehmer suchen. Insofern kann man den Staat nicht verpflichten, jedem einen Arbeitsplatz anzubieten.

Für Sie ist es spannend, dass der Unternehmer in der Praxis tatsächlich die jungen Leute nimmt. Sicherlich sucht er auch Fachkräfte, die über die entsprechenden Erfahrungen verfügen. Aber das ist kein 40-Jähriger, der bis dahin nicht gearbeitet hat, um einmal ein Extrembeispiel zu nennen.

An der Stelle hat das Land natürlich eine ganz andere Aufgabe. Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitiker haben die Aufgabe, Menschen, die über einen langen Zeitraum nicht in Arbeit waren, überhaupt erst einmal an den Arbeitsmarkt heranzuführen.

Sie wissen, dass es Ihnen nach sechs Wochen Ferien in der Schule zunächst etwas schwerer fällt. Ebenso ist ein Mensch, der über mehrere Jahre hinweg nicht mehr in Arbeit war, auch nicht in der Lage, entsprechend zu arbeiten. Deshalb gibt es Programme, die solche Menschen an den Arbeitsmarkt heranzuführen und integrieren sollen.

Also, ein Unternehmer wird immer auf junge Leute zugreifen. Darüber brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen. Die anderen Sorgen müssen wir uns machen.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das möchte ich gern noch abfragen, Frau Kollegin. - Das ist nicht der Fall. Es spricht Frau Mittendorf für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Frau Mittendorf (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Schülerinnen und Schüler! Ich fange einmal mit den Punkten auf der zweiten Seite Ihrer Vorlage an. Dort geht es zunächst um den Zugang zu Ausbildungs-, Studien- und Praktikumsplätzen.

Wir sind zumindest im Moment in der glücklichen Situation, dass die Schülerinnen und Schüler, die die Schule verlassen, keine Probleme haben werden, einen Ausbildungsplatz zu finden, sofern ihre Leistungen reichen. Die Leistungsfrage steht natürlich immer dahinter.

Ähnliches gilt für Studienplätze, besonders bei NC-Fächern, also bei Fächern, für die der Numerus clausus gilt. Aber insgesamt sind die Zugangsmöglichkeiten, so glaube ich, ganz gut.

Zu der Schulabbrecherquote. Das ist ein richtig wunder Punkt, gerade in Sachsen-Anhalt. Für Niedersachsen kann ich das nicht einschätzen. In Sachsen-Anhalt liegt

die Quote derjenigen, die die Schule ohne einen Abschluss bzw. nur mit einem Hauptschulabschluss verlassen, zwischen 20 % und 25 %.

Das ist natürlich eine Ausgangslage, die für die Betroffenen ein ganz großes Problem darstellt, weil sie damit eben keinen Zugang zu beruflicher Bildung bekommen. Das wiederum ist die Voraussetzung dafür, um vernünftig an der Gesellschaft partizipieren zu können.

Wir haben zwar in Sachsen-Anhalt inzwischen eine Reihe von zusätzlichen Förderprogrammen, insbesondere für den Bereich der Sekundarschule. Aber das reicht bei weitem noch nicht aus.

Ich persönlich glaube, dass das Problem von Schulabbrechern und von Schulverweigerern - unabhängig davon, dass zwischen ihnen sicherlich Unterschiede bestehen - auch in dem System begründet ist, wie Schule heute organisiert ist und funktioniert. Ich glaube, wir müssen in den nächsten Jahren wirklich grundlegende und vielleicht auch andere Überlegungen anstellen als bisher.

Zu den Punkten auf der ersten Seite Ihrer Vorlage will ich auch noch etwas sagen. Ich finde es schon interessant, dass junge Leute aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt schreiben, man sollte Jugendlichen die Angst vor dem Ausland nehmen. Ich kann das gar nicht verstehen - das muss ich einfach sagen -, vielleicht bin ich inzwischen zu alt.

Ich gehöre einer Generation an, die in der DDR lebte, wo der Käfig zu war. Wir kamen, abgesehen von ganz wenigen Ländern, in die eine Reise möglich war, gar nicht heraus. Ich glaube, insgesamt ist die Welt seit Jahrzehnten so offen und so sicher, dass man vor einem Auslandsaufenthalt keine Angst zu haben braucht, zumal sie auch gut begleitet werden.

Das viel größere Problem, das ich hinsichtlich aktiver Kontakte zu Partnerschulen sehe, ist die Finanzierung dieser Auslandsaufenthalte. Ich habe vorhin von der sozialen Schere gesprochen.

Für die Elternhäuser, die sich in einer guten Position befinden, ist es sicherlich kein Problem. Wer dreimal im Jahr in den Urlaub fliegt, der kann auch das Geld aufbringen, um den Bildungsaufenthalt seines Kindes zu finanzieren. Das gehört ebenso zur Wahrheit.

Aber es gibt Elternhäuser, die genau das nicht können. Da wird es dann schwierig. Deshalb muss man schauen, inwieweit man solche Dinge über staatliche Programme absichern kann. Ich weiß, dass das sehr schwer ist. Wir haben diese Debatten ständig, wenn es um unseren Landeshaushalt geht.

Mit dem European Skills Pass soll die Vergleichbarkeit bestimmter Aktivitäten gewährleistet werden. Ich finde es schon ganz gut, so etwas zu erfassen. Ich teile gleichwohl die Befürchtungen hinsichtlich des Datenschutzes. Es besteht die Gefahr, dass man zu viel von seiner eigenen Persönlichkeit preisgibt.

Aber das ist offensichtlich sehr modern. Ich nenne nur die Stichworte „Facebook“ oder „Twittern“. Dort breiten Leute alles aus, was man sich denken oder auch nicht denken kann. Ich wage es ernsthaft zu bezweifeln, dass das richtig ist. Darüber sollte man auf jeden Fall nachdenken.

Zum letzten Punkt. Es ist gefordert worden, elternunabhängig eine finanzielle Unterstützung für bestimmte Be-

reiche zu geben. Das ist ein schwieriges Thema. Ich kann mir die Gründe sehr gut vorstellen, weil der elterliche Druck auf gewisse Entscheidungen bei Jugendlichen eine gewaltige Rolle spielen kann.

Ist genügend Geld im Topf, dann kann man solche Vorstellungen sicherlich umsetzen - ich würde das unterstützen -, ist das nicht der Fall, dann haben wir ein Problem. Dann müssen die Eltern mit ins Boot. - Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Herzlichen Dank. - Wird hierzu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Sie wissen alle, dass die Sitzungsleitung sich nicht zur Sache äußern darf. Ich möchte an dieser Stelle gern eine Ausnahme machen und eine Information weitergeben.

Die Schulabbrecherquote in Niedersachsen ist von nahezu 10 % auf knapp unter 7 % gesenkt worden. Ich hätte mich jetzt natürlich nicht zu Wort gemeldet, wenn die Zahlen schlechter gewesen wären.

(Heiterkeit und Zustimmung im ganzen Hause)

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann haben wir auch bei diesem Thema nahezu eine Punktlandung geschafft. Ich möchte mich ganz herzlich für Ihr Engagement und die Beteiligung an der Diskussion bedanken.

Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Das Jugendparlament setzt seine Sitzung um 13.30 Uhr fort.

Unterbrechung: 12.32 Uhr.

Wiederbeginn: 13.34 Uhr.

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Darf ich Sie bitten, wieder Platz zu nehmen. Ich hoffe, Sie konnten Ihre Mittagspause nicht nur versorgungstechnisch genießen, sondern auch die Gespräche weiterführen und vertiefen.

Ich möchte Ihnen mitteilen, dass wir jetzt eine andere Besetzung haben. Für die Fraktion der CDU ist Frau Feußner hinzugekommen. Ihr Schwerpunkt liegt im Bildungsbereich. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Hause)

Des Weiteren nimmt Frau Fiedler für die Fraktion DIE LINKE an der Sitzung teil.

(Beifall im ganzen Hause)

Außerdem ist Frau Bröcker, Staatssekretärin im Sozialministerium, anwesend.

(Beifall im ganzen Hause)

Last but not least begrüße ich den Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Herrn Bernd Lüdckemeier. Ein herzliches Willkommen auch Ihnen!

(Beifall im ganzen Hause)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Schule zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Vorlage des Diskussionsforums 3 - **Drs. JP/2010/04**

Die Berichterstatter aus dem Diskussionsforum sind Herr Jonathan Dittmer vom Gymnasium Hankensbüttel und Frau Melissa Stephan vom Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg. Wer von Ihnen fängt an? Haben Sie sich geeinigt? - Der junge Mann fängt an. Dann erteile ich Herrn Jonathan Dittmer das Wort. Bitte schön.

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Dittmer, Berichterstatter des Diskussionsforums 3:

Hallo! Die Gruppe 3 hat sich mit dem Thema „Schule zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ befasst. Das hat der Präsident schon gesagt. Ich lese Ihnen einmal den Prolog, den wir dazu geschrieben haben - er liegt Ihnen allen vor - vor:

„Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendparlaments „Zukunftswerkstatt deutsche Einheit“, Schülerinnen und Schüler der 11. Klassen aus dem Hainberg-Gymnasium Göttingen, dem Gymnasium Hankensbüttel, dem Fallstein-Gymnasium Osterwieck und dem Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg, stellen fest, dass es eine erhebliche Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit in der Institution Schule gibt.“

Eines möchte ich ganz zu Anfang klarstellen

(Herr Dittmer trinkt - Heiterkeit)

- das muss ja auch mal genutzt werden -: Schule bzw. Bildung ist ein Recht, ein Privileg. Jeder einzelne von uns hat das Recht, sich zu bilden. Jeder einzelne von uns hat das Recht auf schulische Bildung. Diesem Recht nach Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen vom 10. Dezember 1948 sollte unserer Meinung nach nichts im Weg stehen.

Uns ist aufgefallen - es ist eigentlich eine Frechheit -, dass wir Geld dafür zahlen müssen, um zu unserer Schule zu kommen. Ich habe jetzt für meine Busfahrkarte, so glaube ich, 300 € bezahlt. Ich weiß es nicht so genau, weil das meine Eltern bezahlt haben.

In unserer Gruppe haben wir auch darüber diskutiert. Einige bezahlen 50 € im Monat. Also, das ist wirklich eine Frechheit. Das kann nicht sein. Dem Recht und unserem Privileg, Bildung zu bekommen, sollten keine Fahrtkosten im Wege stehen.

(Beifall im ganzen Hause)

Es gibt Familien, die können sich so etwas nicht leisten; das ist wirklich so. Für manche sind 300 € ein halber Monatslohn. Das kann nicht sein. Das empfinde ich wirklich als eine Anmaßung.

Das gilt auch für die Lernmittelausleihe. Ich habe mir ein Buch gekauft für 36 €. Ich habe aber nie hineingeguckt, nicht ein einziges Mal. So etwas muss doch wirklich nicht sein, oder?

Auf jeden Fall fordern wir, was die Chancengleichheit angeht, dass Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler sich gegenseitig akzeptieren, damit der Lehrer in der Lage ist, hinter die Fassade eines Schülers zu schauen. Es bringt niemandem etwas, wenn der Lehrer schlechte Noten verteilt, nur weil es bei dem Schüler gerade in der Familienkonstellation nicht so läuft oder weil sich die El-

tern haben scheiden lassen. Der Lehrer sollte in der Lage sein, hinter die Fassade zu schauen. Das können leider die wenigsten. Aber das finden wir ganz wichtig.

Außerdem fordern wir die Gleichberechtigung, die Anerkennung und eine angemessene Ausstattung für alle Schulformen. Dazu werden wir später noch einiges hören. Darauf möchte ich jetzt nicht eingehen.

Schule lebt von guten Lehrkräften - ich wiederhole: Schule lebt von guten Lehrkräften -, nicht von allen, sondern von guten.

(Heiterkeit)

- Ja, es ist doch so. Es gibt teilweise Lehrer - - Na gut.

(Herr Scheurell, CDU: Details!)

- Ja, dazu komme ich noch. Immer mit der Ruhe.

(Heiterkeit)

Wir fordern das Etablieren neuer Unterrichtsmethoden und neuer Unterrichtsformen. Das heißt, dass Lehrer Fortbildungsseminare gerade für neue Sachen belegen sollten. Ich meine, der Unterricht ist nicht interessant, nur weil man einen Beamer nutzt.

Gleichwohl sollte man die neue Technik wie Beamer, elektronische Tafel usw. nutzen. Trotzdem sollte es nicht nur neue innovative Formen geben, sondern es sollten auch die alten bewährten Systeme beibehalten werden.

Außerdem sollte es eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Schule, den Lehrern, den Eltern und den Schülern geben, damit einfach diese Verzahnung da ist und damit sich Schüler und Lehrer gegenseitig als Menschen sehen. Sie kennen das sicherlich auch.

(Zuruf vom Gymnasium Hankensbüttel)

Früher war es so - ich meine damit die Grundschule -, dass der Lehrer mein absolutes Vorbild war. Der Lehrer konnte alles, er wusste alles. Dann habe ich ihn einmal irgendwo - ich glaube es war auf dem Weihnachtsmarkt - gesehen und dachte, er ist ja auch ein Mensch.

(Beifall und Heiterkeit im ganzen Hause)

Der Lehrer muss aber auch den Schüler als Menschen sehen. Es ist ja oftmals so, dass der Lehrer einfach sagt: Okay, ich nehme meinen Stoff durch; egal wie es dir geht, wenn du deine Leistung nicht bringst, dann hast du keine Chance.

Der Lehrer sollte auch sehen, dass der Schüler ein Mensch ist, der Gefühle hat, der Gefühlsschwankungen erlebt und auch schwere Zeiten durchmachen muss. Das habe ich ja eben schon angesprochen.

Wir wollen eine verstärkte Neueinstellung von jungen Lehrkräften. Auch wenn junge Lehrkräfte teilweise - nicht alle - zu locker sind, so sind die alten ja eher konservativ, zumindest die meisten. Deswegen fordern wir eine

(Frau Dr. Hüsken, FDP: Ausgewogenheit!)

Ausgewogenheit - das wollte ich auch gerade sagen - von jungen und alten Lehrern. Das muss einfach da sein; das braucht man.

Des Weiteren fordern wir die Bereitstellung von Material für die Lehrerfort- und Weiterbildung. Dabei geht es einfach darum - das habe ich eben schon angesprochen -, dass der Lehrer mit den neuen Unterrichtsmethoden klar kommt. Normalerweise ist es so, dass ein Schüler

den PC vorbereiten muss, weil der Lehrer das überhaupt nicht auf die Reihe kriegt.

Na ja, jetzt sagen wahrscheinlich unsere lieben Politiker, die Bereitstellung von Materialien kostet Geld. - Natürlich. Ich meine, Geld wächst nicht auf Bäumen; das sehe ich ja ein. Aber es ist natürlich wichtig. Wir sind die Zukunft, niemand anders. Es tut mir leid, das so hart zu sagen, aber Sie sind nicht die Zukunft.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

Es ist einfach so. Gucken Sie sich die Leute an. Das sind die Menschen, die in ein paar Jahren Firmen leiten. Das sind die Menschen, die in ein paar Jahren als Lehrer unterrichten. Das sind die Menschen, die in ein paar Jahren vielleicht hier vorn stehen und Reden halten.

Ich muss Ihnen das ganz ehrlich sagen: Die Probleme der Politik können heute nicht gelöst werden. Ich bin mir ziemlich sicher, dass Sie heute Ihre Probleme nicht lösen werden. Diese Probleme werden auf uns übertragen und wir werden diese Probleme lösen. Verstehen Sie das?

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

Wir werden das alles abbekommen. Deswegen ist die Bildung so wichtig.

(Heiterkeit und Beifall im ganzen Hause)

Wir werden die Probleme irgendwann lösen müssen. Deswegen ist es wichtig, dass wir verstärkt auf die Bildung setzen. Das ist eine Investition, die sich lohnt, damit die Schüler bzw. die jungen Leute auf das Leben vorbereitet werden. Das ist wichtig.

(Präsident Herr Steinecke: Das unterschreibe ich sofort!)

Es ist die Vorbereitung auf das spätere Berufsleben zum Beispiel in Form von Schülerpraktika. Ich war in der 10. Klasse in einer Grundschule. Ich weiß nun, dass ich kein Grundschullehrer werden will. Schön, aber was nun? - Ich weiß gar nicht, was ich werden will, ehrlich nicht.

Deswegen brauche ich mehr Erfahrungen in der Berufswelt. Deswegen fordern wir mehr Schülerpraktika. Es bringt auch wirklich etwas. Es bringt teilweise mehr als der Schulunterricht, wenn man einen Job kennen lernt. Es ist wirklich so.

Des Weiteren fordern wir eine Studienberatung im Sinne des Peer-Group-Gedankens. Das heißt, dass Studenten, also Jugendliche aus der gleichen Generation, in die Schulen gehen und erklären, wie das an der Universität so läuft. Dadurch würden wir mehr Informationen darüber bekommen, was auf uns zu kommt.

Manche von uns werden vielleicht eine Ausbildung absolvieren, aber einige werden studieren. Sie sollten Informationen bekommen, wie sie das machen. Das könnten uns junge Leute aus den Universitäten erklären. Das ist vielleicht auch wichtig.

Außerdem fordern wir eine engere Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und den Schulen bei der Studienberatung, damit einfach eine Verzahnung zustande kommt und Informationen ausgetauscht werden. Das ist wichtig.

Ich will jetzt aber nicht nur unsere Lehrer und unsere verehrten Politiker ansprechen, sondern ich will auch

euch ansprechen. Es ist die Lernmotivation, an der nicht alle, aber einige von uns arbeiten müssen. Ich gebe es zu und ich stehe dazu, selbst wenn ich jetzt Ärger bekomme, dass ich auch schon mal den Unterricht geschwänzt habe.

(Frau von Angern, DIE LINKE: Oh je!)

Denn teilweise hat es keinen Zweck. Es macht keinen Unterschied, ob wir anwesend sind oder nicht, weil der Lehrer von dem jeweiligen Fach genauso wenig Ahnung hat wie wir. Das ist ja zum Teil wirklich so.

(Heiterkeit im ganzen Hause)

- Das ist eigentlich nicht zum Lachen, sondern eher traurig. Kennt ihr das nicht? Ihr sitzt in der achten Stunde im Unterricht und der Lehrer labert und labert. Es mag sein, dass er etwas von seinem Fach versteht, aber er kann es nicht rüberbringen.

(Unruhe)

Vielleicht sollten wir einfach einmal selbst den Unterricht gestalten, selbst Referate ausarbeiten und uns informieren, weil wir die Informationen, die wir von den Lehrern bekommen, in der Zukunft brauchen. Das ist wichtig. Deshalb sollte man zunehmend das selbstständige Lernen von Schülerinnen und Schülern unterstützen.

Es ist vielleicht auch wichtig, sich noch einmal darüber Gedanken zu machen, ob die Trennung nach vier Jahren Grundschule sinnvoll ist oder ob sie erst nach fünf Jahren erfolgen sollte. Darüber waren wir uns in unserem Diskussionsforum nicht ganz im Klaren. Deswegen möchte ich das nicht weiter ausführen.

Als Schlussfolgerung möchte ich euch eines mit auf den Weg geben: Ihr lernt - Sie haben das vorhin so freundlich gesagt - nicht nur für die Schule, sondern für das Leben. Aber - ganz ehrlich - wir lernen für das Leben, für die Schule und - das ist noch wichtiger - für Deutschland, für dieses Land.

(Unruhe und Zustimmung)

Die Zeit wird kommen, in der wir wieder stolz auf dieses Land sein können. Ich meine, wir sind stolz. Es soll nicht so werden wie 1933; keinesfalls. Aber es ist Zeit, dass wir wieder stolz auf unser Land sein können. Das könnt ihr schaffen, indem ihr hinausgeht und der Welt zeigt, Deutschland ist da. Wir sind Deutschland.

(Heiterkeit)

Wir repräsentieren Deutschland und geben es der Welt. - Danke schön.

(Beifall im ganzen Hause)

Zu dem Thema Gleichberechtigung, Anerkennung und Ausstattung aller Schulformen wird meine liebe Freundin Melissa Stephan noch einige Worte sagen.

(Heiterkeit)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Vielen Dank für den hoch emotionalen Beitrag.

(Heiterkeit)

Wir hören jetzt die Fortsetzung von Frau Melissa Stephan. Bitte schön.

Frau Stephan, Berichterstatterin des Diskussionsforums 3:

Ich möchte noch ein bisschen ergänzen. Zunächst einmal möchte ich sagen, dass die Schule nicht von Grund auf schlecht ist und dass wir dafür wirklich sehr dankbar sein können. Wir wissen, dass es nicht überall so ist. Wir haben gute Möglichkeiten, die wir nutzen können.

Wir haben uns in unserem Forum viel darüber unterhalten. Dabei sind uns zahlreiche Unterschiede bewusst geworden, sowohl innerhalb einer Schulform als auch zwischen den einzelnen Schulformen, also zwischen dem Gymnasium, der Hauptschule und der Realschule.

Es ist wirklich so - das wird jeder von euch bestätigen -, dass man, wenn man das Wort „Hauptschule“ hört, gleich denkt: Oh Gott, was ist das denn! Bei Gymnasialisten heißt es hingegen: Tolle Schüler, alles ist prima. - Ich frage mich aber, warum man so denkt. Sicherlich hat das mit dem Verhalten der Schüler zu tun. Aber es stellt sich die Frage, warum diese Schüler so sind.

Die Hauptschüler und die Realschüler bekommen diese Diskussionen natürlich mit. Ich habe gehört, dass es im letzten Jahr beim Jugendparlament unter anderem darum ging, das Fach „Benimmkunde“ einzuführen. Warum? - Das wird einfach auch von außen hereingetragen. Die Schüler bekommen das Gefühl vermittelt, Gymnasialisten seien etwas Besseres und in die Gymnasien werde alles investiert.

Wenn ich mir manche Schulen anschau, muss ich sagen, dass die Ausstattung teilweise richtig schlecht ist. Dann fragt man uns, was wir an den Gymnasien besser machen würden, was wir bräuchten. Meist heißt es dann: Mehr Technik.

Aber ich frage mich, ob wir diese Technik wirklich brauchen. Brauchen wir jeden Tag Computer, Fernseher usw. oder können wir nicht etwas davon an die Schulen abgeben, die es nötiger haben? Dann bekommen deren Schüler auch ein besseres Gefühl und kommen sich nicht minderwertig vor. Und es würde eine bessere Zusammenarbeit entstehen.

(Beifall im ganzen Hause)

Daran muss noch ganz stark gearbeitet werden, damit diese Investitionen nicht nur in die Gymnasien gehen. Vielleicht könnten auch die Gymnasien selbst etwas dafür tun, dass auch die anderen Schulen gefördert werden. Es sollten eben nicht nur die Gymnasien, sondern auch andere Schulen, insbesondere Förderschulen ausgebaut werden.

In Wittenberg gibt es beispielsweise eine Schule, die hat kaum etwas. Ich weiß das, weil mein Bruder dorthin geht. In dieser Schule sind Fenster kaputt. Trotzdem wird dort weiter unterrichtet. Mein Bruder sagt dann zu Hause auch manchmal: Na toll, wir sind doch eh nichts. Dann frage ich mich immer, warum das so sein muss. Das verstehe ich nicht.

Vielleicht nicht alle, aber die meisten reden lieber mit einem Gymnasiasten als mit einem Hauptschüler. Ich denke, an dieser Stelle müsste man ansetzen. Das muss nicht nur von uns kommen, sondern auch von außen. Sicherlich hat das auch etwas mit Geld zu tun. Genau das ist dann wieder die Frage.

Außerdem haben wir uns noch über ein einheitliches Schulsystem in ganz Deutschland unterhalten, sprich: ein einheitliches Abitur. Denn im Grunde genommen

sind wir ein Deutschland und es kann doch nicht sein, dass Schüler, die im Nordosten der Bundesrepublik ihr Abitur abgelegt haben, zum Beispiel an einer Universität in Bayern nicht angenommen werden, weil das Abitur nicht ausreicht. Was soll denn das? - Wir sind ein Deutschland; wir gehören alle zusammen.

(Beifall im ganzen Hause)

Dadurch ist man einfach eingeschränkt. Man kann sich nicht ausleben. Man fragt sich selber, was das soll und warum man das macht, wenn man hinterher nicht dorthin gehen kann, wohin man möchte. Wir wünschen uns sehr, dass ein einheitliches Abitur möglichst schnell in Kraft tritt.

Des Weiteren haben wir Unterschiede zwischen Niedersachsen und Sachsen-Anhalt festgestellt. Beispielsweise sind wir nachmittags viel früher zu Hause als die Schüler in Niedersachsen, obwohl wir die gleiche Anzahl an Unterrichtsstunden haben.

Darüber hinaus können die Schüler in Niedersachsen von Anfang an wählen, in welchen Fächern sie auf Leistungskursniveau bzw. auf Grundkursniveau unterrichtet werden wollen. Wir fänden es gut, wenn das in ganz Deutschland eingeführt wird. Denn man weiß ja, in welche Richtung man später gehen möchte.

Das heißt, man könnte gleich entscheiden, in welchen Fächern man das Leistungskursniveau oder das Grundkursniveau wählt. Denn diejenigen, die in Mathematik nicht gut sind, werden in diesem Fach nicht den Leistungskurs absolvieren.

Sicherlich gibt es einige, die dann noch einmal wechseln möchten, weil sie erkennen, dass ihnen irgendein Fach doch nicht so liegt. Deshalb sollte ein Wechsel vom Leistungs- in den Grundkurs möglich sein. Ich denke, diese Möglichkeit sollte es schon geben, und zwar in ganz Deutschland, sodass es keine Abstufungen mehr gibt. Wir sind ein Deutschland und sollten überall die gleiche Schulform haben, damit man sich wirklich frei entfalten und sein Leben überall gut leben kann. - Danke.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Das waren in beiden Beiträgen sehr spannende Thesen. Gibt es dazu Wortmeldungen? - Ich sehe im Moment trotz der wirklich spannenden Fragen noch keine Wortmeldungen. - Doch, bitte schön. Nennen Sie bitte Ihren Namen.

Frau Seiler (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Ich bin Lisa Seiler. Man muss ganz klar sagen, das, was die beiden gesagt haben, stimmt in jeder Hinsicht. Vor allem ist es ganz wichtig, sich noch viel stärker mit der Frage auseinanderzusetzen, ob man die Zeit, in der alle Schüler zusammen lernen, nicht verlängern sollte. Denn man fängt in unserer Gesellschaft bereits in der Schulzeit damit an, die Gruppen zu klassifizieren.

(Beifall im ganzen Hause)

Wir werden eingeteilt, wir werden abgestempelt. Das Problem verfolgt uns bis hin zu unserer beruflichen Laufbahn. Das ist einfach grundlegend falsch. Das war vielleicht das Positive an dem DDR-Schulsystem, in dem

alle bis zur 10. Klasse in eine Schule gegangen sind. Die Starken haben die Schwächeren mitgezogen. Das muss auch jetzt noch so sein.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Danke. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Bitte schön.

Herr Gabler (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Mein Name ist Tobias Gabler. Ich habe mir zu mehreren Punkten Gedanken gemacht. Erstens zu der Ausstattung von Schulen. Es wurde eben gesagt, dass Gymnasien Hauptschulen unterstützen sollen. Wie ist es aber, wenn es genau anders herum ist?

Unser Gymnasium in Wittenberg wurde, als das Gebäude umgebaut wurde, technisch neu ausgestattet. Jetzt wurde die Sekundarschule Friedrichstadt mit Haupt- und Realschulzweig völlig neu mit technischen Geräten eingerichtet. Dort gibt es jetzt Flachbildfernseher, neue Computer usw. Wir arbeiten an unserer Schule mit dem Betriebssystem „Windows 2000“.

Die Rechner brauchen fünf Minuten, um den Internet-Explorer zu öffnen, falls es überhaupt klappt. Wenn alle Schüler einer Klasse zur selben Zeit ins Internet gehen, fliegt die Sicherung heraus. Also, ich möchte nur zu bedenken geben, dass die Gymnasien nicht generell am besten ausgestattet sind. Vielmehr muss differenziert werden.

Zweitens. Lisa hat auf jeden Fall Recht. Wir waren von der siebten bis zur 10. Klasse zusammen. Wir hatten vier Jahre lang einen super Klassenzusammenhalt. In der 11. und 12. Klasse wurden wir nun auseinandergerissen. Dadurch geht der ganze Zusammenhalt einer Klasse verloren.

(Beifall im ganzen Hause)

Hinzu kommt, dass der Klassenzusammenhalt in diesen zwei Jahren noch nicht einmal durch eine gemeinsam durchgeführte Klassenfahrt gefördert wird. Statt einer Abschlussfahrt im Klassenverband machen wir Studienfahrten in den Kursen, sodass wir wieder auseinandergerissen werden. Das ist zwar schön und gut, aber ich denke, dass der Klassenverband wenigstens dadurch gefördert werden sollte, dass man für zwei, drei Tage gemeinsam wegfährt. - Das wollte ich nur noch sagen.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Nur zum Verständnis. Die Klassen lernen in den Klassenstufen 7 bis 10 zusammen und werden dann in Kurse aufgeteilt?

Herr Gabler (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Ja.

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Danke. - Zuerst die junge Dame hier vorn, dann Sie dahinter.

Frau Hesse (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Ich bin Anne Hesse. Melissa hat das Problem der Hauptschulen angesprochen. Ich denke nicht, dass wir sie nur materiell ausstatten sollten. Ich meine vielmehr, wenn wir den Schülern mehr Respekt entgegenbringen würden, dann würden sie ihr Verhalten auch ändern.

(Beifall im ganzen Hause)

Mein Bruder geht auf eine Hauptschule. Meine Eltern und ich, die ganze Familie und seine Freunde bringen ihm den nötigen Respekt entgegen und vermitteln ihm, dass er nicht schlechter ist als andere, nur weil er auf einer anderen Schule ist. Er verhält sich super, er ist ruhig im Unterricht, er bekommt nur gute Noten. Ich bin sehr stolz auf ihn, auch wenn er auf solch eine Schule geht.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich denke, wenn auch die Lehrer von Anfang an diese Haltung einnehmen würden, dann würden die Schüler ihr Verhalten sicherlich verbessern. Denn in der Schule, in die mein Bruder geht, ist das Verhalten wirklich sehr schlecht.

Weiterhin möchte ich sagen, dass ich dafür wäre, die Schulzeit wieder auf 13 Jahre zu verlängern.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich persönlich spüre das jetzt schon. Wir haben noch nicht einmal ein Halbjahr hinter uns und ich bin völlig fertig vom Lernen, von Klassenarbeiten und von Tests. Mir persönlich käme das sehr gelegen. Deshalb denke ich, dass es einfach besser wäre, die Schulzeit wieder auf 13 Jahre zu verlängern; denn der Unterrichtsstoff könnte dann besser verteilt werden und man hätte einfach viel mehr Zeit. - Das war es schon.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Bitte sehr.

Frau Stephan (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Melissa Stephan. Zu der Aufteilung nach der 10. Klasse möchte ich sagen, dass ich das eigentlich sehr gut finde.

(Zustimmung vom Hainberg-Gymnasium Göttingen - Heiterkeit)

Sicherlich muss das Lernen Spaß machen; das ist klar. Aber man ist in der Schule um zu lernen. Seine Freunde sieht man in den Pausen. Im Unterricht sollte man eigentlich aufpassen und lernen und sich nicht mit dem Nachbarn beschäftigen.

Wie soll man Menschenkenntnis entwickeln, wenn man die ganze Zeit mit den gleichen Leuten zu tun hat? Wie soll man sich später im Leben integrieren, wenn einem das in der Schule nicht beigebracht wurde? - Eigentlich wird man dort auf das Leben vorbereitet.

Diese Trennung zeigt sich ja auch überall; man geht nicht gemeinsam mit den besten Freunden auf eine Universität; denn alle haben unterschiedliche Interessen. Auf der Universität lernt man neue Leute kennen. Das wird einem dann sozusagen beigebracht. Ich finde das eigentlich ganz gut, dass die Klassen getrennt werden.

Jetzt habe ich vergessen, was ich noch sagen wollte. - Ach so, die 13 Jahre. Das, so denke ich, sollte man nicht mehr machen. Ich finde zwölf Jahre ganz gut. Erstens hat man nach den zwölf Jahren die Möglichkeit, sich zu entwickeln.

Zweitens meine ich, dass man, wenn man gleich zwischen Leistungskurs und Grundkurs wählen könnte, nicht mehr so viel Stress hätte. Denn man lernt für die Leistungskursfächer, für die Grundkursfächer auch, aber man bereitet sich in diesen Fächern nicht auf das Leistungskursniveau vor, wenn es differenziert wird. Das wäre viel einfacher. Insgesamt kommt man, so finde ich, mit zwölf Jahren eigentlich ganz gut klar.

(Beifall im ganzen Hause)

**Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages
Herr Schwarz:**

Vielen Dank, Melissa. - Ich muss jetzt eine Liste führen. Wir haben eine ganze Reihe von Wortmeldungen. Zunächst der Herr ganz links außen, bitte.

Herr Müller (Fallstein-Gymnasium Osterwieck):

Mein Name ist Philipp Müller. Ich möchte mich auch zu der Frage zwölf oder 13 Jahre äußern. Ich bin derselben Meinung wie Melissa, dass es bei den zwölf Jahren bleiben sollte. Denn der Stundenplan wurde nun auf zwölf Jahre zugeschnitten. Es kommt also jetzt nichts mehr hinzu. Außerdem kann man dann schneller in das Studium oder in das Berufsleben einsteigen. Ich schließe mich vollkommen Melissas Auffassung an.

(Beifall im ganzen Hause)

**Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages
Herr Schwarz:**

Nun erteile ich der jungen Dame hier vorn links das Wort.

Frau Koziel (Fallstein-Gymnasium Osterwieck):

Ich bin Franziska Koziel. Ich möchte mich zu dem äußern, was Tobias gesagt hat. Bei uns werden die Klassen alle zwei Jahren neu gemischt. Ich finde das eigentlich gar nicht so schlecht, weil man dadurch auf das spätere Leben vorbereitet wird. Denn im Berufsleben arbeitet man schließlich auch immer wieder mit neuen Menschen zusammen.

Auf diese Situation muss man vorbereitet werden. Schließlich ist es nicht selbstverständlich, dass man auf Menschen zugeht, die man nicht kennt, und mit ihnen zusammenarbeitet. Deshalb finde ich, dass es eine sehr gute Vorbereitung ist, wenn man damit schon in der Schule beginnt. Letztlich kann man sich im Berufsleben seine Kollegen auch nicht aussuchen.

(Beifall im ganzen Hause - Frau Mittendorf, SPD: Richtig!)

**Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages
Herr Schwarz:**

Ich habe noch die beiden Herren auf meiner Rednerliste und dann die junge Dame. - Ich habe Ihren Namen wieder vergessen. Bitte.

Herr Gabler (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Noch einmal Tobias Gabler. Ich möchte Folgendes sagen: Durch das Mischen der Klassen - das klingt vielleicht ein bisschen drastisch - werden Einzelkämpfer geschaffen. Wir haben keinen Zusammenhalt mehr, wenn die Klassen alle zwei Jahre durcheinandergemischt werden. Klar, man knüpft neue Kontakte und man kann neue Menschen kennen lernen. Das kann man aber auch auf der Straße.

Seien wir ehrlich: Wir haben Freunde, über die wir wieder neue Leute kennen lernen; so kann man auch Menschen kennen lernen, aber ein Klassenverband ist etwas anderes. Mit diesen Menschen verbringst du eine gewisse Zeit deines Lebens, wenn du mehrere Jahre lang in einem Klassenverband bist. Dadurch entsteht ein inniger Verband.

Es ist wissenschaftlich von Instituten erforscht und bestätigt worden, dass ein besserer Zusammenhalt das Arbeitsklima und die Arbeitsmoral stärkt und damit auch die Produktivität erhöht. Das ist ein Punkt, den auch die Wirtschaft berücksichtigen sollte.

Davon einmal abgesehen, glaube ich, dass es jedem besser gefällt, viele Freunde zu haben als flüchtige Bekannte, mit denen man keine innige Beziehung hat. Ich denke, dass Leute, die nie den Zusammenhalt in einer Gruppe erleben, vielleicht haufenweise Leute kennen, aber keinen davon richtig gut. Auf diese Weise bildet sich keine echte Freundschaft heraus und es werden tatsächlich Einzelkämpfer geschaffen. Diese können zu unserer Gesellschaft eigentlich nicht viel Positives beitragen.

(Beifall im ganzen Hause)

**Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages
Herr Schwarz:**

Danke für Ihren Beitrag. - Erst spricht Jonathan, dann Lisa.

Herr Dittmer (Gymnasium Hankensbüttel):

Ich bin Jonathan Dittmer. Ich möchte etwas zu der Frage zwölf oder 13 Jahre sagen. Ich habe weder etwas gegen zwölf Jahre noch etwas gegen 13 Jahre. Ich finde es einfach nicht gut, dass wir nicht gefragt werden, ob wir zwölf oder 13 Jahre lernen wollen. Ich wurde jedenfalls nicht gefragt.

Ich denke, die Politik sollte uns Schüler stärker einbeziehen und uns fragen, was wir wirklich wollen.

(Beifall im ganzen Hause)

Denn Bildung ist eine wichtige Angelegenheit. Dass man uns gerade bei so wichtigen Fragen - es ist ja wirklich wichtig - völlig außen vor lässt, das finde ich nicht gut.

(Beifall im ganzen Hause)

**Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages
Herr Schwarz:**

Ich vermute, die Parlamentarier werden sich dazu auch noch äußern. - Jetzt ist Lisa an der Reihe.

Frau Seiler (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Ich bin Lisa Seiler. Ich möchte auf die Äußerungen zu den Einzelkämpfern eingehen. Ich würde sagen, dass diese Frage nicht zur Debatte steht, weil das ein Bereich ist, der sich in unserer gesamten Gesellschaft verändert hat. Wir fangen damit in der Schule an und das setzt sich nachher im Studium fort.

Nur die Creme de la Creme schafft es bis zum Manager. Nur die Creme de la Creme wird am Ende einen BMW fahren. Das ist so. Das ist ein Problem, dass sich durch die Globalisierung und durch alle möglichen Umweltfaktoren in unserer Gesellschaft ergeben hat. Deshalb sollte man das separat debattieren. Aber man kann nicht genug betonen, wie wichtig es ist.

Ich weiß, dass die Politik es sehr schwer hat. Es gibt bestimmt tausende Ausschüsse, die darüber philosophieren, wie toll es doch ist oder wie man das verändern kann. Aber es ändert sich nichts. Wir haben seit so vielen Jahren die Einteilung in Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Ich weiß aus eigener Erfahrung, dass im Westen diese Vorurteile noch viel stärker sind als im Osten.

Deshalb kann man nicht genug betonen, dass etwas gegen diese Klassifizierung getan werden muss, die in der Schule bei uns jungen Menschen anfängt und die sich nachher im Studium und überall fortsetzt. Das muss sich ändern.

(Beifall im ganzen Hause)

Über die Aufteilung der Klassen in den letzten zwei Jahren sollte man schulintern diskutieren. Ich habe es in meiner Schule im Westen anders kennen gelernt. Deshalb glaube ich, dass wir dafür keine allgemeine Regelung finden werden; denn die Klassenbildung wird schulintern vorgenommen. Man wird bei diesem Thema keinen Kompromiss finden können, weil die Aufteilung nach Kursen sowohl Vorteile als auch Nachteile hat.

Aber meine Grundthese ist: Es muss etwas getan werden gegen dieses System der Einteilung, auch wenn es bestimmt nicht einfach ist - das ist mir bewusst -, so viele Schüler zusammen zu unterrichten. Aber in der DDR hat es auch funktioniert.

(Zurufe vom Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg)

- Ich bin kein Befürworter der DDR, aber es hat funktioniert. Das muss ich jetzt einfach mal so sagen.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Vielen Dank. - Mir fällt spontan die Frage ein, wer ist eigentlich die Creme de la Creme in unserer Gesellschaft. Darüber kann man auch einmal diskutieren. - Ich erteile der jungen Dame das Wort, bitte.

Frau Hellwig (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Ich bin Laura Hellwig und komme aus Wittenberg. Ich finde es schwachsinnig zu sagen, es wäre schlecht, die Schüler nach der 10. Klasse zu teilen. Wir werden ohnehin in Kursen unterrichtet. Welche Fächer haben die Klassen noch zusammen? - Deutsch, Mathematik und

ein Profulfach; das war es. Deshalb ist es eigentlich egal, ob man nach der 10. Klasse getrennt wird oder nicht.

Unsere Klasse wurde zum Beispiel vor einem Jahr getrennt. Bei uns wechselten ständig die Klassenlehrer, weil sie in andere Schulen versetzt wurden. Wir haben uns immer an neue Klassen gewöhnt und sind gut miteinander zurechtgekommen.

Deshalb finde ich es schwachsinnig zu sagen, dass man unbedingt einen Klassenverband braucht, um mit den Mitschülern auszukommen. Man gewöhnt sich auch an andere Leute, man lernt dadurch neue Leute kennen und man kann neue Kontakte knüpfen. Ich finde es nicht wichtig, von der 5. bis zur 12. Klasse in einem Klassenverband zu bleiben.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Bitte schön.

Herr Gabler (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Noch einmal zu dem, was Laura eben gesagt hat. Es geht nicht darum, dass wir von der 5. bis zur 12. Klasse zusammen sind. In der 5. Klasse - das gebe ich ehrlich zu - lernt man noch nicht unbedingt, soziale Kontakte zu knüpfen. Da lernt man - das ist nicht immer so, aber häufig - noch keine wahren Freunde kennen.

Ich habe es selbst erlebt. Die besten Freunde, die ich in der 5. Klasse hatte, spielen heute für mich keine Rolle mehr. Aber ich denke, ab einem gewissen Alter ist es schon wichtig.

Unsere Klasse hat jetzt nur noch die Profulfächer gemeinsam, also Geschichte, Mathematik und Deutsch. Umso schlimmer fand ich es, dass die Klassen neu aufgeteilt wurden. Ich hatte gehofft, dass die Klassen, die nun neu zusammengesetzt wurden, auch mehr Unterrichtsfächer gemeinsam hätten.

Wir mussten Fächer wählen, wir mussten uns entscheiden. Wir mussten uns zum Beispiel für Chemie, Physik oder Sprachen entscheiden. Ich hatte gehofft, dass wir dadurch dann bestimmte Fächer zusammen haben. Allerdings wurden die Klassen eben nicht nach diesen Entscheidungen gebildet. Die neuen Klassen haben wieder nur die Profulfächer gemeinsam. Deshalb finde ich es umso schlimmer, dass wir aufgeteilt wurden.

Noch mal zu dem, was Lisa gesagt hat. Ich glaube schon, dass gerade hier solche Fragen zur Debatte stehen sollten, ob ein fehlender Klassenverband dazu führt, dass Schüler zu Einzelkämpfern werden. Denn wo, wenn nicht hier sollen wir darüber diskutieren? - Entweder fangen wir noch früher an, dann müssen wir es hier erst recht aufgreifen. Oder wir greifen es noch später; dann stellt sich die Frage, wo. Gerade bei solchen Gelegenheiten wie dieser müssen wir über diese Themen reden und uns Gedanken machen; denn sonst ist es zu spät.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Danke schön, Tobias. - Bitte diese Wortmeldung und dann die junge Dame hier vorn.

Herr Köpcke (Hainberg-Gymnasium Göttingen):

Mein Name ist Robert Köpcke. Ich möchte etwas zu dem Klassenzusammenhalt sagen. Es wurde gewünscht, dass die Klassen im Grunde von der 7. bis zur 13. Klasse zusammen bleiben. Wenn man in der 7. Klasse seine Freunde kennen lernt und dann mit ihnen bis zur 13. Klasse - man lernt zwar auch Leute aus anderen Klassen kennen, aber in einem viel kleineren Rahmen - im Grunde zusammenhängt, dann lernt man vielleicht nicht, wie man soziale Kontakte aufbaut.

Daher denke ich, dass es relativ sinnvoll ist, die Klassen wieder aufzulösen. Dadurch lernen wir Schüler, neue Kontakte zu knüpfen und gehen sozusagen nach der 12. Klasse mit einem besseren Gefühl und besser auf das spätere Leben vorbereitet aus der Schule.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Danke schön, Robert. - Bitte.

Frau Hommers (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Lea Hommers. Ich würde gern auf das eingehen, was Lisa gesagt hat. Ich finde es ziemlich idealistisch, diese Klassifizierung aufzugeben. Denn letztendlich sind wir diejenigen, die davon profitieren. Es ist hart, das zu sagen, aber es ist eine leistungsorientierte Gesellschaft. Ich denke, dass Leute, die keine Leistungen zeigen - sicherlich gibt es dafür ganz viele Gründe -, letztendlich selbst Schuld sind.

Diese Gesellschaft ist nun einmal auf Leistung orientiert. Man sollte akzeptieren, dass es Unterschiede gibt. Deshalb meine ich, dass diese Klassifizierung durchaus gerechtfertigt ist.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Bitte sehr.

Frau Hesse (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Ich bin Anne Hesse. Ich persönlich finde die Aufteilung der Klassen - das geschieht ja des Öfteren während der Schulzeit - nicht gut. Mir ist es im Endeffekt gleichgültig. Ich bin nicht der Meinung, dass es unbedingt abgeschafft oder beibehalten werden sollte. Denn ich denke, man findet so oder so Freunde. Es ist nicht so, dass man seine Freunde nur in der Klasse hat.

Ich habe Freunde, die auf andere Schulen gehen, und ich habe Freunde, die nicht mehr in der Schule sind. Man lernt heutzutage immer Freunde kennen, auf Partys oder wenn man wegfährt, redet man mit Leuten, mit denen man vorher kaum ein Wort gewechselt hat.

Deswegen ist es im Endeffekt egal, ob man die Klassen neu aufteilt. Wenn es geschieht, lernt man sich so kennen. Wenn man die Klassen so lässt, wie sie sind, dann lernt man sich woanders kennen. Es gibt immer Wege, andere Leute kennen zu lernen, zum Beispiel durch das Internet, auf Partys usw. Deshalb ist das das kleinste Problem.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Bitte sehr.

Herr Müller (Fallstein-Gymnasium Osterwieck):

Philipp Müller noch mal. Genau, das ist richtig. Ich frage mich, warum wir hier über die Klassenzusammensetzung diskutieren. Denn das Thema hat überhaupt nichts damit zu tun, ob man mit einem Freund gemeinsam in der Klasse ist oder mit wem man einen Kurs besucht.

Es geht ja um einen selbst. Man will etwas für sich erreichen. Später wird man vielleicht auch von den Freunden getrennt und muss damit leben. Deswegen ist es sinnlos, dass man in diesem Rahmen über die Klassenzusammensetzungen diskutiert.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Zuerst spricht Lisa, dann Melissa.

Frau Seiler (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Ich stimme Philipp übrigens zu. - Ich möchte etwas zu Lea sagen. Dem, was sie gesagt hat, ist durchaus zuzustimmen. Aber die Grundlage dafür wird von der Politik geschaffen. Denn die Bildung ist ja so, wie es die Politik will. Deshalb fordere ich die Politiker auf, uns zu erklären, warum es so ist und warum man es nicht ändern kann.

Also, ich verstehe dieses komplexe System Politik oft nicht. Ich möchte gern wissen, warum sich die Kultusministerien der verschiedenen Länder nicht an einen Tisch setzen und gemeinsam ein einheitliches System schaffen können. Warum geht das nicht?

Das ist eine ganz normale Frage. Aber die hat mir noch keiner beantwortet; die hat auch der Kultusminister in Hannover nicht beantwortet. Er hat zu mir gesagt, er könne in seinem Land das Fach Chemie nur für ein halbes Jahr anbieten, weil zu wenige Lehrkräfte da sind.

Wenn ich aber von Sachsen-Anhalt nach Niedersachsen umziehe, dann fehlt mir ein gesamtes Jahr Chemieunterricht. Das ist doch keine Erklärung. Das darf nicht passieren. Wenn ich das Bundesland wechsele, darf es nicht sein, dass ich mit so starken Unterschieden konfrontiert werde. Das ist in meinen Augen untragbar.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Melissa, bitte.

Frau Stephan (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Das, was Lisa angesprochen hat, ist eigentlich das, was wir wollen, ein einheitliches Schulsystem. Wenn es das gäbe, würde es auch die anderen Probleme nicht mehr geben.

Ich finde, wir müssen jetzt nicht über diese Klassenzusammensetzung diskutieren. Es hat zwar schon etwas damit zu tun, aber wir sollten uns nicht nur darauf ver-

steifen. Das gilt auch für die Klassifizierung. Es gibt so viele Dinge, die man ändern könnte und ändern müsste, zum Beispiel auch in der Schule oder bei den Lehrkräften.

Aber noch einmal zu Lea. Ich bin gerade ein bisschen fassungslos. Denn sie hat gesagt, es ist es so, wie es ist und wenn einige keine Leistung bringen, dann ist es ihre Schuld. - Ja sicherlich. Aber warum bringen sie keine Leistungen? Das sollte man sich wirklich einmal fragen.

(Zustimmung von Frau Mittendorf, SPD)

Sicherlich denken diese Schüler ganz anders als wir. Aber uns wird es auch so vermittelt. Vielleicht wird es ihnen ja gar nicht so vermittelt, wie es uns vermittelt wird. Wir haben einfach ganz andere, bessere Chancen und Möglichkeiten.

Sicherlich können sie in gewissem Maße etwas dafür. Es gibt ja auch Ausnahmen, die herausstechen. Aber die Mehrheit zieht sich zurück. Wir tun eben etwas dafür. Aber im Endeffekt können sie nichts dafür. Ja, sie bringen vielleicht schlechte Leistungen. Aber, wie gesagt, warum tun sie das?

Ich würde sagen, wir sind der Grund dafür. Wir lassen sie spüren, dass wir sie für geringer halten, und wir unterstützen sie nicht. Ich glaube, das müsste eigentlich auch von den Schülern kommen, aber zum größten Teil müsste es auch von außen kommen.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Ich erteile jetzt noch einmal Jonathan das Wort.

Herr Dittmer (Gymnasium Hankensbüttel):

Also, ich finde es zunächst einmal total sinnlos, dass wir jetzt über so einen Pillepalle diskutieren

(Beifall im ganzen Hause)

und die großen Probleme, die es bei der Bildung gibt, total übersehen. Um diese Probleme zu lösen, muss sich die Schule mehr mit der Politik verbinden. Die Politik lebt von Bildung. Ohne Bildung gibt es keine Politik. Deswegen muss die Politik in Sachen Bildung etwas unternehmen, so wie wir es jetzt tun. Aber nicht einfach nach dem Motto: Okay, wir machen einfach mal G 8 und dann gilt eben G 8. - Das ist unmenschlich, das ist bescheuert, das ist doof.

(Heiterkeit)

Diese Probleme mit dem Klassenverband. Wir sind jetzt auch getrennt und lernen in verschiedenen Kursen. Aber das kratzt mich nicht wirklich. Auf jeden Fall gilt, dass sich diese kleine Dinge erst dann beheben lassen, wenn wir wirklich die Grundlagen, die großen Probleme gelöst haben. Deswegen finde ich es bescheuert, darüber zu diskutieren. Politik und Bildung sollten einfach, wie gesagt, mehr miteinander machen.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Die junge Dame mit der weißen Bluse, bitte. - Das hat sich erledigt.

Wir merken jetzt, dass das Ventil auf ist und sich jeder dazu äußern möchte. Das finde ich ganz wichtig. Vielleicht sollten wir aber auch langsam zum Schluss kommen, weil ich denke, dass auch die Politiker die Chance haben sollten, ihre Positionen dazu darzulegen. Das wäre auch nicht uninteressant.

Deshalb nehme ich jetzt noch Ihre Wortmeldung an und die des jungen Mannes in der letzten Reihe. Bitte schön.

Frau Randewig (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Ich bin Maria Randewig. In Sachsen-Anhalt muss man sich in der 4. Klasse entscheiden, ob man das Gymnasium oder die Realschule besuchen will. Es ist ja klar, dass man, wenn man Handwerker werden will, nicht das Abitur macht, und wenn man Arzt werden will, nicht auf die Realschule geht.

Aber man muss sich in der 4. Klasse schon bewusst werden, was man später einmal werden will. Die meisten wissen das in der 11. und 12. Klasse noch nicht einmal. Ich finde es schlimm, dass man da schon diese Differenzierung vornimmt.

(Beifall im ganzen Hause)

Kein Viertklässler weiß mit zehn Jahren schon, was er später einmal werden will. Wenn er jetzt sagt, er hat keine Lust auf das Gymnasium und geht auf die Realschule, obwohl er eigentlich schlau ist, versaut er sich das ganze Leben.

Man kann doch nicht sagen: Du bist dumm, weil du auf eine Hauptschule gehst. Vielleicht ist der Betreffende viel schlauer als wir es sind. Man kann es nicht anhand der Menschen, sondern nur anhand der Leistungen unterscheiden.

Ich denke, bis zu einem gewissen Punkt sollten die Kinder in einer gemeinsamen Klasse sein und zusammen Unterricht haben. Sie wissen nicht, was sie werden wollen. Weshalb macht man schon so zeitig einen Unterschied?

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Danke. - Jetzt die vorerst letzte Wortmeldung. Hoffentlich sind Sie damit einverstanden. Sie können ja dann anschließend die Diskussion noch einmal eröffnen. Bitte schön.

Herr Schmelzer (Fallstein-Gymnasium Osterwieck):

Mein Name ist Marcel Schmelzer. Ich möchte meine Meinung zu den vorhin besprochenen Unterschieden zwischen Ost und West im Bildungswesen sagen.

Ich kenne das aus eigener Erfahrung. Ich hatte einen Freund, der umziehen musste. Dafür gab es persönliche Gründe, nämlich die Arbeit der Eltern. Er ist dann in den Westen gezogen und musste dort eine Klassenstufe wiederholen, weil ganz andere Sachen behandelt wurden. Die Themen, die wir damals behandelt hatten - ich glaube, es war in der 8. Klasse -, die waren dort noch gar nicht an der Reihe. Dafür wurden dort andere Themen unterrichtet, die wir noch nicht gelernt hatten.

Meines Erachtens kann es nicht sein, dass es Probleme gibt, wenn jemand umzieht. Die Kinder sind an die Eltern

gebunden. Es kann nicht sein, dass es, wenn wir ein vereintes Deutschland sein wollen, derartige Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern gibt.

Wir haben zwar die Wiedervereinigung gehabt, aber trotzdem gibt es solche Probleme. Wir müssen erstmal das abschaffen, bevor wir von einem vereinten Deutschland reden können. Dann können wir auch über die anderen kleinen Probleme, die wir schon besprochen haben, reden. Wir müssen bei den großen Problemen anfangen und können dann erst auf die kleinen eingehen.

(Beifall im ganzen Hause)

**Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages
Herr Schwarz:**

Wenn Sie damit einverstanden sind, erteile ich jetzt den Politikern das Wort, damit sie ihre Auffassungen darstellen können. Zunächst hat sich Herr Scheurell von der CDU-Fraktion gemeldet. Dann spricht Frau Fiedler von der Fraktion DIE LINKE. - Bitte schön, Herr Scheurell, Sie haben das Wort.

Herr Scheurell (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Schülerinnen und Schüler! Ich bin kein Bildungspolitiker. Deshalb werden meine Ausführungen auch nicht so pädagogisch streng sein.

Erstens steht es der jungen Generation natürlich immer zu, in Opposition zu denen zu treten, die die Geschicke lenken. Sie können aber froh sein, in einer Demokratie zur Schule gehen zu dürfen. Ich warne Sie, die Sie nur vom Hörensagen wissen, was das DDR-Schulsystem so alles beinhaltete, davor, sich dieses herbeizusehen.

(Zustimmung vom Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg und vom Fallstein-Gymnasium Osterwieck)

Wenn Sie darüber diskutieren, dann machen Sie das bitte in Gänze.

(Frau Mittendorf, SPD: Nein!)

Dann heißt das, dass Sie samstags wieder Unterricht haben; das ist nur eine Randerscheinung und das ist noch das Billigste.

(Frau Fiedler, DIE LINKE: Das war schon in der DDR nicht mehr so, Herr Scheurell! - Heiterkeit)

Sehr geehrte Frau Kollegin Fiedler, ich werde mich bemühen, nachher auch nicht dazwischenzureden, wenn Sie die Fraktion DIE LINKE hier vertreten. Ich habe als Schüler die DDR genießen dürfen und müssen.

(Zuruf vom Fallstein-Gymnasium Osterwieck: Was soll denn das?)

Da war es einfach so, dass überhaupt nur 9 % der Schüler die Chance hatten, das Abitur abzulegen. Die anderen waren davon ausgeschlossen, zum Beispiel weil sie eine idealistische Weltanschauung vertraten. Damals war es ein Kainsmal, wenn man Mitglied einer Kirchengemeinde war. - Das war die DDR.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ja, so war das. Ich habe es erlebt, dass Lehrerinnen abgeholt wurden, nur weil sie im Deutschunterricht eine Parallele gezogen haben zwischen dem Deutschland-

lied, der Kinderhymne und der Ode an die Freude. - So war das.

Wissen Sie, ich wurde im Jahr 1972 vor meinen Mitschülern vom Schuldirektor gemäßregelt, weil ich ein Kind von Bonner Helfershelfern sei. Meine Eltern wurden damals morgens früh um 4 Uhr abgeholt und auf einen Lkw getrieben. Nach viereinhalb Jahren kam mein Vater wieder. - So war die DDR. Ich denke, das wünschen wir uns alle nicht zurück.

(Zustimmung vom Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg, vom Gymnasium Hankensbüttel und vom Fallstein-Gymnasium Osterwieck - Zuruf vom Hainberg-Gymnasium Göttingen: Was soll denn das?)

Zu etwas anderem. Jonathan war hier wohl der kleine Revoluzzer. Bei seiner Rede habe ich gedacht: Ja, das passt. - Ich habe gesehen, dass der Stuhl hier vorn leer ist und gedacht, der Reformator des Bildungssystems kommt auch aus Wittenberg. Aber so war es dann doch nicht.

Niedersachsen kann in dieser Hinsicht von Sachsen-Anhalt lernen. Nehmen Sie das bitte mit - Ihr Vizepräsident wird das vielleicht in die Fraktionen des Niedersächsischen Landtages tragen -: In Sachsen-Anhalt ist die Schülerbeförderung für die Elternhäuser günstiger geregelt. Bei uns sind 100 € im Jahr für die Schülerbeförderung zu zahlen, und zwar in der 11. und 12. Klasse. Für die jüngeren Schüler ist sie kostenlos.

Das ist nicht in allen Bundesländern so. In Sachsen zahlen die Eltern zum Beispiel für die Schülerbeförderung ab dem ersten Schuljahr. In dieser Hinsicht ist Sachsen-Anhalt sehr weit, obwohl es ein armes Bundesland ist. Aber wir haben uns gemeinsam mit unserem Koalitionspartner, der SPD-Fraktion - das wird die sehr geehrte Frau Mittendorf nachher sicherlich auch noch ausführen -

(Frau Mittendorf, SPD, schüttelt den Kopf - Heiterkeit)

trotz klammer Kassen dazu entschlossen, diesen Weg zu gehen, um eben verschiedene Bevölkerungsschichten nicht einkommensbedingt von der Bildung auszuschließen. Das, so denke ich, ist der richtige Weg.

Ich hätte mich ja so gefreut, Jonathan - - Sie gestatten, dass ich einfach Jonathan sage, weil mir Ihr Zuname nicht erinnerlich ist bzw. bei mir nicht ankam?

(Herr Dittmer, Gymnasium Hankensbüttel: Ja!)

Überhaupt ist die Akustik in diesem Raum so, dass Sie alles gut verstehen können. Aber diejenigen, die an der Seite sitzen, verstehen Sie sehr schlecht, wenn sehr schnell gesprochen wird. Das war mir nicht bekannt.

(Zuruf)

- Ja, weil dort sonst die CDU-Minister sitzen?

(Frau Mittendorf, SPD: Die wollen das nicht hören!)

- Nein, nein, die hören gut zu. Die haben Ihnen einiges voraus, sehr geehrte Frau - - Ach, lassen wir das jetzt.

(Heiterkeit)

Ich würde es ja toll finden, wenn die älteren Lehrer wirklich konservativ wären - wenn es geht, christlich-konservativ -; denn dann wären wir besser aufgestellt für die nächste Landtagswahl. - Nein, ich habe eher den Ein-

druck, dass viele eher der 68er-Bewegung zugehörig sind.

(Zuruf von Frau Mittendorf, SPD)

Habe ich Recht? - Manchmal könnte man diesen Eindruck haben. Deshalb gehe ich leider nicht konform mit der These, dass ältere Lehrer

(Glocke des Präsidenten)

- ja ich höre gleich auf - konservativ sind.

Ich habe mir noch so vieles aufgeschrieben. Sie haben Recht, das Abitur muss in ganz Deutschland gleichermaßen gewürdigt werden. Es kann auch nicht sein, dass jemand, der das Abitur abgelegt hat, in einem anderen deutschen Bundesland etwa in Bayern noch einmal eine extra Aufnahmeprüfung absolvieren muss. Das ist eine Diskriminierung und gehört eigentlich verboten.

(Beifall im ganzen Hause)

Es kann nicht sein, dass ein in Bremen erworbenes Abitur, nur weil irgendeine Statistik oder irgendeine Studie das besagt, als minderwertiger angesehen wird als ein Abitur, das in Niedersachsen oder in Sachsen-Anhalt erworben wurde. Das ist eine Anmaßung.

(Zustimmung vom Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg und vom Hainberg-Gymnasium Göttingen)

Ich wollte noch sagen, dass die Schülerbeförderung unser Bundesland 4 Millionen € kostet, zusätzlich zu den Kosten, die wir ohnehin schon tragen.

Eines hat mir sehr gefallen. Das war Ihr Bekenntnis zu Deutschland.

(Zustimmung vom Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg und vom Hainberg-Gymnasium Göttingen)

Ich wünsche mir, dass die Generationen nach uns unverklemmt mit unserer Geschichte und mit unserer Nation umgehen. Denn unsere Nation und unsere Geschichte beinhalten mehr als die zwölf Jahre, die uns immer wieder einholen.

(Frau von Angern, DIE LINKE: Man kann sie aber nicht ausblenden!)

- Die blendet niemand aus. Dazu haben wir eine tief verwurzelte Gedenkkultur. Ich habe auch nicht vor, irgendeinen Gedenktag in Abrede zu stellen.

(Frau von Angern, DIE LINKE: Na gut!)

Aber ich finde es einfach nicht zeitgemäß und nicht angemessen, dass mir jemand, wenn ich irgendwo im Ausland bin, sagt: Ja, ja, Nazi! - Das sind wir nicht. Es ist richtig, dass Sie dafür eintreten. Wir sind keine Nazis.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Zum Stichwort „Schülerbeförderung“ nur zur Ergänzung. In Niedersachsen, Herr Scheurell, haben wir die Verantwortung an die Schulträger, sprich: an die Landkreise und Gemeinden übertragen. Dort werden die Schülerbeförderungskosten geregelt.

(Herr Scheurell, CDU: Es ist ganz schön teuer!)

Ich sage das nur, damit das Plenum weiß, wie es bei uns in Niedersachsen ist. Insofern ist es nicht zwingend eine landestechnische Frage, es sei denn, man würde irgendwann beschließen, dass das Land die Kosten übernehmen solle. Aber das ist aus finanziellen Gründen schon sehr schwierig.

Mir liegt zu dem Beitrag von Herrn Scheurell jetzt noch eine Wortmeldung von Lisa Seiler vor. Bitte schön.

Frau Seiler (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Ich fühle mich jetzt ein bisschen angegriffen - ganz ehrlich -, weil ich es war, die die These mit dem DDR-Schulsystem aufgestellt hat. Ich möchte nicht wissen, wie schlimm es war. Ich weiß es; denn meine Oma war auch Lehrerin. Ich kenne die schlimmen Dinge. Ich möchte mich als Person verteidigen und sagen, dass ich mir nicht wünsche, dass das DDR-Schulsystem wiederkommt. Damals gab es auch Probleme.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich habe nur gesagt, dass ich diesen einen Punkt positiv finde und befürworte. Darüber lohnt es sich nachzudenken. Es lohnt sich vielleicht, daraus Rückschlüsse zu ziehen und sich darüber Gedanken zu machen. Ich kann es nicht beurteilen, weil ich mich nicht auskenne.

Aber noch eines: Ich als junger Mensch habe mir Hoffnung gemacht, dass ich jetzt einmal eine Antwort bekomme. Die Antwort, die Sie mir gegeben haben, war in meinen Augen nicht sachlich. Ich möchte eine Antwort auf die Frage, warum es nicht funktioniert, warum es so kompliziert und so komplex ist, dass ich es nicht verstehe. - Das war die Frage.

(Beifall im ganzen Hause - Herr Scheurell, CDU: Gestatten Sie noch einen Satz?)

Ich hoffe, dass ich sie zum letzten Mal stellen muss. Die Politiker, die jetzt sprechen, bitte ich, einfach einmal die konkrete Frage zu beantworten. Auch wir versuchen, konkret zu sein, obwohl wir vielleicht von manchen Dingen keine Ahnung haben. Also, entschuldigen Sie, dass wir die Dinge manchmal nicht so sagen können, wie Sie es vielleicht gern hätten.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Dafür braucht man sich nicht zu entschuldigen. - Einen einzigen Satz von Herrn Scheurell lasse ich noch zu. Ich zähle aber mit.

Herr Scheurell (CDU):

Entschuldigen Sie bitte, dass ich am Thema vorbei gesprochen habe. Aber gestatten Sie mir zu sagen, dass wir uns gegenseitig Respekt schulden. Dazu gehört, dass wir uns ohne Kaugummi im Mund ansprechen. Das gehört ein Stück weit zur Bildung dazu, vor allem, wenn ich meine, ich sei besser als die unteren Schulgänge.

(Frau Seiler, Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg: Wann habe ich das gesagt? - Zuruf: Nein, das hat sie nicht gesagt! - Unruhe)

**Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages
Herr Schwarz:**

Jetzt eröffnen wir die Diskussion wieder. Eigentlich wollten wir die Parlamentarier hören. Ich lasse jetzt trotzdem Wortmeldungen zu, wenn sie relativ kurz sind. Melissa, Jonathan und dann Evelyn Seifert.

Frau Stephan (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Ich habe Jonathan so verstanden, dass es ein Unding ist, dass wir überhaupt dafür bezahlen müssen, um zur Schule zu kommen. Sicherlich geht es nicht anders. Das ist klar.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Aber es ist einfach so, dass manche Schüler fast neben der Schule wohnen und andere weiter weg. Man kann nichts für den Wohnort. Darum geht es uns eigentlich bei diesem Punkt.

Ich meinte vorhin, dass ich stolz darauf bin, solch ein Schulsystem zu haben. Ich bin jedoch nicht stolz auf unsere Geschichte. Selbstverständlich bin ich kein Nazi. Aber ich werde auch offen sein, Antworten geben und mich auch in dieser Hinsicht verteidigen. Das werden wir nie vergessen. Ich finde, man kann ruhig in die Vergangenheit zurückblicken. Das muss erhalten bleiben, das gehört zu uns und das werden wir immer sein.

(Beifall im ganzen Hause)

**Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages
Herr Schwarz:**

Jonathan, bitte.

Herr Dittmer (Gymnasium Hankensbüttel):

Es ist - Melissa hat es schon angesprochen - ein Privileg, dass wir uns bilden dürfen. Dafür sollten wir wirklich nichts bezahlen. Es gibt einfach ein Recht auf Bildung und für ein Recht muss ich nicht bezahlen.

Es ist Zeit, so denke ich, dass wir wieder stolz auf Deutschland sein können. Das habe ich schon gesagt. In den Jahren 1933 bis 1945 ist viel Schlimmes passiert. Das werden wir nie vergessen. Es ist auch gut, dass wir es nicht vergessen werden.

Aber es ist jetzt eine neue Zeit angebrochen. Wir sind eine ganz neue Generation. Wir haben mit der DDR kaum noch etwas zu tun. Wir haben mit dem Zweiten Weltkrieg eigentlich nichts zu tun, außer dass es unser Land war, das ihn begonnen hat. Aber ich finde, es ist Zeit, wieder stolz auf Deutschland zu sein.

(Beifall im ganzen Hause)

**Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages
Herr Schwarz:**

Ich erteile jetzt Evelyn das Wort und dann der jungen Frau in der weißen Bluse.

Frau Seifert (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Ich finde das, was Melissa und Jonathan gesagt haben, richtig. In Sachsen-Anhalt sind die Fahrkarten bis zur 10. Klasse kostenlos. Aber in der 11. und 12. Klasse müssen wir auf einmal dafür bezahlen.

(Frau Mittendorf, SPD: 100 € im Jahr!)

Für mich stellt sich die Frage, warum. Werden wir dafür bestraft, dass wir aufs Gymnasium gehen? - Das kommt zumindest so an.

(Beifall im ganzen Hause)

**Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages
Herr Schwarz:**

Jetzt die letzte Wortmeldung. - Das hat sich erledigt. Dann erteile ich jetzt Frau Fiedler das Wort. Bitte schön, Frau Fiedler.

Frau Fiedler (DIE LINKE):

Danke, Herr Präsident. - Liebe junge Leute! Ich würde so gern noch einmal - ich war es 40 Jahre lang - Lehrerin sein, um Sie zu unterrichten. Es ist einfach fantastisch, hier zu sein und euch zu erleben; wunderbar.

Jonathan, Sie haben vorhin in einem Halbsatz gesagt, es wäre so die gängige Meinung, dass man nicht für die Schule, sondern für das Leben lerne. Ich frage Sie: Was ist denn Bildung? Wofür lernen wir eigentlich?

Bildung - ich weiß nicht, ob sie diesen schönen Satz kennen - ist das, was übrig bleibt, wenn man alles vergessen hat, was einem in der Schule eingetrichtert wurde. Ich denke, bei Ihnen bleibt ganz viel übrig.

Ich habe zum Beispiel in meiner Zeit als Lehrerin mit meinen Schülern - ich war Deutschlehrerin - das freie Sprechen trainiert. Jeder Schüler musste - natürlich muss man im Unterricht ständig frei antworten -, aber bei Kurzvorträgen oder in Diskussionsrunden frei sprechen. Ich denke einmal, das freie Sprechen bleibt Ihnen. Es ist eine richtige tolle Überraschung, Sie dabei zu erleben.

Für wen oder wofür lerne ich eigentlich? - Vorhin ist gesagt worden, man lernt auch für Deutschland. Ja richtig, sicher lernt man auch für sein eigenes Land. Aber lernt man nicht in erster Linie für sich selbst? Versucht man nicht, für sich selbst so viel wie möglich an Bildungserfolg und an Erfolgserlebnissen mitzunehmen, damit es einem selbst Stärke gibt?

Ich sage immer, dort, wo keine Ich-Stärke ist, wo man sich nicht seiner selbst bewusst ist, kann auch keine Du-Stärke sein und dort kann auch keine Gemeinsamkeit entstehen.

Wir brauchen Gemeinsamkeit. Sie wünschen sich in der Schule, dass Ihre Klassen möglichst nicht aufgeteilt werden und dass der Klassenlehrer nicht ständig wechselt. Sie wünschen sich Gemeinsamkeit in Ihrem sozialen Umfeld, in Ihrer Peer Group oder in der Familie.

Wofür brauchen wir die Gemeinsamkeit? Einfach nur, um Freundschaften zu pflegen? - Ja sicher, auch. Ich habe Freundschaften, die über 50 Jahre zurückreichen. Ich bin richtig stolz darauf, dass sie so lange gehalten haben.

Aber Gemeinsamkeit ist besonders wichtig, damit man sich gegenseitig hilft. Ich finde, das muss die Schule leisten können. Man muss in der Schule so lernen können, dass man sich gegenseitig helfen kann. Das scheint mir wichtig zu sein. Diese gegenseitige Hilfe ist nur dort möglich, wo Gemeinsamkeit überhaupt möglich ist.

Ich bin Ihnen unter Nennung meiner Partei- bzw. Fraktionszugehörigkeit vorgestellt worden. Uns schwebt das

längere gemeinsame Lernen vor, mindestens von der 1. bis zur 9. Klasse. Denn ich denke, dann kann Gemeinsamkeit entstehen, dann lernt man auch, mit anderen umzugehen.

Es wurde auch der Begriff „Leistung“ angesprochen. Was ist denn Leistung? Heißt „Leistung bringen“, in der Schule Einsen zu haben? Oder heißt es nicht auch, soziale Kompetenz zu haben, den anderen anzunehmen, sich in den anderen hineinzuempfinden, empathiefähig zu sein? - Das, so scheint mir, ist auch Leistung.

(Beifall im ganzen Hause)

Eine Leistung kann auch jemand zeigen, der zum Beispiel in Deutsch eine Vier hat, der sich keine englischen Vokabeln merken kann oder der mathematische oder physikalische Formeln durcheinanderbringt. Wenn dieser Mensch im handwerklichen Bereich etwas Ordentliches zustande bringt, dann ist das doch auch eine Leistung.

Man bekommt das schon in der Schule gewissermaßen eingeimpft; nicht unbedingt vordergründig, das gebe ich gerne zu. Kein Lehrer wird Ihnen sagen, Sie seien etwas Besseres, weil sie am Gymnasium sind. Aber irgendwie ist unterschwellig doch der Gedanke da, na ja, die in der Hauptschule - es klang vorhin schon einmal an - sind ja selber daran Schuld, dass sie dort sind.

Liebe junge Leute! Kein Mensch ist allein aus sich heraus für sein Glück verantwortlich. Sicherlich gibt es viele Komponenten, die dabei eine Rolle spielen. Aber es gibt auch ganz viele Lebensumstände, die den einen eine andere Richtung einschlagen lassen als den anderen. Dennoch sind diese Menschen wertvoll; und dennoch erbringen sie auf irgendeine Art und Weise Leistungen.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich lasse meine anderen Anmerkungen jetzt einfach einmal weg und wünsche Ihnen alles Gute. Ich wünsche Ihnen einen guten Lebensweg, viel Erfolg und viel Spaß. - Machen Sie etwas aus sich!

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Frau Feußner, Sie sind jetzt an der Reihe.

(Frau Mittendorf, SPD: Da war noch eine Frage!)

- Evelyn, bitte.

Frau Seifert (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Ich habe noch eine Anmerkung. Man darf doch auch nicht vergessen, was die Gesellschaft unter dem Begriff „Leistung“ versteht. Die Unternehmen schauen nicht auf die Noten für Sozialverhalten. Okay, sie freuen sich, wenn man dort eine Eins hat. Aber wenn man dann in Deutsch, Mathematik oder Englisch eine Vier hat, wird man trotzdem aussortiert. Liegt darin nicht das Problem begründet?

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Bitte sehr.

Frau Hellwig (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Laura Hellwig. Ich möchte nur daran erinnern, dass es den Spruch gibt: Schule - Eins, Leben - Fünf. Ich denke, wenn man studiert hat, einen Job sucht und sich in einem Vorstellungsgespräch absolut nicht vermarkten kann bzw. schlechtes Benehmen an den Tag legt, dann bekommt man auch keinen guten Job. - Danke.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Bitte sehr.

Frau Greschok (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Ich bin Anna-Marie Greschok. Ich denke, selbst wenn man für das Sozialverhalten gute Noten bekommt und sozial engagiert ist, aber in Mathematik, Wirtschaft oder Physik eine Vier auf dem Zeugnis hat, wird man keinen Job bekommen. Denn kein Unternehmen wird jemanden einstellen, der einfach nicht die Leistungen bringt bzw. das Wissen nicht hat, selbst wenn der Betreffende sozial engagiert und ein herzlicher Mensch ist.

Die Gesellschaft ist nun einmal leistungsorientiert. Man muss Leistungen erbringen, man muss etwas können und man muss sich vor allem behaupten. Ich habe immer wieder gehört, es ist eine Ellenbogengesellschaft, in der man sich durchkämpfen muss.

Eigentlich ist man so ziemlich ein Einzelkämpfer. Jeder kämpft darum, den nächst besseren Posten im Unternehmen zu ergattern, um mehr Geld auf dem Konto zu haben und vielleicht auch um sagen zu können: Das habe ich erreicht.

Deswegen geht der soziale Faktor auch so ziemlich unter. Ich denke, dass wir daran nicht wirklich viel ändern können, weil es ein Allgemeinbild ist. Man müsste die Bevölkerung Deutschlands komplett einer Gehirnwäsche unterziehen, wenn man das erreichen wollte.

Das ist - das will ich zur Verteidigung der Politik sagen - nicht unbedingt ihr Problem, sondern es ist eher gesellschaftlich bedingt, weil es in allen Köpfen verankert ist. Somit wird es wahrscheinlich schwieriger zu ändern sein als andere Dinge.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Zunächst hat sich Tobias zu Wort gemeldet und dann noch ganz rechts jemand. Bitte.

Herr Gabler (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Ich bin auf jeden Fall ein Verfechter der Kopfnoten, und zwar aus folgendem Grund: Für mich klang das jetzt so ein bisschen wie „entweder oder“. Aber nichts im Leben ist wirklich entweder so oder so, sondern es gibt immer eine Abstufung. Klar, wenn man Architekt werden möchte, sind die Noten in Mathematik, Physik und Kunst bestimmt am wichtigsten. In diesen Fächern sollte man keine Vieren oder Fünfen haben.

Ich denke aber, dass ein Durchschnittsschüler, der Einsen oder Zweien hat

(Heiterkeit bei allen Fraktionen)

- okay, sagen wir 2,5 - sicherlich auch keinen Job bekommen würde, wenn sein Betragen mit einer Fünf bewertet wurde, also wenn er menschlich gesehen eine Katastrophe ist. Das ist meine Meinung. Denn irgendwie gehören diese Werte einfach dazu.

Ich glaube sehr wohl, dass auch das eine Aufgabe der Politik ist. Es ist vielleicht nicht das vorrangige Problem, mit dem man sich am meisten beschäftigen muss. Aber ich denke, dass darüber gesprochen werden muss und dass es gefördert werden sollte. Denn ich finde es nicht gut, dass das Soziale untergeht und dass es eine ganze Menge Einzelkämpfer gibt. Das ist einfach nicht hilfreich.

(Beifall im ganzen Hause)

**Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages
Herr Schwarz:**

Jetzt erteile ich der jungen Dame hier rechts das Wort. Bitte.

Frau Körner (Gymnasium Hankensbüttel):

Ich bin Janne K. Man kann die sozialen Bedingungen wahrscheinlich nicht ändern, aber man sollte diesen Aspekt auch nicht untergehen lassen. Das einzige, was man tun kann, ist, dem sozialen Bereich mehr Zeit einzuräumen.

Zum Beispiel hat G 8 die Probleme nicht entschärft, sondern eher verschlimmert. Wir haben weniger Zeit für den Unterricht. Wir haben kaum Zeit für Gruppenarbeiten. Wir arbeiten in einer Unterrichtsstunde sechs Seiten im Lehrbuch durch.

Wie sollen wir das noch aufarbeiten? Wenn ich nach Hause komme, denke ich: Oh Gott, wie soll ich das alles schaffen? Wie soll ich das nacharbeiten? Wo soll ich die Zeit zum Lernen hernehmen?

Wenn ich nicht sofort alles mitkriege und verstehe und deshalb bei den Klausuren durchfalle, dann falle ich durch das Raster dieser Gesellschaft und muss auf eine andere Schule gehen. Dann stehen mir die Möglichkeiten, die ich gern hätte, nicht mehr offen. - Danke schön.

(Beifall im ganzen Hause)

**Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages
Herr Schwarz:**

Ich denke, das waren alle Wortmeldungen aus dem Plenum. - dann ist jetzt Frau Dr. Hüskens von der FDP-Fraktion an der Reihe.

(Frau Dr. Hüskens, FDP: Nein, Frau Feußner!)

- Verzeihung, Frau Feußner. Ich hatte Sie auf meiner Liste schon gestrichen und ich weiß nicht, warum.

(Heiterkeit)

Frau Feußner, bitte, dann Frau Dr. Hüskens.

Frau Feußner (CDU):

Liebe Jugendliche! Einer von Ihnen - ich habe mir leider die Namen nicht alle gemerkt; bitte sehen Sie mir das nach - hat gesagt, die heutigen Probleme könnten nicht gelöst werden; wir müssten mehr in die Zukunft

schauen. Ich kann nur sagen, die Politik - unabhängig davon, welche Partei derzeit in welchem Bundesland Regierungsverantwortung hat - muss die Probleme der Vergangenheit bewältigen und darüber hinaus in die Zukunft schauen. Das ist nicht immer so einfach.

Sie wollen Antworten von der Politik haben. Sie stellen die Frage, warum Ihnen das niemand erklärt und warum die Bildungspolitik nicht einheitlich gemacht wird. So wie es jetzt in dieser Debatte war, ist es auch in dem Parlament, das sonst hier sitzt. Man streitet sich über die unterschiedlichen Auffassungen.

In diesem Jugendparlament gibt es ebenfalls keine einheitlichen Auffassungen zu den verschiedenen Themen, die Sie angesprochen haben. Nicht anders ist es in der wirklichen Politik. Wer sich ein bisschen mit der Demokratie auseinandergesetzt hat, weiß, dass dann zum Schluss eben die Mehrheit Entscheidungen trifft, die dann entsprechend umgesetzt werden. Politik ist nicht einfach. Das erleben Sie jetzt selbst an dieser Stelle.

Wenn es um Sozialkompetenz und Wirtschaftsunternehmen geht, dann wird meist der Blick in Richtung Gesellschaft gelenkt. Die Gesellschaft - dass will ich Ihnen nur sagen - sind wir alle. Ihre Eltern, Ihre Großeltern, Sie alle und auch ich, wir gestalten unsere Gesellschaft alle miteinander. Die Politik selbst kann immer nur den Rahmen setzen. Sie kann aber die Gesellschaft an sich nur wenig verändern. Das können wir nur alle gemeinsam.

Sie sind die Zukunft in unserer Gesellschaft. Ich kann Sie nur auffordern, Ihre Verantwortung auch wahrzunehmen und das, worüber Sie heute debattiert haben, entsprechend umzusetzen. Dabei sollten Sie immer daran denken, dass jeder einen kleinen Beitrag in unserer Gesellschaft leisten kann, sollte und muss.

An dieser Stelle komme ich gleich auf das Schulthema zurück. Hier wurde immer nur von den Rechten gesprochen. Ich habe nicht einmal von Ihnen gehört, dass es auch eine Schulpflicht gibt. Sie haben also nicht nur das Recht, in die Schule zu gehen, sondern es gibt auch eine Schulpflicht, und diese Pflicht ist genauso einzuhalten.

Natürlich haben Sie alle Rechte, aber es gibt auch gewisse Pflichten. Die Pflicht gegenüber unserer Gesellschaft, die Pflicht gegenüber unseren Bundesländern und gegenüber der Bundesrepublik Deutschland. Ich denke schon, dass Sie sich auch einmal selbst fragen sollten, ob Sie alle Ihre Pflichten regelmäßig einhalten. Ich beziehe mich an dieser Stelle auch mit ein. Wenn man sich einmal überlegt, welche Pflichten man vielleicht an der einen oder anderen Stelle nicht so ganz einhält, dann kann man schon einen kleinen Beitrag dazu leisten.

Im Laufe der Debatte wurde von Ihnen ein einheitliches Schulsystem gefordert. Dann sprach man von einem einheitlichen Abitur; das ist immer noch etwas anderes. Aber ich glaube, sie wollten darauf hinaus, dass man vonseiten der Bundesregierung in allen Bundesländern ein einheitliches Schulsystem installieren sollte. Darüber wird auch in der Politik sehr kontrovers diskutiert.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass wir in einem föderalen Staat leben, dass wir die einzelnen Bundesländer haben. Die Kultur- und Schulhoheit liegt bei den Ländern. Wer sich ein bisschen damit beschäftigt hat, der weiß, dass es zwei Föderalismuskommissionen gab. Dort wurde noch einmal eindeutig von allen Bundesländern

festgehalten, dass das auch so bleiben soll. So wird es auch zukünftig sein.

Ich will aber auch auf ein Risiko hinweisen, das selbst dann bestehen würde, wenn es andersherum gekommen wäre. Wir haben in Sachsen-Anhalt - die Schüler aus Sachsen-Anhalt wissen das vielleicht - aufgrund unterschiedlicher politischer Konstellationen verschiedene Bildungssysteme durchlaufen. Sie wurden häufig geändert.

Das war für unser Schulsystem nicht unbedingt hilfreich. Das haben wir Politiker selbst im Nachhinein erkannt. Ich hoffe, dass auch die Politiker, die zukünftig Verantwortung tragen werden, es so sehen, dass ständige Veränderungen im Bildungsbereich nicht gut sind.

Selbst wenn für den Schulbereich der Bund zuständig wäre, ist man vor Veränderungen auch nicht gefeit, weil es auch auf der Bundesebene unterschiedliche politische Konstellationen gibt und damit unterschiedliche politische Ansichten zur Schulbildung. Das ist das Problem.

Derzeit haben wir eine schwarz-gelbe Bundesregierung, die bestimmte Vorstellungen von der Bildungspolitik hat. Vielleicht haben wir demnächst eine rot-grüne Bundesregierung. Die hat wieder ganz andere Vorstellungen. Dann würde das Bildungssystem ebenfalls wieder verändert werden. Das heißt, eine bundeseinheitliche Regelung schützt uns nicht vor Veränderungen.

Das kann man einerseits bedauern. Andererseits befördert die bestehende Situation - es mag sein, dass man das als Schüler vielleicht nicht ganz so sieht - den Wettbewerb zwischen den Bundesländern.

Ich glaube, wenn man sich die Systeme der einzelnen Bundesländer anschaut und die Pisa-Ergebnisse miteinander vergleicht, wird deutlich, dass es Bundesländer gibt, die sehr weit oben stehen, zum Beispiel Sachsen, Bayern, Baden-Württemberg oder Thüringen. Sachsen-Anhalt ist auch nicht mehr ganz so schlecht; wir haben uns recht weit nach vorn gearbeitet. Niedersachsen hat noch ein bisschen Nachholbedarf.

(Heiterkeit)

Ich bin der Meinung, dieser Wettbewerb befördert auch das Bestreben der für die Schulpolitik Verantwortlichen in den jeweiligen Ländern, mehr zu tun. Ich halte das für gut.

Sicherlich kann man sich darüber beschweren, dass man, wenn man von einem Bundesland in ein anderes umzieht, Schwierigkeiten hat. Das hat nichts mit einem einheitlichen Bildungssystem zu tun. Das kann man abstellen und das fordern wir auch.

Bei der CDU gibt es eine so genannte Sprecherrunde, in der sich die bildungspolitischen Sprecher aller Bundesländer halbjährlich treffen. Diese Sprecherrunde hat ein Papier verabschiedet, in dem unabhängig von den Inhalten eine gleiche Stundentafel gefordert wird. Die Inhalte selbst kann man natürlich nicht vorschreiben, sonst würde man die Kulturhoheit der Länder und den Wettbewerb abschaffen.

Wir brauchen jedoch einheitliche Bildungsstandards, die im Übrigen schon von der Kultusministerkonferenz erarbeitet werden. Das ist also bereits auf den Weg gebracht worden.

Auch die Vergleichbarkeit des Abiturs ist auf den Weg gebracht worden. Ich denke, dass es bald - zumindest

wird es angestrebt - ein einheitliches bundesweites Abitur geben wird. Das dauert ein bisschen, weil man dafür bestimmte Anpassungen vornehmen muss.

Ich stehe als Vertreterin dieser Gruppe vor Ihnen. Wir fordern das auch und wenn es die anderen politischen Parteien ähnlich sehen, wird es um so leichter werden, das umzusetzen.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich möchte vielleicht zum Schluss noch eines sagen: Bei dem letzten Tagesordnungspunkt geht es um Toleranz, Chancengerechtigkeit und Demokratie. In der Debatte ist viel über das Verhältnis zwischen Hauptschülern, Realschülern und Gymnasiasten gesprochen worden.

Ich habe vorhin an Sie appelliert, sich als Teil unserer Gesellschaft zu sehen. Wenn man Menschen nach ihrer Schulbildung kategorisiert, dann kann man, so glaube ich, nicht unbedingt von Toleranz, von gegenseitigem Füreinander-Einstehen oder von freundschaftlichem Miteinander - egal, wie man es bezeichnen will - sprechen.

Ich bin es eigentlich leid, die Debatte über Schulstrukturen immer unter dem Aspekt zu führen, der Hauptschüler ist weniger Wert als der Gymnasiast. Wir müssen den Menschen in den Blickpunkt nehmen. Der Mensch ist ein Individuum, das nach seinen Begabungen und Neigungen gefördert werden sollte und dem entsprechend Hilfe zuteil werden muss.

(Zuruf vom Hainberg-Gymnasium Göttingen: Ja, richtig!)

Es ist wichtig, dass wir ordentlich miteinander umgehen. Wenn man eben sagt, dieser oder jener gehe ja nur in die Hauptschule oder nur in die Realschule, dann ist das, so glaube ich, schon ein Stück weit menschenunwürdig. Da sollte sich jeder einmal an die eigene Nase fassen.

Ich wünsche mir für alle Schulformen gleiche Voraussetzungen. Übrigens sind wir auch dabei, das zu realisieren. Wir haben ein Sekundarschulprogramm aufgelegt, an dem zum Teil auch Grundschulen und Gymnasien teilgenommen haben. Wir wollen gleiche Verhältnisse für alle Schulformen. Das kommt auch allen Schülern zugute, weil wir diesbezüglich keine Unterschiede machen wollen. - Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Vizepräsident des Niedersächsischen Landtages Herr Schwarz:

Liebe Schülerinnen und Schüler! Ich werde um 18 Uhr einen Termin in Nordwesten von Niedersachsen wahrnehmen. Deshalb muss ich mich an dieser Stelle verabschieden.

Ich möchte mich sehr herzlich für die engagierte Diskussion bedanken. Die Bandbreite bei diesem Thema ist riesig. Sie haben exzellente Argumente vorgebracht. Ich werde eine ganze Reihe davon mitnehmen.

Ich möchte vielleicht nur eine Anmerkung machen, weil ich mich gerne an der inhaltlichen Diskussion beteiligt hätte. Wir haben Finnland, das berühmte Pisa-Siegerland, besucht. Man kann über Pisa denken wie man will, aber in einem Punkt, so denke ich, sind uns die Finnen in der Tat etwas voraus.

Beispielsweise haben wir mit jungen Lehramtsstudenten gesprochen und gefragt, warum sie eigentlich Lehrer

werden wollen. Die Antwort war: Weil ich mich damit an der Gestaltung unseres Landes beteilige. - Ich finde, ist das eine sehr bedenkenswerte Aussage, die übrigens in dieser Diskussion auch teilweise zum Ausdruck gekommen ist.

Ich bin hierher gekommen, weil ich mich einerseits sehr herzlich bedanken wollte, sowohl beim Präsidenten Herrn Steinecke als auch bei allen Beteiligten. Andererseits wollte ich Ihnen gegenüber meinen Respekt bezeugen. Denn ich halte es für richtig, dass sich junge Menschen an der politischen Diskussion beteiligen und dass Ihnen die Politiker einmal zuhören.

Ich wünsche Ihnen noch einen ganz tollen Tag und viel Erfolg. Ich hoffe, man sieht sich bei der einen oder anderen Veranstaltung wieder. - Vielen Dank und auf Wiedersehen.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Ich möchte zunächst dem Herrn Vizepräsidenten herzlich Dank sagen.

Die Diskussion ist nicht abgeschlossen. Wir sind noch nicht am Ende des dritten Themas. Wir wollen jetzt die Ausführungen von Frau Dr. Hüskens hören. Frau Mittendorf hat ebenfalls um das Wort gebeten. Frau Dr. Hüskens, Sie haben das Wort.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will es jetzt mit Blick auf die Uhr kurz machen. Frau Feußner hat den einen oder anderen Punkt schon erwähnt. Mir sind in der Diskussion drei Aspekte aufgefallen, auf die ich eingehen möchte.

Erstens ist mir aufgefallen, dass fast alle Redner, die heute gesprochen haben, tatsächlich klassifizieren, nämlich in Menschen, die ein Abitur haben, und in Menschen, die kein Abitur haben.

Ich möchte eines noch einmal ganz klar sagen: Wir sollten einmal versuchen, das zu leben, was in unserem Grundgesetz steht. Wenn wir akzeptieren, dass jeder Mensch gleich viel Wert ist, unabhängig davon, was er kann, und unabhängig davon, welchen ökonomischen Beitrag er für diese Gesellschaft leistet, dann leben wir unsere Verfassung, unser Grundgesetz. Dazu kann jeder von Ihnen seinen Beitrag leisten.

(Beifall im ganzen Hause)

Zweitens. Zum Sozialverhalten und der Auffassung, man könne da nichts machen. Doch, Sie können alle etwas tun. Ich finde, wir sind eine ganze Menge Leute hier im Raum. Wenn Sie alle in Ihrem zukünftigen Leben an den Stellen, an denen Sie tatsächlich entscheiden können, sich eben nicht nur für den eigenen kurzfristigen Vorteil entscheiden, sondern vielleicht auch die Interessen des anderen berücksichtigen, dann haben Sie schon etwas dazu beigetragen. Die Ellenbogengesellschaft macht jeder für sich selbst.

Wir müssen überlegen, ob wir uns nicht selbst etwas schönreden, wenn wir sagen: Ich kann ja nicht anders; die anderen tun das auch und wenn nicht es ich tue, dann tun es die anderen. Jeder von Ihnen ist bald erwachsen, er kann für sich selbst entscheiden und er kann mit sich selbst darüber ins Reine kommen, wie er

mit diesem Thema umgehen möchte. - Das möchte ich Ihnen gern mit auf den Weg geben.

(Beifall im ganzen Hause)

Drittens. Zu dem Recht, in die Schule zu gehen. Ich war überrascht, mit welcher Vehemenz das vorgetragen worden ist. Ich bin Finanzpolitikerin und keine Bildungspolitikerin. Ich werde mich aus dem Thema auch heraushalten, weil ich keinen Ärger mit den Damen und Herren hier vorn haben will.

(Frau Mittendorf, SPD: Nö! - Frau Feußner, CDU, lacht)

- Morgen wieder, heute nicht. - Wenn Sie nur das Recht hätten, in die Schule zu gehen, dann würde ich Sie laufen lassen. Denn dann würden Sie bestimmt auch laufen, um dieses Recht wahrnehmen zu können. Nein, Sie haben die Pflicht, in die Schule zu gehen.

Das ist übrigens der Grund dafür, weshalb das Land Sachsen-Anhalt, das die Kommunen bei der Umsetzung dieser Pflicht nicht im Regen stehen lassen wollte, ursprünglich die Fahrkosten bis zur 10. Klasse finanziert hat. Jetzt wird eben der Bereich, für den keine Schulpflicht mehr besteht, auch mit ausfinanziert. Das Land bezahlt nicht deshalb, weil Sie ein Recht darauf haben, sondern weil in dem Fall eine gesetzlich normierte Pflicht besteht.

Ich möchte Sie noch auf einen Punkt aufmerksam machen. Das Geld, von dem die Fahrkosten bezahlt werden, drucken wir nicht im Keller des Landtages. Das würde ich mir manchmal wünschen und, ich glaube, der Finanzminister würde bestimmt mitmachen. Aber das können wir nicht. Wir ziehen das Geld zuvor Ihren Eltern aus den Taschen. Deshalb zahlen Ihre Eltern das schon alles; das ist so.

Es gibt eine ganze Reihe von Leistungen, die in den Ländern unterschiedlich organisiert sind. Wir haben vom Vizepräsidenten des Niedersächsischen Landtages vorhin gehört, dass das Land Niedersachsen die Schülerbeförderung wie den öffentlichen Personennahverkehr kommunal verortet hat. Das heißt, die Kommunen müssen dieses Geld aus den kommunalen Einnahmen bezahlen. Wir sehen das in Sachsen-Anhalt anders. Aber das ist eben Länderhoheit.

Der Anspruch auf eine Leistung des Staates bedeutet jedoch immer, dass andere diese Leistung bezahlen. In diesem Fall sind es Ihre Eltern. Das werden - davon gehe ich aus - zukünftig Sie alle sein.

Man bekommt in dem einen oder anderen Fall einen etwas anderen Blick darauf und fragt sich, ob es gerechtfertigt ist, dafür Steuergelder auszugeben. Deshalb machen wir es uns, wenn wir staatliche Leistungen beschließen, nicht so einfach. Wir sagen eben nicht, es gibt ein Recht und wir bezahlen, sondern wir überlegen jedes Mal, ob es wirklich auf diese oder jene Weise organisiert werden muss, ob das Geld ausgegeben werden muss.

Das ist auch in Ihrem Interesse. Denn wenn wir leichtsinniger mit dem Geld umgehen würden, dann hätten sie zukünftig weitaus höhere Zinszahlungen zu leisten und viel höhere Schulden zu tragen, dann würden Sie eines Tages, wenn Sie etwas älter sind, wahrscheinlich die Damen und Herren verfluchen, die jetzt gewisse Entscheidungen treffen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Vielen Dank, Frau Dr. Hüskens. - Bevor ich jetzt Frau Mittendorf das Wort erteile, wollte ich Ihnen, liebe Jugendparlamentarierinnen und Jugendparlamentarier, unsere Kultusministerin Frau Professor Dr. Birgitta Wolff vorstellen. - Schön, dass Sie da sind.

(Beifall im ganzen Hause)

Sie werden nachher das Wort ergreifen. Wir werden das noch einmal zusammentragen, weil es eine ganze Menge Fragen gibt, die Sie vielleicht heute nicht alle beantworten können. Aber die eine oder andere werden Sie sicherlich in Ihrer Rede aufgreifen können.

Sie haben noch eine Frage an Frau Dr. Hüskens? - Bitte schön.

Teilnehmerin:

Sie haben davon gesprochen, dass wir eine Schulpflicht haben. Wir erfüllen doch unsere Pflicht; wir gehen alle in die Schule. Deswegen verstehe ich nicht, warum Sie dann die ganze Zeit über von der Pflicht reden und nicht von unseren Rechten. Wir versuchen sozusagen, unsere Bildung zu verbessern, weil wir das Recht auf Bildung haben. Unsere Schulpflicht erfüllen wir doch. Das verstehe ich nicht.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Die ursprüngliche Frage war ja, ob der Staat, weil Sie ein Recht auf Bildung haben, auch noch die An- und Abreise zu finanzieren hat. Die Argumentation ist - das Land Sachsen-Anhalt bezahlt anders als Niedersachsen das Geld für die Schülerbeförderung an die Landkreise -, das Land bezahlt nicht aufgrund des Rechts auf Bildung, sondern aufgrund der Schulpflicht.

Sie haben per Gesetz die Pflicht, bis zum 16. Lebensjahr in die Schule zu gehen. Genau deshalb bezahlt das Land die Schülerbeförderung, damit Sie dieser Schulpflicht unabhängig von dem Einkommen Ihrer Eltern in der Schulform Ihrer Wahl nachkommen können. Deshalb stellt das Land den Landkreisen das Geld zur Verfügung. Das war der Zusammenhang.

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Vielen Dank. - Jetzt hat Frau Mittendorf das Wort. Bitte schön.

Frau Mittendorf (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Meine Damen und Herren! Liebe junge Leute! Es ist genau so, wie Frau Dr. Hüskens es gesagt hat. Alle Menschen sind gleich viel wert. Sie haben die gleichen Rechte und die gleichen Pflichten, wenn sie sie erfüllen können. Nichtsdestotrotz führt das Leben in der Gesellschaft dazu, dass es mitunter den Anschein hat, es sei eben nicht so.

Ich werde versuchen, ein paar Gründe zu nennen. Ich hoffe, dass es alle aushalten, ohne aufzuschreien. Weil alle Menschen in ihrer unterschiedlichen Ausprägung gleich viel wert sind, ist es einfach notwendig, Respekt voreinander zu haben - das ist vorhin auch angesprochen worden -, Respekt vor der Person und vor der Meinung, auch wenn sie mir selbst vielleicht nicht gefällt. Ich

habe kein Recht dazu, die Meinung des anderen abzuqualifizieren. - Das ist die erste Bemerkung.

(Zustimmung bei allen Fraktionen)

Zweite Bemerkung. Wir haben eine Schulpflicht, die aber nicht bis zum Abitur gilt. Das heißt, wenn Sie sich auf dem Gymnasium bis zum Abitur weiterbilden, ist das ein Recht, das Ihnen das Schulgesetz eröffnet. Aber aus juristischer Sicht ist es keine Pflicht. Deshalb sind besondere Bedingungen daran geknüpft.

Ich habe vorhin das soziale Auseinanderdriften der Gesellschaft angesprochen. Wir stellen zunehmend fest, dass immer weniger Kinder aus sozial schwachen und bildungsfernen Schichten auf ein Gymnasium gehen bzw. es bis zum Abitur schaffen und noch weniger studieren.

Um diesem Missstand abzuwehren, der auch in Sachsen-Anhalt massiv anzutreffen ist, hat sich die Koalition nach langen Diskussionen dazu durchgerungen, den Eigenanteil für die Schülerbeförderung - die Kosten betragen bis zu 1 400 € - auf 100 € im Jahr zu beschränken.

Ich glaube, das war richtig, auch wenn sich manch einer wünscht, das Land würde auch die 100 € noch übernehmen. Ich wünsche mir das auch. Aber es gibt immer auch einen Kompromiss; der bestand in dem Eigenanteil von 100 €.

(Beifall im ganzen Hause)

Zu der so genannten Ellenbogengesellschaft und zu den Einzelkämpfern. Ja, es ist richtig; das sind leider Kennzeichen dieser Gesellschaft. Aber wir selbst haben es in der Hand, das zu ändern. Eigentlich spiegelt die Schule nur die Gesellschaft wider. Das Leben in der Schule ist für die jungen Leute, für die Kinder ihr Leben.

So wie Schule in Deutschland und auch in Sachsen-Anhalt organisiert ist, sorgt sie dafür, dass Einzelkämpfer entstehen. Das hat etwas damit zu tun, dass wir im Gegensatz zu fast allen anderen Ländern in Europa nach der Grundschule, in der die Kinder alle gemeinsam lernen, die Eltern zwingen - es sind nicht die Kinder -, zu entscheiden, auf welcher Schulform es weiter geht. Das ist politisch von bestimmten Entscheidungsträgern gewollt und das wird auch in allen 16 Bundesländern so praktiziert.

Mein Kollege Scheurell hat vorhin zu Recht das DDR-Schulsystem kritisiert. All die Punkte, die er benannt hat, waren richtig. Aber das ist nur ein Teil der Wahrheit. Der andere Teil der Wahrheit ist - den Erfolg kann man in den nordischen Ländern wie in Finnland sehen -, dass die Kinder - nur um diesen Zeitraum geht es eigentlich -, von der Klassestufe 5 bis zur Klassestufe 8 gemeinsam beschult wurden.

Dabei war es egal, was sie später einmal werden wollten. Der Vorteil war, dass jedem mehr Wissen angeboten wurde und dass jeder individuell für sich durch eine entsprechende Unterrichtskultur entscheiden konnte, auch mehr zu leisten. Die Differenzierung passierte durch die Individualität des Schülers, sofern man die Leistungen, die Noten nicht überbewertet.

Ein Ergebnis bestand darin, dass die Bildung in der Breite erheblich umfangreicher war, als sie es heute ist - das müssen wir einfach so deutlich sagen -, und dass auch die Bildung in der Spitze besser war. Es ist ein Problem der Bundesrepublik Deutschland, dass wir zu wenige Spitzenleistungen und zu viele Verlierer im System ha-

ben, die noch nicht einmal die unterste Kompetenzstufe erreichen. Das sind 20 bis 25 % der Schüler in Sachsen-Anhalt.

Ja, wenn wir diesen Zwang ausüben - und den üben wir per Schulgesetz aus -, dass diese Entscheidung prinzipiell bei Zehnjährigen zu treffen ist - es gibt zwar eine gewisse Durchlässigkeit zwischen den Schulformen, aber das ist sehr problematisch und funktioniert im Regelfall nicht gut -,

(Frau Feußner, CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

dann brauchen wir uns nicht zu wundern, dass die Kinder oder die Jugendlichen mitunter selbst merken, dass sie die Übriggebliebenen sind. Das brauche ich ihnen gar nicht zu sagen.

(Frau von Angern, DIE LINKE: Eben!)

Alle Beispiele, die von Ihnen vorgebracht wurden, bestätigen, dass es so ist. Das heißt, wir sorgen selbst für die Probleme. Wir machen unser Leid selbst. Verändern kann man das nur, wenn man sich anschaut, wie in der Politik über Schule diskutiert wird, welche Perspektiven und welche Strategien vorgeschlagen werden.

Es ist in Deutschland schwierig. Wir haben 16 Länder und in allen 16 Ländern gibt es gegliederte Schulsysteme. Aber wir haben inzwischen einen Fortschritt erreicht, den es vor ca. zehn Jahren noch nicht gab. Wir haben zumindest vergleichbare Bildungsstandards, sodass es möglich ist, zwar auf unterschiedlichen Wegen, aber doch zu gleichen Zielen zu kommen. Das ist ein Fortschritt.

Aber grundsätzlich ist das Problem, das der Föderalismus, den man nicht einfach abschaffen kann, und die politischen Entscheidungen, die durch Parteien auf Landesebene getroffen werden, mit sich bringen, so, wie es ist. Das kann man ändern. Sie kennen die Möglichkeiten sich zu beteiligen, zu entscheiden und zu wählen. - Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Herzlichen Dank, Frau Mittendorf. - Meine lieben jungen Freunde! Ich würde jetzt im Interesse der Zeit - das gehört auch zu den Aufgaben des Präsidenten - darauf achten, dass die Debatte in dem vorgesehenen Rahmen abläuft.

Ich werde jetzt noch eine Nachfrage zulassen; denn ohne eine solche Wortmeldung wäre die Diskussion nur halb so gut. Dann möchte ich gern zum vierten Thema überleiten, wenn Sie damit einverstanden sind. - Sie nicken alle. Dann machen wir das so.

Bitte, Sie haben das Wort.

Herr Gabler (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Ich stimme dem, was eben gesagt wurde, in vielen Punkten zu. Das ist grundsätzlich auch meine Meinung. Aber den Aussagen, die die einheitlichen Bildungsstandards betreffen, möchte ich doch zumindest teilweise widersprechen.

Ich habe von Freunden - Lisa hat auch davon berichtet -, die aus Niedersachsen zu uns nach Sachsen-Anhalt in

die Schule gekommen sind, gehört, dass sie manche Fächer gar nicht oder nur zeitlich begrenzt hatten.

Auch bezüglich des Inhaltes gibt es erhebliche Unterschiede. Beispielsweise wurden im Deutschunterricht bei ihnen fast nur Bücher gelesen. Nachdem sie zu uns kamen, haben wir ihnen erst einmal eine breite Palette an Informationen über Stilmittel, Epochen usw. gegeben. Also der Unterrichtsstoff war völlig unterschiedlich.

Auch der Aussage, dass das Abitur angeglichen worden sei, muss ich widersprechen. Bekannte sind aus Sachsen-Anhalt nach Baden-Württemberg gezogen. Sie wollten ihre Tochter dort am Gymnasium anmelden. Der Direktor hat den Eltern gleich gesagt, wenn sie von einem Gymnasium in Sachsen-Anhalt komme, könne sie in Baden-Württemberg bestenfalls eine Realschule besuchen. - Soviel zu den Bildungsstandards.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Das war ein interessanter Aspekt, den Sie genannt haben. Aber Lesekompetenz ist natürlich auch etwas Wunderbares.

(Heiterkeit)

Wir können alle ein bisschen dazu beitragen, dass nicht nur Rendite, Hyperwachstum oder Spaßgesellschaft unser Leben bestimmen. Das Ziel sollte es vielmehr sein - darin sehe ich auch den vorrangigen Sinn des Jugendparlaments -, eine gerechte und solidarische Welt für die Zukunft aufzubauen. Daran können wir alle ein Stück weit mitwirken.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Toleranz - Integration - Demokratie

Vorlage des Diskussionsforums 4 - **Drs. JP/2010/05**

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle mitteilen, dass wir in diesem Parlament im Jahr 2005 einstimmig beschlossen haben, ein Netzwerk für Demokratie und Toleranz zu gründen. Die Landesregierung hat dazu die Initiative „hingucken und einmischen“ entwickelt. Das ist ein wichtiges Projekt, das genau dieses Thema berührt.

Berichtersteller des Diskussionsforums 4 ist Tobias Gabler vom Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg. Ihm erteile ich jetzt das Wort. Bitte schön.

(Beifall im ganzen Hause)

Herr Gabler, Berichterstatter des Diskussionsforums 4:

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Liebe Abgeordnete! Meine Damen und Herren Jungparlamentarier! Das Forum 4 hat sich mit dem Thema „Toleranz - Integration - Demokratie“ beschäftigt. Dazu möchte ich eine kleine Einführung geben.

Es gibt 15,1 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Das sind etwa 19 % der Gesamtbevölkerung.

Die Vielfalt in der Gesellschaft kommt aber nicht nur dadurch zustande, dass Menschen aus verschiedenen Religionen, Kulturen und Ländern kommen, sondern auch dadurch, dass wir alle, auch diejenigen, die keinen Mi-

grationshintergrund haben, verschieden sind. Es gibt soziale Schichten, Generationen und verschiedene regionale Hintergründe. Ich denke, dass die Unterschiede auch hier sehr groß sind.

Die Integration von Migrantinnen und Migranten darf nicht allein ihren eigenen Bemühungen überlassen werden. Vielmehr muss jeder einzelne dafür sorgen, dass sie in unsere Gesellschaft integriert werden.

Für die Schülerinnen und Schüler des Diskussionsforums 4 und, wie ich denke, für jeden anderen ist es wichtig und eine große Herausforderung, sich mit diesen Themen auseinanderzusetzen.

In der Diskussion in unserem Forum haben sich ein paar Hauptthemen herauskristallisiert, über die wir uns eingehender unterhalten haben. Diese Hauptthemen sind Religion, Generationengerechtigkeit, radikale Strömungen und Demokratie.

Wir haben festgestellt, dass es sehr wichtig ist, über Religionen, Werte und Kultur möglichst frühzeitig zu reden und damit nicht erst anzufangen, wenn es zum Beispiel im Ethik- oder im Religionsunterricht eine Rolle spielt. Das heißt, diese Auseinandersetzung sollte bereits in der 1. und 2. Klasse, vielleicht sogar schon im Kindergarten beginnen.

Das bedeutet nicht, dass man kleinen Kindern die Merkmale einzelner Religionen beibringt. Aber man kann ihnen erklären, dass eine Muslimin aufgrund ihres Glaubens einen Schleier trägt. Auf diese Weise kann man ihnen das Thema „Religion“ näher bringen.

Darüber hinaus ist es wichtig, Werte zu vermitteln. Damit meine ich - auch wenn es sehr idealistisch klingt - essenzielle Werte wie Pünktlichkeit, Ordnung und Ehrlichkeit. Diese Werte sollten den Kindern heutzutage beigebracht werden.

Zu der Generationengerechtigkeit. Wir haben festgestellt, dass es bei jungen und alten Menschen eine zunehmende Verständnislosigkeit gibt und dass ein Auseinanderdriften zu verzeichnen ist. Zum Teil verstehen wir nicht, was unsere Eltern uns erzählen. Oftmals sind wir auch anderer Meinung als unsere Eltern. Das ist leider nicht das einzige Problem. Es gibt in einigen Bereichen erhebliche Unterschiede, an deren Beseitigung man vielleicht arbeiten sollte.

Wir haben uns unter anderem mit der Frage beschäftigt, wie mit lebensverlängernden Maßnahmen umzugehen ist. Unserer Meinung nach gehört es auch zur Toleranz, dass jeder Mensch für sich selbst entscheiden muss, ob er das gut findet oder nicht. Wir sind weiterhin zu der Auffassung gekommen, dass die Entscheidung für oder gegen lebensverlängernde Maßnahmen immer von der Situation und von den einzelnen Menschen abhängig ist.

Zu den radikalen Strömungen. Wir sind nahezu einhellig der Ansicht, dass radikale Strömungen zum Beispiel der Rechtsextremismus häufig nicht gut genug beobachtet und kontrolliert wird und deshalb entsprechende Vergehen nicht stark genug bestraft werden.

Bei dem Thema „Demokratie“ vertreten wir die Meinung, dass unsere demokratischen Werte auch anderen Menschen näher gebracht werden sollten. Deshalb sollten wir gegenüber anderen Staaten, vor allem gegenüber antidemokratischen Staaten eine klare Haltung vertreten.

Im Ergebnis der Diskussion über diese vier Hauptthemen haben wir einige Forderungen und Wünsche formuliert.

Wir fordern und wünschen, dass die altersgerechte Informations- und Wertevermittlung stärker ausgeprägt und kontrolliert wird. Das heißt, dass Werte wie - ich sagte es vorhin bereits - Ordnung, Pünktlichkeit und Ehrlichkeit auch von den Lehrern bzw. von Pädagogen insgesamt gefördert werden.

Wir hoffen, dass Pädagogen schon in ihrer Ausbildung vermittelt bekommen, wie sie Kindern diese Werte nahebringen und wie sie die Ausprägung dieser Werte fördern können. Denn ich habe es selbst erlebt, dass einige Lehrer mit einer gewissen Resignation oder Ignoranz in den Unterricht gehen, dass sie nur den reinen Unterrichtsstoff vermitteln, aber auf zwischenmenschliche Beziehungen keinen Wert mehr legen.

Wir fordern des Weiteren eine stärkere Integration von Minderheiten. Diese muss sowohl von den Einwanderern selbst als auch von uns, der Aufnahmegesellschaft vorangetrieben werden. Dazu gehört eben auch, dass Menschen, die in unser Land kommen, selbst darauf achten, dass sie keine Parallelgesellschaften mehr schaffen. Aber auch wir müssen uns bemühen, die einzelnen Menschen zu integrieren.

(Beifall im ganzen Hause)

Es geht darum, nicht nur zu fordern, dass sich diese Menschen uns anpassen, sondern auch darum, auf sie zuzugehen und ihnen das Gefühl zu geben, dass sie wertvolle Mitglieder der Gesellschaft sind, die etwas bewirken können und die die gleichen Rechte haben.

(Beifall im ganzen Hause)

Vorhin wurde der Begriff „Rahmenbedingungen“ erwähnt. Ich bin der Meinung, der Staat kann nicht überall eingreifen und er kann nicht alles regeln, aber er muss wenigstens die Rahmenbedingungen schaffen. Denn sie sind wichtig und bilden immerhin einen Anfang. Wenn der Staat nicht zumindest den Anfang macht, wer soll es dann machen?

Wir sind der Auffassung, dass zwischenmenschliche Beziehungen mehr gefördert werden müssen sowohl im privaten Bereich zum Beispiel zu unseren Eltern als auch öffentlich, vor allem in der Alten- und Behindertspflege. Denn häufig werden in unserer modernen Gesellschaft alte oder behinderte Menschen nur als Belastung empfunden und in Heime abgeschoben. Wir wollen, dass zwischenmenschliche Beziehungen gefördert werden. Dafür sollte der Staat die Rahmenbedingungen schaffen, indem er etwa bestimmte Projekte fördert.

Darüber hinaus haben wir uns darauf verständigt, dass die demokratischen Werte, die in unserer Verfassung niedergelegt sind, also Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit, die Meinungsfreiheit, die Religionsfreiheit auch für andere Menschen gelten sollten.

Deshalb sollte der Staat, also die Bundesrepublik Deutschland nicht nur die eigenen Bürger im Blick haben, sondern in einem gewissen Rahmen auch Verantwortung für andere Menschen in der Welt übernehmen. Das bedeutet auch, eine klare Haltung gegenüber Staaten oder politischen Institutionen einzunehmen, die die Menschenrechte nicht achten.

Schließlich fordern wir, dass verfassungswidrige Organisationen stärker beobachtet und verfolgt und dass rechts-

widrige Handlungen entsprechend geahndet werden. Das klingt vielleicht hart, aber ich glaube, keiner von uns will, dass der Nationalsozialismus noch einmal an die Macht kommt. Das ist auch gut so. Daran sollten wir noch stärker arbeiten.

Ich habe kürzlich in einer Zeitung gelesen, dass wieder über ein Verbot der NPD diskutiert wird. Ich persönlich unterstütze das auf jeden Fall. - Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Ich danke Herrn Tobias Gabler recht herzlich für die Einbringung. - Wünscht jemand von Ihnen das Wort? - Eine junge Dame vom Gymnasium Hankensbüttel. Bitte.

Frau Luther (Gymnasium Hankensbüttel):

Zu den lebensverlängernden Maßnahmen. Ich finde, es kommt immer auf die Situation an. Ich denke nicht, dass jeder selbst entscheiden sollte, wann das Leben zu Ende ist. Das sollte man dem Schicksal überlassen.

Wenn ein Mensch schwer krank ist und nicht mehr allein essen, nicht laufen oder sprechen kann, dann sollte man nicht unbedingt alles dafür tun, dass er noch zwei Monate länger lebt, vor allem wenn er sich nur noch quält. Deshalb sollte man immer den jeweiligen Fall sehen.

Im Übrigen kann man, wenn man die Menschen in ein Altersheim abschiebt, gar nicht beurteilen, wie es dem Betroffenen eigentlich geht. Wenn man den Menschen jeden Tag zu Hause pflegt, dann kann man das viel besser beurteilen. Deshalb denke ich nicht, dass jeder selbst entscheiden soll, wann sein Leben zu Ende ist.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Vielen Dank für Ihren Beitrag. - Gibt es weitere Fragen? - Die junge Dame dort oben. Bitte nennen Sie Ihren Namen.

Frau Ramthun (Fallstein-Gymnasium Osterwieck):

Mein Name ist Inken Ramthun. Ich möchte zu dem Thema „alte Menschen“ etwas sagen. Ich finde es sehr wichtig, dass auch die junge Generation gemeinsam mit den alten Menschen etwas unternimmt. Wir können zum Teil auch von unseren Großeltern lernen; denn sie haben in ihrem Leben viel erlebt und können uns vieles vermitteln zum Beispiel auch Werte, die vielleicht in unserer Gesellschaft schon verloren gegangen sind.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Herzlichen Dank. - Ich sehe im Moment keine Wortmeldungen mehr. Dann erteile ich Frau von Angern das Wort. Bitte schön.

Frau von Angern (DIE LINKE):

Ich möchte gern zu zwei Themen Stellung nehmen. Zunächst zu dem eben angesprochenen Punkt der Generationengerechtigkeit. Als ich gelesen habe, was zu die-

sem Punkt in Ihrem Forum beschlossen wurde, musste ich ein bisschen lächeln, weil dieses Thema in jeder Generation wieder aufkommt, nämlich das Einfordern von Respekt zwischen den Generationen und einer generationengerechten Politik.

Es ist sicherlich gut, dass man immer wieder darüber redet. Aber man muss auch wissen, dass es an dieser Stelle Grenzen gibt. Die Erwachsenen sind natürlich immer die Schlauereren, weil sie viel mehr Erfahrung und Wissen mit sich herumtragen und jungen Menschen einfach bestimmte Fehler ersparen möchten, die sie selbst gemacht haben. - Das war jetzt etwas zynisch gemeint. Ich hoffe, dass es auch so angekommen ist.

Ich glaube, es ist wichtig, dass die Generationen voreinander Respekt haben. Ich unterstütze die Initiativen, die es im Land gibt, zum Beispiel die Mehr-Generationen-Häuser, durch die gerade diese Kommunikation zwischen den Generationen und das Einbringen der unterschiedlichen Kompetenzen gefördert werden soll. Aber es wird immer Konflikte zwischen den Generationen geben. Auch das ist gut so; denn das bringt eine Gesellschaft voran.

Die Art und Weise wie Sie heute diskutiert haben, mag uns vielleicht nicht gefallen. Aber darauf kommt es auch gar nicht an. Eine von Ihnen hat vorhin gesagt: Vielleicht reden wir nicht so, wie Sie sich das wünschen. - Das ist schnuppe. Ich finde, dass Sie Ihre eigene Sprache haben müssen und dass Sie Ihre eigene Gesellschaft fortentwickeln müssen.

Ich kann keinem von Ihnen raten, die Gesellschaft so zu übernehmen, wie wir sie jetzt haben. Ich erwarte sogar von Ihnen, dass Sie sie verändern, dass Sie sie vorantreiben; denn davon lebt eine Gesellschaft. Ich denke, das muss immer so sein und das ist auch gut so.

(Beifall im ganzen Hause)

Nun zu einem vielleicht etwas kritischen Punkt. Ich bin über Ihre Äußerungen zu radikalen Strömungen gestolpert. Sie sagen, dass nicht genug beobachtet und bestraft werde. In Bezug auf das Beobachten passiert schon eine ganze Menge. Ich kann Ihnen den jährlich veröffentlichten Verfassungsschutzbericht zur Lektüre empfehlen. Darauf kommt es mir jetzt aber gar nicht an.

Der Berichterstatter hat auch noch einmal das NPD-Verbot zur Sprache gebracht und die Frage aufgeworfen, wie die Gesellschaft mit verfassungswidrigen Meinungen umgehen sollte. Ich denke - das ist heute Vormittag schon von Frau Dr. Hüsken gesagt worden -, dass uns Verbote überhaupt nicht helfen.

Sie würden mir entgegenkommen, weil ich natürlich die NPD in keinem Parlament haben möchte. Ich möchte auch nicht, dass sie von Steuergeldern profitieren kann. Aber damit hätte ich gesellschaftlich noch nichts erreicht, weil ein Verbot das Denken von NPD-Mitgliedern oder der Menschen, die sie wählen und damit auch unterstützen, nicht verändert.

Das heißt, mir ist es viel wichtiger, mich in die Offensive zu begeben und zu diskutieren. Deshalb sollten Sie sich, wenn Sie zum Beispiel in Ihrer Schule bemerken, dass latent rechtsextremes Gedankengut geäußert wird, offensiv dieser Diskussion stellen. Ich glaube, nur dadurch kann man tatsächlich langfristig etwas erreichen.

Unsere Geschichte wird uns - ich sage es mal so - immer im Rucksack stecken. Das ist auch gut so, weil es bestimmte Fehler gibt, die eine Gesellschaft nicht wie-

derholen sollte. Darüber sind wir uns, so denke ich mal, einig.

Aber Verbote helfen uns nicht weiter. Wir müssen uns in die Diskussion hinein begeben und versuchen herauszufinden, wie bestimmte Menschen zu bestimmten Meinungen kommen. Wir sollten dann versuchen, Meinungen zu ändern und für Demokratie zu werben; denn das vertritt die NPD mit Sicherheit nicht. - Danke.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Vielen Dank, Frau von Angern. - Jetzt spricht Frau Dr. Hüskens. Dann haben Herr Scheurell und Frau Feußner noch einmal um das Wort gebeten.

Frau Dr. Hüskens (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte auf zwei Punkte eingehen.

Zum einen ist mir aufgefallen, dass Sie unter dem Stichwort „Religion“ eine Wertevermittlung fordern. Es würde mich nicht ganz so überraschen, wenn es von Schülern aus Niedersachsen gefordert würde. Aber es überrascht mich, dass Sie diesen Vorschlag gemeinsam unterbreitet haben, weil Sachsen-Anhalt nun gerade kein stark christlich geprägtes Land ist.

Mir ist auch nicht ganz klar, ob Sie tatsächlich eine christliche Wertevermittlung anstreben oder ob Sie zum Ausdruck bringen wollten, dass im Religions- und Ethikunterricht christliche Werte erklärt werden sollen. Das ist aber etwas anderes.

Ich bin der Auffassung, dass eine Wertevermittlung durch die Schule oder den Staat so nicht stattzufinden hat, sondern die Aufgabe der Eltern ist. Eine Wertevermittlung könnte höchstens in einer konfessionell gebundenen Schule stattfinden. In dem Fall entscheiden die Eltern bzw. ab einem gewissen Alter die Kinder selber, ob sie diese Schule besuchen wollen.

Diese Frage würde ich noch mal in den Raum stellen, ob Sie wirklich wollen, dass der Staat, der ja für die Schulen verantwortlich ist, christliche Werte vermittelt, also dafür Sorge zu tragen hat, dass Sie zu diesen Werten stehen. Wenn es um gesellschaftliche Werte ginge, würde ich das anders sehen. Aber Sie haben diesen Punkt unter dem Stichwort „Religion“ aufgeführt.

Zum anderen möchte ich an das anknüpfen, was Frau von Angern gerade gesagt hat. Sie haben gesagt, dass verfassungswidrige Meinungen stärker geahndet werden sollen. Ich hoffe, wir sind alle der Auffassung, dass Meinungen nicht geahndet werden sollten. Die Gedanken sollten in dieser Republik frei sein. Wir verfolgen niemanden, der verfassungswidrige Gedanken und Meinungen hat.

Wir verfolgen strafrechtlich nur diejenigen, die diese Gedanken in Taten umsetzen und zum Beispiel Volksverhetzung betreiben oder versuchen, die Würde anderer Menschen anzugreifen, sie verächtlich zu machen. Erst dann ist der Staat gefragt.

Aber die Meinungen - ich bitte Sie darum, das zu berücksichtigen - hat ein demokratischer Rechtsstaat und dessen Polizei nicht zu ergründen. Im Übrigen müssten Sie die Frage beantworten, wie man die Gedanken und Meinungen feststellen will. Dafür wären Instrumente er-

forderlich, auf die die Staatssicherheit der DDR neidisch gewesen wäre.

Ich bitte Sie, über diese beiden Punkte noch einmal nachzudenken und zu prüfen, ob das wirklich in Ihrem Sinne war. Ich vermute einmal, dass es sich dabei nur um Formulierungsunschärfen handelt und dass Sie das, was ich vorgetragen habe, wahrscheinlich mittragen können. - Danke.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Vielen Dank, Frau Dr. Hüskens. - Dann erteile ich Frau Feußner das Wort. Ich möchte Sie bitten, sich kurz zu fassen, weil die Frau Ministerin noch zu den jungen Leuten sprechen möchte. Frau Feußner, Sie haben das Wort.

Frau Feußner (CDU):

Ich werde mich kurz fassen. - Ich habe gestern an Ihren Foren teilgenommen und konnte die Diskussionen verfolgen, die mir sehr gut gefallen haben.

In dem Diskussionsforum 4 fand eine Auseinandersetzung statt über die Frage, brauchen wir eigentlich Ethik- und Religionsunterricht. An dieser Stelle wurde die Frage aufgeworfen, warum Ethik- und Religionsunterricht im Schulgesetz vorgesehen sind. Daraufhin habe ich mich in die Diskussion eingebracht und erläutert, dass Sachsen-Anhalt wie alle anderen Bundesländern auch diese Fächer ganz bewusst installiert hat, weil es Werte bildender Unterricht ist.

Natürlich ist die Wertevermittlung vornehmlich eine Aufgabe der Eltern. Darüber sind wir uns einig. Aber - ich habe diesbezüglich eine andere Meinung als Frau Dr. Hüskens - auch die Schule hat eine gewisse Verantwortung, Werte zu vermitteln. Deshalb gibt es diese Fächer.

Man muss nur an einem der beiden Fächer verpflichtend teilnehmen. Man kann zwischen dem Religions- und dem Ethikunterricht wählen. Das heißt, wenn man sich nicht mit christlichen Werten auseinandersetzen möchte, muss man das in der Schule auch nicht tun.

Ich möchte noch auf die radikalen Strömungen eingehen. In Ihrem Thesenpapier steht - Sie haben das auch vorgetragen -, sie würden nicht stark genug bestraft und beobachtet. Zu der Frage der Beobachtung muss ich sagen, das wird ausreichend getan.

Vielleicht werden wir uns dessen gar nicht bewusst. Aber es gibt in der Öffentlichkeit eine sehr kontroverse Diskussion darüber, wie viel Beobachtung eigentlich nötig sei und durchgeführt werden sollte. Manche fühlen sich schon viel zu sehr beobachtet. Darüber kann man sicherlich unterschiedlicher Meinung sein.

Ich denke beispielsweise an die Installation von Videokameras in Straßenbahnen oder auf öffentlichen Plätzen usw. Manche fühlen sich dadurch in ihrer Individualität eingeschränkt und zu sehr beobachtet. Dazu gibt es unterschiedliche Auffassungen.

Zu der Bestrafung. Ich kann - das ist jetzt meine ganz persönliche Meinung - eines nicht verstehen: Man kann zu Demonstrationen gehen und dort seinen Willen kundtun; das ist ein demokratisches Mittel. Aber ich kann es nicht verstehen, dass Demonstranten irgendetwas zer-

stören, sich gegenseitig verletzen oder die Polizei angreifen. Solche Ausschreitungen sind in letzter Zeit leider häufig genug zu beobachten. Es wird ja in den Medien dokumentiert.

Ich denke nur an den letzten Castor-Transport, bei dem Schienen zerstört wurden, obwohl es verboten ist, die Bahnanlagen zu betreten. Mit solchen Aktionen werden Demonstranten zum Risiko für andere Menschen. Zum Beispiel hätte dieser Zug dadurch entgleisen können und es hätte radioaktive Strahlung freigesetzt werden können. Ich glaube, so etwas darf es einfach nicht geben.

Man kann gegen diese Transporte demonstrieren. Ich möchte mich gar nicht zu der Sinnhaftigkeit äußern; das ist nicht unser Thema. Aber ich denke, dass unsere Gesellschaft viel zu tolerant ist und solche Zerstörungen nicht ausreichend ahndet.

Das Gleiche gilt für Eskalationen bei Fußballspielen. Die riesengroßen Polizeieinsätze müssen Ihre Eltern und wir alle über die Steuern bezahlen. Das ist nicht wenig. Jeder von Ihnen kann selbst einen gewissen Beitrag leisten, indem er sich entsprechend verhält. Es ist unbestritten ein demokratisches Recht, für oder gegen etwas zu demonstrieren. Aber trotzdem sollte man sich entsprechend verhalten.

Zu der Frage, inwieweit verfassungswidrige Meinungen geahndet werden sollten, ist schon einiges gesagt worden. Es ist schwierig, sozusagen Gedankengut zu verurteilen. Wichtiger ist die Auseinandersetzung mit extremistischen oder radikalen Gruppierungen. An dieser Stelle haben wir alle eine Aufgabe.

Dabei spielt die Toleranz eine große Rolle. Das bedeutet, dass man sich gegenseitig akzeptiert. Wenn man mit verfassungsfeindlichem Gedankengut von ganz links, von ganz recht oder von ethisch oder religiös motivierten Gruppen konfrontiert wird, dann sollte man sich schon mit den Personen verbal auseinandersetzen. Das ist ganz wichtig.

Aber eine verfassungswidrige Meinung zu haben, ist nach unseren rechtsstaatlichen Prinzipien noch kein Grund, jemanden zu verurteilen. Es wäre auch sehr schwierig. Wenn allerdings Straftaten begangen werden, sieht es anders aus.

Es ist also wichtig, sich einzumischen und nicht wegzugucken. In Sachsen-Anhalt gibt es das Projekt „hinguucken und einmischen“. Ich glaube, das allerwichtigste ist, dass wir alle wachsam sind und dass wir, wenn sich extremistische Gruppen formieren, gegensteuern.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Herzlichen Dank, Frau Feußner. - Jetzt haben Herr Scheurell und Frau Mittendorf um das Wort gebeten. Herr Scheurell, bitte schön.

Herr Scheurell (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Ministerin! Liebe Schülerinnen und Schüler! Ich möchte zwei Punkte ansprechen. Zum einen gibt es nämlich nicht nur Rechtsradikalismus und Rechtsextreme, sondern es gibt auch Linksextreme. Wir haben nicht nur eine faschistische Vergangenheit, wir haben auch eine stalinistische Vergangenheit.

Ich lade Sie alle ein, auch die Opfer des Stalinismus in Ihre Schulen einzuladen. Diese Menschen können Ihnen Dinge erzählen, von denen Sie nicht glauben werden, dass sie noch vor 30 oder 40 Jahren geschehen sind, und zwar alles unter dem Deckmantel der Demokratie.

Zum anderen möchte ich noch einmal betonen, dass Verbote, unabhängig davon, ob sie linke Strömungen oder rechtsextreme Parteien wie die NPD oder die DVU betreffen, die Gesellschaft nicht wirklich weiter bringen. Verbotene Früchte schmecken am besten. Das heißt, ein Verbot macht sie erst besonders interessant oder lässt sie quasi sogar zu Märtyrern werden.

Deshalb ist es wichtig, dass unsere Zivilgesellschaft - das sind Sie alle, nicht nur die Parteien, die Kirchen und die offiziellen Stellen -, dass jeder selbst bessere Angebote hat; denn dann kann weder das eine noch das andere im Übermaß gedeihen.

Die anderen Punkte wurden von meinen Kolleginnen bereits erörtert. Das möchte ich nicht weiter vertiefen. - Danke.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Herzlichen Dank, Herr Scheurell. - Jetzt erteile ich Frau Mittendorf das Wort.

Frau Mittendorf (SPD):

Herr Präsident! Liebe Jungparlamentarierinnen und Jungparlamentarier! Die Gedanken sind frei - so beginnt ein Lied, das sicherlich fast alle kennen. Es ist gut, dass die Gedanken frei sind. Aber wenn sie in Taten umgesetzt werden, die nicht den geltenden Gesetzen bzw. nicht den demokratischen Vorstellungen unseres Staates entsprechen, dann müssen sie auch verfolgt und geahndet werden. - Mehr will ich dazu gar nicht sagen.

Aber ich möchte noch einmal auf das Thema „Wertevermittlung“ eingehen. Bei diesen Debatten stört es mich - das sage ich auch ganz offen -, dass im Zusammenhang mit der Wertevermittlung immer nur der Religions- und Ethikunterricht angesprochen wird im Sinne eines Alleinstellungsmerkmals.

Das, liebe junge Freundinnen und Freunde, ist es eben nicht. Es geht auch nicht nur darum, dass Wertevermittlung im Elternhaus stattfinden muss. Vielmehr kann Wertevermittlung - was immer man darunter versteht; an dieser Stelle muss man nämlich noch einmal nachhaken - in jedem Unterrichtsfach stattfinden. Uns wäre schon sehr geholfen, wenn die Kolleginnen und Kollegen in den Schulen darauf achten, welches Erziehungspotenzial ihr Unterrichtsfach bzw. der jeweils behandelte Stoff enthält.

Keiner kann mir erzählen, dass man, wenn es etwa im Deutschunterricht um klassische Literatur geht, nicht über Werte reden kann und muss. Da geht es auch um religiöse Werte, aber nicht nur. Gleiches gilt für zeitgenössische Literatur.

Oder wenn in Geografie die Staaten Afrikas oder Südamerikas behandelt werden, dann muss man auch über die politische Situation in diesen Ländern reden. In diesem Zusammenhang muss man über Zivilgesellschaft und Unterdrückungsmechanismen reden.

Deshalb ist meine Bitte an alle, nicht nur auf den Religionsunterricht und auf den Ethikunterricht abzustellen,

sondern den Erziehungsauftrag des Schulgesetzes ernst zu nehmen. Darin heißt es nämlich, dass im Sinne des Grundgesetzes gebildet und erzogen werden soll. Es geht also um die Einheit von Bildung und Erziehung, und zwar vor dem Hintergrund des Grundgesetzes.

Das Grundgesetz fordert Demokratie und Toleranz. Diese Eigenschaften gilt es zu entwickeln, um letztendlich die Bundesrepublik als demokratischen Staat und die Zivilgesellschaft zu stärken.

Nun sind wir gerade in den neuen Ländern nach 40 Jahren sozialistischer Herrschaft in der Situation, dass die Menschen überwiegend nicht religiös geprägt sind. Das kann man beklagen. Die Kirchen unternehmen sehr viel, um das zu ändern. Natürlich können sich auch Atheisten mit religiösen Werten auseinandersetzen. Aber es sollte nicht allein um religiöse Werte gehen. Denn es gibt allgemeine Menschenrechte, die vor der Religion kommen. Ich denke zum Beispiel an die Rolle der Frau im Islam.

Zur Generationengerechtigkeit. Ja, das ist ein schwieriges Thema. Die Situation zwischen jung und alt, zwischen Eltern und Kindern war schon in der Antike schwierig. Schon damals wurde beklagt, dass die jungen Leute angeblich alles nichts taugen. Und das ist auch heute so. Ich behaupte einmal, das wird auch so bleiben.

Natürlich ist der Konflikt zwischen Eltern und Kindern etwas stärker und wenn es mal ganz schlimm wird, gibt es immer noch die Großeltern, zu denen man flüchten kann; denn sie sind meist schon wieder etwas toleranter.

Vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden Gesellschaft ist die Frage nach dem Ende des Lebens wirklich ganz wichtig. Dieses Thema war auch in Ihrer Diskussion heiß umstritten. Ich denke, die Selbstbestimmung - das kann man auch rechtlich verfügen - muss eine große Rolle spielen.

Ich möchte noch ein Thema aufgreifen, das bisher gar nicht erwähnt wurde, über das aber derzeit heiß diskutiert wird, nämlich die PID, also die Präimplantationsdiagnostik. Diese Frage ist gerade für junge Menschen, die irgendwann einmal eine Familie gründen wollen, die einen Kinderwunsch haben, wichtig. Auch in diesem Zusammenhang kann es zu Problemen kommen, mit denen man sich ethisch auseinandersetzen muss und soll. Diese Debatte führen wir gerade.

Das heißt, die Themenfülle ist unendlich und die einzelnen Entscheidungen sind schwierig. Je nach dem, wo man sich religiös oder weltanschaulich verortet, wird man auf diese Fragen unterschiedliche Antworten finden. Diese spiegeln sich in den Abstimmungsprozessen in den Parlamenten wider.

Letzter Satz: Wenn wir es gemeinsam schaffen, die Demokratie zu stärken, wenn wir uns mit unseren unterschiedlichen Meinungen respektieren, aber Mehrheitsentscheidungen akzeptieren, dann kann man die Fragen - zumindest fast alle - so regeln, dass wir damit leben können. - Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Vielen Dank. - Ich schaue in die Runde und sehe keine Wortmeldungen. Dann darf ich mich ganz herzlich bei den Diskussionsteilnehmern bedanken.

Herr Dr. Diaby muss uns verlassen, um seinen Zug zu erreichen. - Vielen Dank, dass Sie mitgewirkt haben. Sie sind ein toller Mensch. Ich freue mich, dass wir Sie eingeladen haben.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich möchte jetzt unserer Kultusministerin Frau Professor Dr. Wolff das Wort erteilen. - Unsere jungen Leute sind Ihre Klientel, Frau Ministerin, Sie sind dafür zuständig. Wir warten gespannt darauf, was Sie uns zu sagen haben. Bitte schön.

Frau Prof. Dr. Wolff, Kultusministerin:

Gern, Herr Präsident. - Liebe Mitstreiter und Mitstreiterinnen für die Demokratie! Sie haben jetzt zwei Tage Landtag hinter sich. Wie geht es Ihnen?

(Zurufe)

Es ist anstrengend, nicht? Irgendwie hängt man nach zwei Tagen wie ein Schluck Wasser in der Kurve. Ich mache das auch noch nicht so lange, ich bin noch kein halbes Jahr in diesem Amt und kann es noch nachvollziehen, wie Sie sich fühlen.

Nach zwei Tagen Parlament, so glaube ich, sind die meisten von uns froh, wenn irgendwann das weise Schlusswort gesprochen worden ist. Die Reihen lichten sich dann langsam, sowohl hier als auch da. Die Sitzordnung kennen Sie ja inzwischen. Insofern weiß ich also, dass nur noch ich zwischen Ihnen und dem wohlverdienten Feierabend stehe.

Ich bin Quereinsteigerin. Vor einem halben Jahr war ich noch als Wirtschaftsprofessorin an der Magdeburger Universität tätig. Wenn ich einen Raum wie diesen hier mit Ihnen sehe, so ist mein erster Gedanke: Ein Hörsaal voller Erstsemestler - super.

Inzwischen habe ich natürlich auch gelernt, dass man in diesem Haus nicht so redet, wie in einem Hörsaal voller Erstsemestler, sondern dass man eine staatstragende Würde an den Tag legt. Das tun wir alle hier auch gern.

Ich bin Ministerin. Das Wort „ministrare“ bedeutet dienen. Ich nehme an, Sie kennen den Unterschied zwischen der Exekutive und der Legislative. Als Legislative bezeichnet man die Damen und Herren, die die Gesetze machen, die die politische Willensbildung vorantreiben. Die Minister sind die Mitglieder der Regierung, die ausführen sollen, was der Landtag so ansagt. Das ist die Idee. In diesem Sinne versuche ich diesen Job auch aufzufassen.

Zu dem Ministerium, das ich leiten darf, gehören die Bereiche „Schule“, „Bildung und „Wissenschaft“ - das umfasst alle Hochschulen und Universitäten unseres Landes - und „Kultur“ im engeren Sinne. Dazu gehört eine schöne Sammlung von Kulturstiftungen, die ihrerseits Museen betreiben. Wir helfen den Theatern, Orchestern und sämtlichen Kultureinrichtungen des Landes sowohl direkt als auch indirekt. Also, es ist ein schönes breites buntes Aufgaben-Portfolio.

Man lernt sehr schnell, dass man, selbst wenn man mit den tollsten Ideen kommt, bei jedem Vorschlag, den man unterbreitet, immer gleich auf irgend jemanden stößt, der 10 000 gute Gründe hat, warum es nicht geht. Man muss deshalb überlegen, wie man Ideen geschickt in die Landschaft streut und sie diffundieren lässt, indem man sie nicht sofort als die eigene Idee in den Raum

stellt in der Hoffnung, dass irgendwann genügend Leute diese Idee kennen und sie für ihre eigene halten - dann geht es vielleicht.

Das ist ein zeitaufwendiges anstrengendes Geschäft. Ich kann Ihnen sagen: Seit ich diesen Job jetzt sozusagen von der anderen Seite kenne, weiß ich, dass ich nie wieder über Politiker lästern werde. Es ist wirklich ein Knochenjob.

Die Demokratie hat, so denke ich, zwei Feinde. Über den einen Typ Feind hat vor allem das Forum 4 intensiv diskutiert. Herr Gabler hat auch über Toleranz gesprochen. Dieser eine Typ Feinde sind die Extremisten.

Warum Extremisten die Feinde von Demokratie sind, ist relativ klar. Sie sind einfach intolerant. Intoleranz kann man in einer Demokratie, die auf dem Diskurs, auf dem Austausch und Abgleich von Wertvorstellungen und Interessen beruht, schlichtweg nicht gebrauchen.

Aber die Demokratie hat noch eine zweite Sorte Feinde, das sind - es überrascht vielleicht einige von Ihnen - die Demokratieenthusiasten, die Fanatiker. Es gibt eine ganze Reihe von Menschen, die an die Demokratie regelrecht Heilserwartungen haben, so nach dem Motto, wenn wir die Demokratie haben, wird jeder gleich schlauer, schöner, reicher und mächtiger.

Aber so läuft es eben nicht. Also das mit dem „schöner“ erledigt sich von selbst. Damit man schlauer wird, ist - das ist schon klar - harte eigene Arbeit erforderlich. Aber das gilt auch für „reicher“ und „mächtiger“. Jede dieser Kategorien verlangt für sich harte Arbeit und eigene Anstrengungen.

Der berühmte Soziologe Ralf Dahrendorf hat ziemlich ausführlich über das Verhältnis zwischen Demokratie und wirtschaftlichem Wohlstand gesprochen. Es ist eben keineswegs so, dass in einer Demokratie automatisch alle reicher sind. Es ist nicht einmal unbedingt so, dass der Durchschnitt der Bevölkerung reicher ist. Und erst recht ist nicht jeder einzelne mächtiger und darf gleich bei allem mitschwätzen.

Zum Beispiel entscheidet eben keine Vertreterversammlung, ob ein Studierender der Medizin seine Prüfungen besteht. Vielmehr muss er das Wissen nachweisen, das Fachleute von einem angehenden Arzt erwarten. Auch die Frage, ob in der Schule die Prozentrechnung auf dem Lehrplan steht, entscheiden nicht demokratisch die Schüler.

Ebenso können die Mitarbeiter eines Beförderungsunternehmens nicht aus einer momentanen Regung heraus die Abfahrtszeiten von Schulbussen festlegen. Auch bei der Feuerwehr, bei der Polizei oder bei der Bundeswehr wird munter angeordnet, gehandelt und nicht diskutiert.

Sie sehen an diesen Beispielen, dass die Demokratie eine ganze Reihe von unterschiedlichen Entscheidungsregeln kennt, die dazu dienen, dass Verlässlichkeit und Kompetenz in allen Situationen hinreichend viel Raum gegeben wird. Manchmal kann man Verlässlichkeit und Kompetenz eben mehr Raum geben, wenn man nicht überall demokratische Basisentscheidungen abwartet.

Das heißt, wir müssen zwischen „demokratisch“ im unmittelbaren Sinne und „demokratisch legitimiert“ unterscheiden. Das Ganze ist ein ziemlich anstrengendes Verfahren. Demokratiefanatiker oder Demokratieenthusiasten haben falsche Erwartungen. Sie täuschen sich und werden dann zwangsläufig auch enttäuscht.

Erlauben Sie mir zum Abschluss dieser Plenarsitzung den Hinweis, dass nicht nur Demokratiegegner, also Extremisten gefährlich sind, sondern auch überzogene Erwartungen. Wir müssen fortwährend alle hart für die Demokratie arbeiten. Das ist, wie gesagt, anstrengend, aber es lohnt sich.

In Anlehnung an Winston Churchill kann ich nur sagen, dass die Demokratie vielleicht nicht das Beste und das Ideale ist, aber wir haben eben nichts Besseres. Wenn diese zwei Tage dazu beigetragen haben, diese Überzeugung in Ihnen zu nähren und auch die Bereitschaft, sich dafür ein zu setzen, dann, so glaube ich, können wir alle glücklich und zufrieden sein.

Wenn Sie jetzt noch die Energie dazu haben, würde ich mich über ein paar abschließende Statements, Kommentare oder Fragen herzlich freuen. - Ihnen weiterhin alles Gute und vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Liebe Frau Ministerin, am Beifall haben Sie gemerkt, dass Ihre Rede bei den jungen Leuten angekommen ist. - Ich frage Sie jetzt, ob jemand den Wunsch hat, der Ministerin eine Frage zu stellen? - Dort gibt es eine erste Wortmeldung, bitte.

Frau Stephan (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Die Förderschulen werden jetzt langsam abgeschafft. Für mich stellt sich folgende Frage: Kann man, wenn diese lernbehinderten Kinder nicht mehr in extra Schulen mit speziell geschulten Lehrern unterrichtet werden, sondern irgendwie in den normalen Unterricht integriert werden müssen, überhaupt noch einen normalen Ablauf gewährleisten?

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Frau Ministerin, bleiben Sie gleich hier vorn stehen. Dann geht es am schnellsten. Bitte.

Frau Prof. Dr. Wolff, Kultusministerin:

Sie sprechen ein ganz wichtiges Thema an, das Thema „Inklusion“. In der Tat ist es so, dass einer UN-Konvention folgend - das haben sich nicht irgendwelche Landtagspolitiker im stillen Kämmerlein überlegt; die Inklusion ist in einer UN-Konvention als Grundrecht festgelegt - in den Schulen die Inklusion umgesetzt wird.

Die Idee ist, dass alle Schüler die Chance haben sollen, eine reguläre Schule, eine so genannte Regelschule zu besuchen. Früher ist eine ganze Reihe von Kindern schon in der vorschulischen Phase einfach aus dem System aussortiert worden. Diese Kinder sind nie in eine - in Führungszeichen - normale Schule gegangen. Sie hatten von Anfang an keine Chance, jemals in die Gesellschaft integriert zu werden.

Jetzt - das ist die Idee - will man erst einmal möglichst alle Schüler in die Regelgrundschule einschulen und diejenigen, bei denen es irgendwie geht, auch weiter dort beschulen. Dabei sollen die Lehrer, die man bisher für Schüler mit besonderem Förderbedarf in den Förderschulen hatte, den Schülern mit diesem besonderen Förderbedarf in die Regelschulen folgen.

Ich kann Ihnen dazu auch ein paar Zahlen nennen. In Sachsen-Anhalt geben wir jährlich pro Schüler in allgemeinbildenden Schulen durchschnittlich 5 600 € aus. Das ist mehr als der bundesdeutsche Durchschnitt, der 5 000 € beträgt. Ich weiß nicht genau, wie hoch der Betrag in Niedersachsen ist.

Für Schüler mit besonderem Förderbedarf stellt das Land Sachsen-Anhalt jährlich durchschnittlich ungefähr 14 000 € bereit. Das meiste Geld wird natürlich für Lehrkräfte und Betreuungspersonal, also für Therapeuten, pädagogische Mitarbeiter, Sozialarbeiter und Sozialpädagogen ausgegeben.

Der Grundgedanke ist, dass diese zusätzlichen Betreuungskapazitäten mit in die Regelschulen verlagert werden. Das funktioniert in der Übergangsphase noch nicht so ganz. Im Moment gibt es einige Übergangsprobleme, zumal man auch nicht gleichzeitig die Förderschulen, die ja auch noch weiter bestehen, völlig ausdünnen darf.

Schließlich muss man differenzieren, welche Art von Behinderung vorliegt. Die Praxis zeigt, dass bei Kindern und Jugendlichen mit einer Körperbehinderung oder mit einer Sinnesbeeinträchtigung - das sind Schüler, die nicht oder kaum hören oder sehen können - die Integration relativ unproblematisch ist. Aber es gibt auch Formen von Behinderungen, insbesondere Verhaltensauffälligkeiten, psychische Störungen oder geistige Behinderungen, die eine Regelbeschulung ziemlich schwierig machen.

Insofern glaube ich nicht - es gibt sehr wenige Menschen, die das glauben -, dass wir völlig ohne Förderschulen auskommen werden. Die Frage ist eher, welches das richtige Verhältnis zwischen der Beschulung in Förderschulen und einer besonders betreuten Beschulung in Regelschulen ist. - Beantwortet das Ihre Frage?

Frau Stephan (Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg):

Ja.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsident des Landtags von Sachsen-Anhalt Herr Steinecke:

Vielen Dank. - Möchte noch jemand der Ministerin oder den Damen und Herren, die hier vorn sitzen, eine Frage stellen? - Das sehe ich nicht. Dann darf ich mich bei Ihnen, Frau Ministerin, herzlich für Ihren Beitrag bedanken.

Wir haben damit alle vier Themen abgearbeitet und diskutiert.

Ich darf Ihnen sagen, es waren zwei unglaublich tolle Tage. Dafür möchte ich mich bei Ihnen herzlich bedanken. Sie, die Schülerinnen und Schüler des Fallstein-Gymnasium Osterwieck, des Hainberg-Gymnasium Göttingen, des Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg und des Gymnasium Hankensbüttel haben dazu beigetragen, dass es spannende und interessante Diskussionen gab.

Wir, die Damen und Herren des Landtages von Sachsen-Anhalt und des Niedersächsischen Landtages sehen uns in der Idee bestätigt, ein gemeinsames Jugend-

parlament durchzuführen. Ich glaube, es wird nicht das letzte Mal gewesen sein. Für Ihre Arbeit möchte ich Ihnen aufrichtig Dank sagen.

Danken möchte ich auch den Referenten, die die Diskussionsforen geleitet haben. Des Weiteren darf ich mich herzlich bei den Damen und Herren Abgeordneten bedanken, die sich für die Diskussionen zur Verfügung gestellt haben. Es war nicht immer leicht. Aber das haben wir nicht anders erwartet. Junge Leute sind so, wie sie sind und die Gedanken sind frei.

Ich hoffe, wir haben auch Ihre Erwartungen erfüllt, mit denen Sie vielleicht hier hergekommen sind. Wir merken immer wieder, dass sich Besucherinnen und Besucher, insbesondere Schulklassen kritisch über das äußern, was wir hier machen. Aber Sie haben selbst gespürt, dass es gar nicht so einfach ist, Thesen zu formulieren, mit denen die Mehrheit dann auch einverstanden ist.

So geht es auch uns Parlamentariern. Wir stellen uns dieser Aufgabe gern; schließlich hat uns keiner gezwungen, das Mandat anzunehmen. Wir stellen uns dieser Aufgabe mit großem Engagement. Wir tun dies für unsere Gesellschaft. Denn für uns ist entscheidend, dass wir unsere Gesellschaft gemeinsam voranbringen.

Ich darf mich bei der Landesregierung bedanken.

Mein herzlicher Dank gilt auch den Lehrerinnen und Lehrern; denn ohne die Vorbereitung, die Sie geleistet haben, hätte das Jugendparlament nicht funktioniert. Also vielen Dank für Ihre Arbeit.

(Beifall im ganzen Hause)

Das Jugendparlament muss auch finanziert werden. Für die finanzielle Unterstützung danke ich der Landeszentrale für politische Bildung. Ich glaube, das Geld ist gut angelegt. Herzlichen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Ich darf mich im Übrigen bei meinen beiden Kollegen aus Niedersachsen bedanken, die gestern und heute mitgewirkt haben.

Schließlich möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unseres Hauses Dank sagen. Denn das Jugendparlament bedarf einer umfangreichen Vorbereitung. Dafür danke ich den Kolleginnen und Kollegen des Referates Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Besucherdienst und Protokoll.

(Beifall im ganzen Hause)

Liebe Jungparlamentarierinnen und Jungparlamentarier! Ich wünsche Ihnen eine gute Heimfahrt. Behalten Sie uns in guter Erinnerung. Ich kann Ihnen versprechen, dass die Thesen, die Sie aufgeschrieben haben, an die Politiker in Niedersachsen und in Sachsen-Anhalt weitergeleitet werden.

Ich freue mich auf ein nächstes gemeinsames Jugendparlament mit Schülerinnen und Schülern aus Niedersachsen und aus Sachsen-Anhalt. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen alles Gute.

Das Jugendparlament ist beendet. - Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Schluss der Sitzung: 16.05 Uhr.

Erstes gemeinsames Jugendparlament von Sachsen-Anhalt und Niedersachsen / Ein Schüler:

1/ST VOM

16.11.2010

„Für uns macht es keinen Unterschied, ob jemand aus Ost oder West kommt“

Erstmals sind gestern in Magdeburg Schüler aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen zu einem gemeinsamen Jugendparlament zusammengekommen. Anlässlich von 20 Jahren deutscher Einheit diskutieren sie im Landtag zwei Tage lang über Themen wie Demokratie und Mitbestimmung sowie Toleranz und Integration.

Von Philipp Hoffmann

Magdeburg. Auf den Plätzen der 97 Landtagsabgeordneten nahmen gestern ebenso viele Schüler Platz. Die Eifrklässler kommen von je zwei Gymnasien aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen: Fallstein-Gymnasium Osterwieck (Harzkreis), Luther-Melanchthon-Gymnasium Wittenberg, Hainberg-Gymnasium Göttingen und Gymnasium Hankensbüttel (nahe Uelzen). Sachsen-Anhalts Landtagspräsident Dieter Steinecke (CDU) und der stellvertretende niedersächsische Landtagspräsident Dieter Mohrmann (SPD) begrüßten die Schüler zur „Zu-



Schüler von je zwei Gymnasien aus Niedersachsen und Sachsen-Anhalt sitzen vor Beginn des Jugendparlaments im Plenarsaal des Magdeburger Landtages.

Foto: Uli Lucke

aus dem Osten oder Westen kommt“, sagte Jannis Happeck (16) aus Göttingen. Umso mehr war Alina Legler (17) aus Osterwieck gespannt darauf, „unterschiedliche Meinungen zum Thema Ost-West“ zu hören.

Derweil wollte ihre Mitschülerin Isabel Witzlack (17) „mehr über Politik und die Arbeit von Politikern“ erfahren. Auch von ihrer Arbeitsgruppe zu Niedersachsen und Sachsen-Anhalt in Europa versprachen sich die beiden Schülerinnen neue Aufschlüsse.

Robert Köpcke (16) aus Göttingen freute sich auf die Diskussion über Migration in der Arbeitsgruppe zu Integration. Dass es dazu auch unter den Schülern unterschiedliche Meinungen gibt, hatte er im Vorfeld des Jugendparlaments festgestellt. Im September gab es bereits ein Vorbereitungs-treffen in Hannover.

In den Arbeitsgruppen soll jeder Schüler seine Erwartungen an Deutschlands Zukunft in drei bis vier Thesen formulieren. Diese werden heute vorgestellt.

war uns mit unserer gemeinsamen Geschichte auseinanderzusetzen.“ Mohrmann sagte, es lohne sich, an die Zeit vor der Wiedervereinigung 1990 zurückzudenken. Er schilderte, wie er 1983 als 15-Jähriger des Jugendparlaments nur vom eine Gänsehaut bekam, als er mit seiner Schulklasse die

DDR durchquerte – um dann in Berlin den damaligen US-Präsidenten John F. Kennedy zu erleben. Den damaligen Ost-West-Konflikt kennen die Teilnehmer des Jugendparlaments nur vom Hörensagen. „Für uns macht es keinen Unterschied, ob jemand



Die Jugendlichen aus insgesamt vier Schulen Niedersachsens und Sachsen-Anhalts diskutierten im Plenarsaal, nahmen aber auch an einer Führung durchs hohe Haus teil. Foto: smü

Jugend macht Politik

Schülerinnen und Schüler zu Gast im Landtag von Sachsen-Anhalt

(smü). Mehr als 20 Jahre sind seit der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten vergangen, so viel Zeit, dass mittlerweile eine Generation herangewachsen ist, die Begriffe wie DDR, Mauer oder Volkskammer nur noch aus Geschichtsbüchern kennenlernen kann. Es handelt sich um Mädchen und Jungen, die im Gedanken an das Zusammenwachsen von Ost und West

nur stocken können, haben sie diese Barriere doch auf den ersten Blick niemals kennengelernt. Was eint und was trennt Deutschland im Innern, was bedeutet Europa, welchen Stellenwert hat die Demokratie und wie soll Integration gestaltet werden? Diesen Fragen gingen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Jugendparlamentes 2010

nach, das in Kooperation der Länder Sachsen-Anhalt und Niedersachsen sowie der Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt diese Woche in Magdeburg abgehalten wurde. Insgesamt 100 Jugendliche trafen in verschiedenen Diskussionsforen aufeinander und debattierten ihre Thesen im Anschluss mit Landespolitikern im Plenarsaal des Landtages.

Jugendparlament im Landtag Hier machen Schüler Politik!

Magdeburg – Gestern ist das 1. länderübergreifende Jugendparlament im Landtag gestartet (Foto). Die zweitägige Veranstaltung mit 100 Schülern aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen steht unterm Motto „Zukunftswerkstatt Deutsche Einheit“. Die Elftklässler diskutieren über Demokratie, Integration und Schule. Zum Abschluss stellt sich heute Kultusministerin Birgitta Wolff (45, CDU) den Fragen.

Bild bundesweit / Magdeburg 16.11.2010





IMPRESSUM:

Herausgeber: Der Präsident des Landtages
von Sachsen-Anhalt

Redaktion/Bestelladresse: Landtag von Sachsen-Anhalt,
Ref. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Besucherdienst und Protokoll
Domplatz 6 - 9
39104 Magdeburg
Fon 0391 | 560 | 1226
Fax 0391 | 560 | 1123
landtag@lt.sachsen-anhalt.de
www.landtag.sachsen-anhalt.de

Fotos: Döring – Magdeburg

Gestaltung: signum Halle (Saale)